



Bevölkerungsschutz

Zusammenarbeit im
Krisenmanagement –
nötiger denn je!

1 | 2022



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe



Liebe Leserinnen und Leser,

sind wir Menschen fähig, aus Katastrophen dauerhaft zu lernen und nachhaltig zu handeln? Diese Frage ist nicht (nur) rhetorisch gestellt. Erfahrungsberichte und Lessons-Learned-Reports dazu sowie wissenschaftliche Katastrophen- und Krisenanalysen gibt es national wie international seit Jahrzehnten zuhauf.



Dr. Wolfram Geier ist
Leiter der Abteilung II
„Risikomanagement,
Internationale
Angelegenheiten“
im Bundesamt für
Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe.
(Foto: BBK)

Bereits in der Antike wurde erkannt, dass beispielsweise schwere Hochwasserverläufe an Tiber (Rom) oder Arno (Florenz) mit einer falschen Besiedlungspolitik und schädigenden Eingriffen in den Naturhaushalt zu tun hatten und die Menschen oftmals auch zu spät gewarnt wurden. Schauen wir uns heutige Katastrophengebiete nach Hochwasserlagen an, treffen wir meist ähnliche Diagnosen, wobei der Klimawandel und die Extremwetterlagen weitere schlimme und dynamische Dimensionen zum Komplex der sogenannten „Natur“-Gefahren hinzufügen. Auch andere Krisen, denen wir längst nicht so professionell begegnet sind, wie dies heute ökonomisch, technisch und instrumentell grundsätzlich möglich wäre, ergeben Ähnliches. Das lässt mich an unserer Lernfähigkeit zweifeln!

Doch bekanntlich stirbt die Hoffnung zuletzt. Meist wirken große Katastrophen und Krisen zumindest eine Zeit lang befruchtend für die Fortentwicklung des Katastrophenrisikomanagements. So bietet beispielsweise der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung zahlreiche positive Ansätze, das System in Deutschland gemeinsam zeitgemäß auf die

künftigen Erfordernisse auszurichten. Dass dies gelingt, setzt aber auch voraus, dass dafür die nötigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Die Vorstellungen der Bundesregierung zu Themen des Bevölkerungsschutzes und der zivilen Sicherheit finden sich an verschiedenen Stellen des Vertrages, so zum Föderalismus, zum Klimaschutz, zum öffentlichen Gesundheitsdienst, zu Freiheit und Sicherheit, zum Kampf gegen Extremismus, zur Zivilgesellschaft und Demokratie, zu einem krisenfesten Europa und zur zivilen Krisenprävention und Friedenssicherung wieder. Die dortigen Aussagen haben immer auch einen Bezug zum nationalen Krisenmanagement und zum Bevölkerungsschutz. Konkrete Themen im Vertrag sind u. a. ein lange gefordertes Gesundheitssicherstellungsgesetz, ein Dachgesetz zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS-Dachgesetz), einheitliche Regelungen für die Freistellung und den Versicherungsschutz von ehrenamtlichen Kräften im Bevölkerungsschutz, die Ausrichtung des BBK zu einer Zentralstelle, die Erarbeitung einer nationalen Resilienzstrategie oder den Ausbau der nationalen Reserven (s. Labor 5.000). Neben dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene lässt mich aber der Beschluss der Innenministerkonferenz zur diesjährigen Errichtung eines von Bund und Ländern gemeinsam und verbindlich getragenen Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz (GeKoB) besonders hoffen.

Hier kündigt sich ein Paradigmenwechsel in der Zusammenarbeit von Bund und Ländern an, der, wenn er gelingt, eine deutliche Optimierung des gesamtstaatlichen Krisenmanagements unter anderem auch durch den Einsatz zeitgemäßer digitaler Lageprodukte bewirken kann.

Damit beide Hoffungsstränge dauerhaft erfolgreich werden, ist jedoch eine nachhaltige Finanzierung von Strukturen, Ressourcen und Personal sowohl für das GeKoB als auch für die Ziele des Koalitionsvertrages und die künftige Zentralstelle BBK unabdingbar. Kurzum: jetzt kommt es auf eine machbare Umsetzung und die dauerhafte Rückendeckung durch die Politik und die Haushaltsgesetzgeber in Bund und Ländern an.

Ich schließe daher mit einem Zitat von Erich Kästner: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!“

Ihr

Dr. Wolfram Geier



GRUSSWORT

Grußwort von Armin Schuster, Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. 2

RISIKOMANAGEMENT

Notwendiger Paradigmenwechsel
Ergebnisse der Early-Lessons-Learned-Studie zu den Flutereignissen 2021 3

Generalist dringend gesucht
Das Problem monothematischer Vorbereitung als Grundlage strategischer Entscheidungen 7

MESSE

Drohnen im BOS-Einsatz
Vorankündigung Messe Friedrichshafen 14

EHRENAMT

Der BMI-Förderpreis „Helfende Hand“ 2021 15

Erst das Wasser, dann die helfenden Hände, organisiert im Helfer-Shuttle 18

SELBSTSCHUTZ

Für alle Fälle vorbereitet?
Erste Thesen aus der Evaluation der Informationskampagne Selbstschutz 23

KRISENMANAGEMENT

Datenanalyse und -visualisierung zur Lageerfassung beim Hochwasser 2021 32

Normen und Standards für das Krisenmanagement in Kritischen Infrastrukturen 38

FORUM

Arbeiter-Samariter-Bund 44

Technisches Hilfswerk 46

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft 48

Deutscher Feuerwehrverband 49

Johanniter-Unfall-Hilfe 51

Malteser Hilfsdienst 53

Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten /-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V. 54

RUBRIKEN

Nachrichten 56

Impressum 56

SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland 57

Liebe Leserinnen und Leser,

nach der vergangenen Bundestagswahl stellt sich für uns alle die Frage, wo Deutschland im Bereich des Bevölkerungsschutzes hinsteuert. Die Erfahrungen und Herausforderungen der Corona-Pandemie haben dem Thema Bevölkerungsschutz in den letzten zwei Jahren einen neuen Stellenwert gegeben. Noch immer sind viele Menschen zudem mit den dramatischen Auswirkungen der Flutkatastrophe vom Juli 2021 konfrontiert.



Foto: Bildkraftwerk / Jürgen Schulzki

Das schlägt sich auch im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung nieder: „Der Bund muss mehr Verantwortung für den Bevölkerungsschutz übernehmen. Daher richten wir das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BBK) neu aus, entwickeln es unter Berücksichtigung der föderalen Kompetenzverteilung zur Zentralstelle weiter und stellen es entsprechend personell und materiell auf.“ Das Thema Bevölkerungsschutz als eine der zentralen Aufgaben dieser Legislaturperiode zeigt: Zusammenarbeit im Krisenmanagement ist wichtiger denn je!

Deshalb bin ich besonders froh, dass wir uns in dieser Ausgabe der Zukunft des Zivil- und Katastrophenschutzes im föderalen Gefüge sowie der Rolle des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe widmen. Die Lehren aus den Flutereignissen 2021, das hohe Engagement ehrenamtlich helfender Menschen sowie Normen und Standards für das Krisenmanagement in Kritischen Infrastrukturen sind hierbei von ganz besonderer Bedeutung.

Eine zentrale Erkenntnis aus den Herausforderungen und Krisen der vergangenen Jahre ist: Es reicht nicht, aus vergangenen Krisensituationen für die Zukunft zu lernen. Bisher war dies die geübte Vorgehensweise – was bei der letzten Krise nicht optimal gelaufen ist, haben wir versucht zu optimieren. Das ist zwar richtig und wichtig. Wir müssen das Positive stärken und das Negative bearbeiten. Aber wir müssen auch damit rechnen, von Katastrophen und Krisenlagen überrascht zu werden. Im nun dritten Jahr der Pandemie und nach den Erfahrungen des letzten Sommers wurde uns schmerzlich vor Augen geführt: Die Krisenmanagement-Strukturen sind verbesserungswürdig. Deshalb müssen wir grundlegende Überzeugungen und Konzepte überdenken. Wir stehen vor einem notwendigen Paradigmenwechsel, der sich aus den Krisenmanagement-Einsätzen der letzten Jahre ableiten lässt.

Die strikte schematische Trennung zwischen Zivil- und Katastrophenschutz ist nicht mehr zeitgemäß. In der Praxis ist und bleibt Bevölkerungsschutz eine Gemeinschaftsaufgabe. Wir benötigen deshalb ein durchgängiges System, das die gemeinschaftliche Wahrnehmung des Risiko- und Krisenmanagements über alle Ebenen und Ressorts hinweg ermöglicht.

Im Sinne des gesamtstaatlichen Systems müssen auf den übergeordneten Ebenen verbindliche Unterstützungsstrukturen für die zuständigen Führungskräfte vor Ort aufgebaut werden. Das Prinzip lautet hier: „Regional führen – zentral koordinieren“.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Spaß und Anregung bei der Lektüre dieser Ausgabe!

Armin Schuster
Präsident des Bundesamtes für
Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Notwendiger Paradigmenwechsel

Ergebnisse der Early-Lessos-Learned-Studie zu den Flutereignissen 2021

Henning Goersch

Zusätzlich zu der Omikron-Welle sind viele Menschen noch mit den Auswirkungen der Unwetter und Fluten des Juli 2021 beschäftigt: Die Betroffenen müssen den Wiederaufbau organisieren und sind teils mit bürokratischen Hürden belastet, Politik und Medien suchen weiterhin nach Verantwortlichen für das ungeheure Schadensausmaß und die Toten. Viele Akteure haben sich dem Ereignis auch wissenschaftlich genähert. Eine der zahlreichen Untersuchungen war die Early-Lessons-Learned-Studie, deren Ergebnisse bereits im Behördenspiegel erschienen sind. Im Folgenden werden eine noch tiefergehende Analyse vorgestellt und ausführlich mögliche Implikationen diskutiert.

Methodischer Hintergrund

Die Befragung wurde als Online-Studie konzipiert. Sie bestand aus 15 Fragen sowie einem Komplex aus 14 zu bewertenden Aussagen zum Einsatz. Der Schwerpunkt der

Maximum. Über 90 Prozent aller Befragten waren ehrenamtlich tätig. Die meisten Teilnehmer kamen aus dem Bereich der Freiwilligen Feuerwehren (35,7 Prozent), gefolgt vom Deutschen Roten Kreuz (18,4 Prozent) und den Spontanhelfern (10,6 Prozent). Die Helfer des Technischen Hilfs-

werkes machen 8,4 Prozent unter den Befragten aus. Daran schließen sich die Johanniter-Unfall-Hilfe (6,6 Prozent), der Malteser-Hilfsdienst (4,3 Prozent), der Arbeiter Samariter Bund (1,8 Prozent) und die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (1,7 Prozent) an. Nur geringe Rückläufe gab es in Bezug auf die Bundeswehr, die Polizei sowie von den Verwaltungsmitarbeitern aus den unterschiedlichen Ebenen.

Die Einteilung in Führungsebenen zeichnet ein ebenso realistisches Bild. Am meisten sind die Einsatzkräfte und Helferinnen und Helfer mit 31,7 Prozent vertreten, dicht gefolgt vom Personal der unteren oder mittleren Führungsebenen mit 30,5 Prozent. Die Führungsebene Zugführer/Verbandsführer ist mit 31,3 Prozent vertreten. Mitglieder von Einsatzleitungen machten 9,9 Prozent aus und Mitglieder von Krisenstäben 2,6 Prozent.

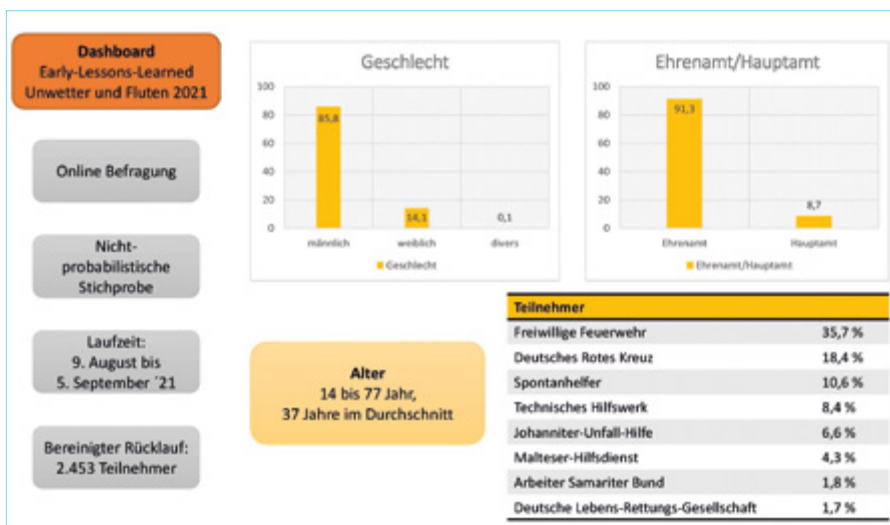


Abbildung 1: Ablauf der Befragung und Statistik über die Befragten.

Untersuchung lag auf der Bewertung des Einsatzes, insbesondere auf der Zusammenarbeit zwischen den Organisationen und den unterschiedlichen Führungsebenen.

Innerhalb des Untersuchungszeitraumes vom 9. August bis zum 5. September wurden insgesamt 2.651 Fragebögen ausgefüllt. Nach einer Bereinigung der Daten konnten 2.453 Fragebögen ausgewertet werden. Die soziodemografischen Daten legen nahe, dass es sich um eine realistische Stichprobe handelt: Weibliches Einsatzpersonal ist mit rund 14 Prozent gegenüber den männlichen Kollegen (rund 86 Prozent) in der Minderheit. Dem diversen Spektrum ordnete sich lediglich eine Person zu.

Das Alter liegt im Mittel bei 37 Jahren und spannt sich auf zwischen 14 Jahren im Minimum und 77 Jahren im

Maximum. Über 90 Prozent aller Befragten waren ehrenamtlich tätig. Die meisten Teilnehmer kamen aus dem Bereich der Freiwilligen Feuerwehren (35,7 Prozent), gefolgt vom Deutschen Roten Kreuz (18,4 Prozent) und den Spontanhelfern (10,6 Prozent). Die Helfer des Technischen Hilfs-

Positive Aspekte des Einsatzes

Die Bewertung des Einsatzes ergab sich vor allem über die Beurteilung einer Reihe von Aussagen (Items) auf einer fünfstufigen Likert-Skala von stimme überhaupt nicht zu (1) bis stimme voll zu (5). Im Folgenden werden die prozentualen Schwerpunkte aus dem zustimmenden oder ablehnenden Bereich wiedergegeben. Um darüber hinaus erfahren zu können, wie diese Bewertungen zu verstehen sind,

wurden anschließend verschiedene offene Fragen gestellt, deren Ergebnisse weiter unten präsentiert werden (Abbildung 2).

unterschiedlichen Organisationen oder Behörden hat insgesamt gut funktioniert (43,6 Prozent Zustimmung).

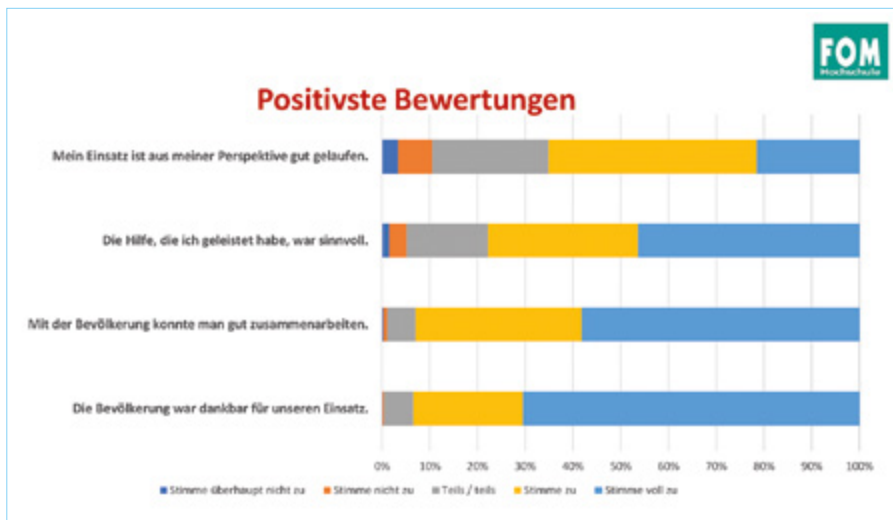


Abbildung 2: Die vier am positivsten bewerteten Items.

Zunächst geht es um die eher positiven Rückmeldungen zum Einsatzgeschehen. Am besten schneiden dabei die Items *Die Bevölkerung war dankbar für unseren Einsatz* und *Mit der Bevölkerung konnte man gut zusammenarbeiten* ab. Die Zustimmung zu beiden Aussagen lag über alle Befragungsteilnehmer bei 93,3 bzw. 93,0 Prozent. Das persönliche Fazit der Befragten zum eigenen Einsatz (*Mein Einsatz ist aus meiner Perspektive gut gelaufen* und *Die Hilfe, die ich geleistet habe, war sinnvoll*) ist insgesamt überwiegend positiv und liegt bei 65,2 bzw. 63,6 Prozent Zustimmung. Ähnliche Werte erreichen die Items zur Sicherheit (*Die Sicherheit des Einsatzpersonals war zu jedem Zeitpunkt gegeben*) mit 63,6 Prozent Zustimmung und zur Versorgung (*Die Versorgung des Einsatzpersonals war zu jedem Zeitpunkt gegeben*) mit 62,7 Prozent Zustimmung.

schnell eingerichtet wurden (Ablehnung von 47,5 Prozent), noch beurteilten sie das Management des Gesamteinsatzes als gut (Ablehnung 47,4 Prozent), noch hatten sie das Gefühl, dass vorhandene Einsatzpotenziale zielgerichtet eingesetzt wurden (Ablehnung 43,7 Prozent). Schließlich fühlte sich die Mehrheit nicht gut informiert. Das entsprechende Item (*Ich war zu jedem Zeitpunkt gut über das Einsatzgeschehen informiert*) lehnten 40,3 Prozent ab.

Negative Aspekte des Einsatzes

Überwiegend negativ wurde die Arbeit der Krisenstäbe beurteilt. Das Item *Die Arbeit im Krisenstab war professionell* erhielt eine Ablehnung von 56,2 Prozent. Daran schließt sich eine vergleichbare Bewertung der Kommunikation an. 52,6 Prozent lehnten das Item *Die Kommunikation mit übergeordneten Stellen hat insgesamt gut funktioniert* ab. Letztlich überwiegen die negativen Urteile im gesamten Komplex Führung, Management und Kommunikation (Abbildung 3).

Weder hatten die Befragten den Eindruck, dass Führungseinrichtungen und Krisenstäbe ausreichend

eingesetzt wurden (Ablehnung von 47,5 Prozent), noch beurteilten sie das Management des Gesamteinsatzes als gut (Ablehnung 47,4 Prozent), noch hatten sie das Gefühl, dass vorhandene Einsatzpotenziale zielgerichtet eingesetzt wurden (Ablehnung 43,7 Prozent). Schließlich fühlte sich die Mehrheit nicht gut informiert. Das entsprechende Item (*Ich war zu jedem Zeitpunkt gut über das Einsatzgeschehen informiert*) lehnten 40,3 Prozent ab.

Vertiefte gruppenweise Auswertung der Ergebnisse

Eine Aufteilung der Ergebnisse in einzelne Gruppen fördert weitere Erkenntnisse zutage. Weibliche Befragte (55,4 Prozent) ordneten deutlich häufiger als männliche (44,7

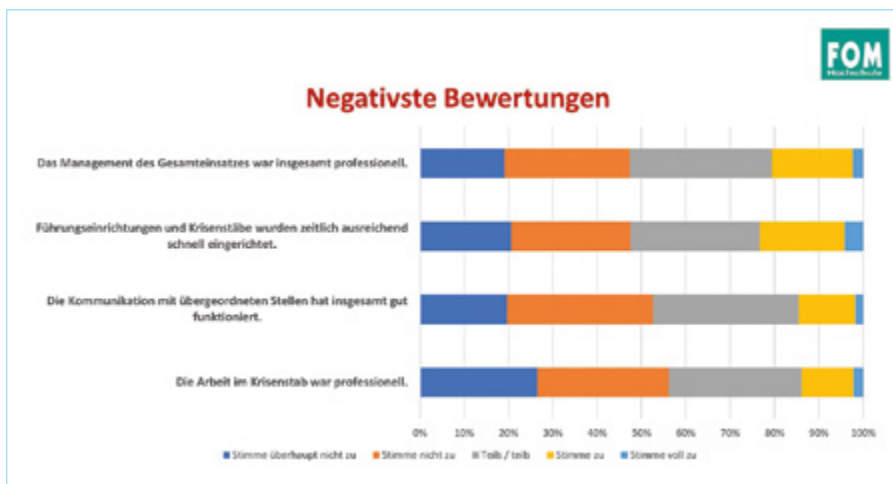


Abbildung 3: Die vier am negativsten bewerteten Item.

Überwiegend positiv beurteilt wurden auch das Item *Meine Einheit konnte schnell tätig werden* (Zustimmung von 49,4 Prozent) und das Item *Die Zusammenarbeit zwischen*

ihrem Einsatz die positivste Ausprägung beim Item *Die Hilfe, die ich geleistet habe, war sinnvoll* zu. Vergleichbares gilt auch für die Items *Mit der Bevölkerung konnte man gut zusammenarbeiten* (66,4 Prozent weiblich zu 56,8 Prozent männlich) und *Die Bevölkerung war dankbar für unseren Einsatz* (75,5 Prozent weiblich zu 69,7 Prozent männlich). Bei allen weiteren Items sind die Werte nahezu identisch.

In Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung liegen die positivsten Rückmeldungen dazu im ehrenamtlichen Bereich (59,7 Prozent) und damit über dem Hauptamt (40,1 Prozent). Dem Item *Die Sicherheit des Einsatzpersonals war zu jeder Zeit gegeben* wurde vom ehrenamtlichen Helfenden häufiger zugestimmt (25,1 Prozent) als vom hauptamtlichen Personal (16,9 Prozent).

Interessant ist auch ein Blick in die unterschiedlichen Organisationen: Während die Spontanhelfenden zum ganz überwiegenden Teil (81,6 Prozent) dem Item *Die Hilfe, die ich geleistet habe, war sinnvoll* voll zustimmen, zeigt diese Gruppe auch von allen Befragten die negativste Sicht auf eine Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Organisationen und Behörden (26,7 Prozent). Gleiches gilt auch

ven Aspekte der Zusammenarbeit liegt die Verpflegung sowie die Versorgung mit (auch einsatzrelevanten) Verbrauchsgütern.

Die Zusammenarbeit hat nach den Rückmeldungen der Befragten zudem vor allem bei konkreten Einsatzaufträgen (10,1 Prozent) und direkt an den Einsatzstellen (10,9 Prozent) gut funktioniert.

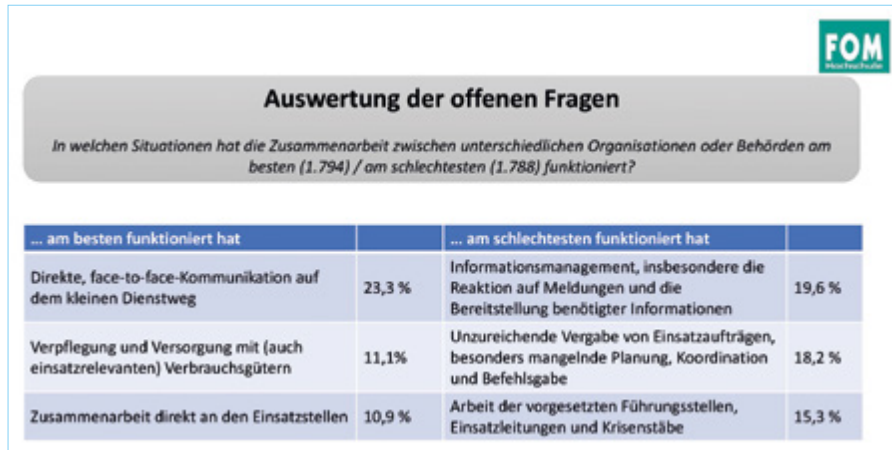


Abbildung 4: Bewertungen der Befragten.

für die vollständige Ablehnung des Items *Das Management des Gesamteinsatzes war professionell* (36,2 Prozent). Von den zahlenmäßig relevantesten Gruppen liegen die Mitglieder des Deutschen Roten Kreuzes hier mit 21,1 Prozent am nächsten an dieser Bewertung. Auch die Kommunikation mit übergeordneten Stellen sehen die Mitglieder des DRK (22,2 Prozent) am kritischsten neben den spontan Helfenden (35,5 Prozent).

Rückmeldungen aus den offenen Fragen

Die Bewertung der Items zeichnet bereits ein recht deutliches Bild zur Beurteilung des Gesamteinsatzes. In den meisten Fällen ist es jedoch lohnend, auch offene Fragen zu stellen, die dabei helfen können, diese Einschätzungen besser interpretieren zu können (Abbildung 4). Dies wurde in der Early-Lessons-Learned-Studie unter anderem mit Hilfe von zwei offenen Fragen realisiert (*In welchen Situationen hat die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Organisationen oder Behörden am besten funktioniert?* Und: *In welchen Situationen hat die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Organisationen oder Behörden am schlechtesten funktioniert?*). Aus den schriftlichen Antworten wurde ein eigenes Kategoriensystem entwickelt, welches dabei half, inhaltliche Schwerpunkte zu bilden. Insgesamt wurden so für die erste Frage 1.794 Rückmeldungen kodiert und für die zweite Frage 1.788 Rückmeldungen.

In Bezug auf die Frage, was am besten in der Zusammenarbeit funktioniert habe, wurden am häufigsten genannt, dass dies die direkte, face-to-face Kommunikation auf dem „kurzen Dienstweg“ gewesen sei. Diesem Komplex lassen sich 23,3 Prozent der Antworten zuordnen. Auf dem zweiten Platz (11,1 Prozent) der am häufigsten genannten positi-

Die Auswertung der Frage, was in der Zusammenarbeit am schlechtesten gelaufen ist, bestätigt das bisherige Bild: Die meisten Antworten (19,6 Prozent) bemängeln das Informationsmanagement, insbesondere die Reaktion auf Meldungen und die Bereitstellung benötigter Informationen. An zweiter Stelle (18,2 Prozent) der Rückmeldungen stehen Klagen, dass es nur eine unzureichende Vergabe von Einsatzaufträgen gegeben habe was in diesem Zusammenhang als mangelnde Planung, Koordination und Befehlsgebung empfunden wurde.

An dritter Stelle (15,3 Prozent) wird die Arbeit der vorgesetzten Führungsstellen, vor allem der technischen Einsatzleitungen und Krisenstäbe, kritisiert. Neben einer ganzen Reihe von Rückmeldungen ohne Kategorie (9,4 Prozent) steht auf dem fünften Platz vor allem die Verwaltungsbeteiligung in Kombination mit übertriebener Bürokratie im Fokus der Kritik.

Mögliche Schlussfolgerungen und Implikationen

Die Ergebnisse lassen unterschiedliche Schlussfolgerungen und Interpretationen zu: Eine nachvollziehbare Ableitung könnte in etwa lauten, dass mehr Einsatzführung benötigt wird, dass das Führungspersonal (in Bezug auf Kommunikation) besser ausgebildet werden muss und die Arbeit in Krisenstäben und Führungsstellen häufiger geübt werden muss. Das ist sicherlich ein Teil der anstehenden Aufgaben.

Eine weitere mögliche Schlussfolgerung kann aber auch diese sein: Vielleicht muss innerhalb des Bevölkerungsschutzes davon ausgegangen werden, dass in solchen Flächenlagen in der Chaosphase keine sinnvolle Führung möglich ist und der entsprechende forcierte Aufbau einer Führungsstruktur mehr behindert als hilft. Hinzu kommt der mögliche Ausfall der technischen Kommunikationsmittel, der Führung unmöglich macht. Dies alles kann dafür sprechen, einen Paradigmenwechsel einzuleiten, beispielsweise auf folgende Weise: Im Fall einer Flächenlage wird das Schadensgebiet grob geclustert und es kommen mehrtätig autarke Teams zum Einsatz, die selbstständig in ihrem Cluster Schadensstellen priorisieren und abarbeiten. Dabei wird die enge Zusammenarbeit mit vor Ort ansässigen Organisationen der Gefahrenabwehr gesucht. Nach den Ergebnissen der vorliegenden Studie hat die Zusammenarbeit auf Arbeitsebene an den Einsatzstellen

sehr gut funktioniert, was den zuvor genannten Aspekt unterstützt.

Anleihen eines solchen Systems, das wesentlich weiter geht als eine Führung „von vorne“, kann aus den Zertifizierungen der International Search and Rescue Advisory Group (INSARAG) entnommen werden, findet man aber auch in Deutschland bereits in Konzepten der bayrischen Bergwacht. Andere Einheiten in Deutschland sind nach INSARAG zertifiziert, jedoch nicht unbedingt für den Inlandseinsatz vorgesehen.

Durch autarke Einheiten würde auch der Aufbau gewaltiger Bereitstellungsräume überflüssig. Die dort gebundenen Energien könnten stärker auf die Schadensbewältigung gelenkt werden. Zudem wird den Behörden mehr Zeit für den Aufbau von Führungseinrichtungen und Stäben geschaffen, die im längeren Verlauf des Einsatzes sicherlich benötigt werden.

Als zweite Schlussfolgerung kann die dringende Notwendigkeit abgeleitet werden, realistische Übungen im Bevölkerungsschutz durchzuführen, die nachvollziehbar die Leistungsfähigkeit des Systems abbilden. Dazu ist es unerlässlich, Übungen fortan als wissenschaftliche Untersuchungsmethode zu verstehen, die dann auch wissenschaftlichen Kriterien unterliegen muss. Zu nennen sind hier vor allem die drei Grundkriterien empirischer Forschung: Objektivität, Reliabilität und Validität.

Objektivität bedeutet, dass Forschung unabhängig vom Forscher geschieht. Übungen müssen nach diesem Kriterium zwangsläufig von Personen organisiert, durchgeführt und ausgewertet werden, die keine Beziehung zu den geübten Einheiten haben. Handelt es sich nicht um Außenstehende, ist das Kriterium der Objektivität verletzt und die Übungsergebnisse wertlos.

Reliabilität bedeutet, dass das Erhebungsinstrument bei erneuter Anwendung (im ähnlichen Kontext) zu vergleichbaren Ergebnissen führen muss. Daraufhin muss das Forschungsinstrument „Übung“ geprüft werden. Der Nachweis kann auch mathematisch erbracht werden.

Das wichtigste Kriterium ist die Validität. Diese legt fest, ob das, was gemessen werden soll, auch wirklich gemessen wird. Dazu muss erstens genau definiert werden, was eigentlich untersucht wird, und zweitens geprüft werden, ob die jeweilige Übung auch wirklich in der Lage ist, dieses zu messen.

Die dritte und letzte Schlussfolgerung, vor allem auf der Basis der Rückmeldungen bezüglich der Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und der kritischen Sicht der

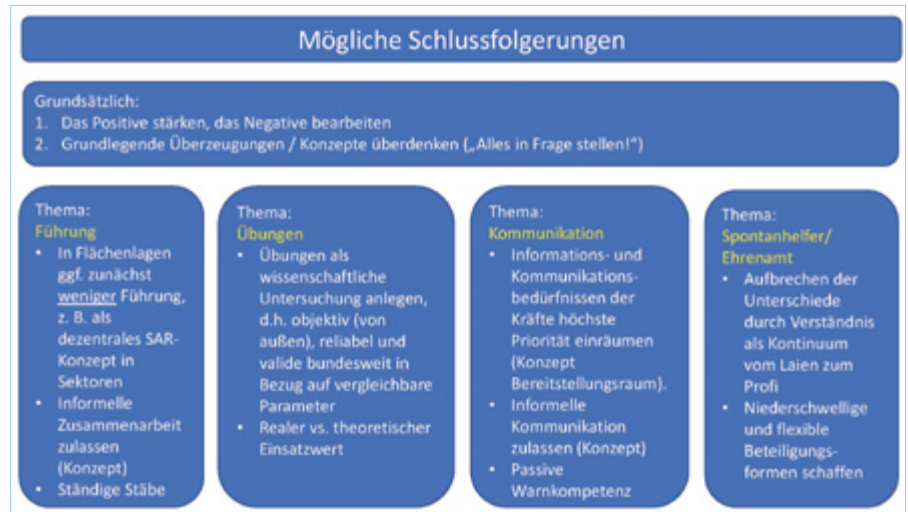


Abbildung 5: Mögliche Schlussfolgerungen.

Spontanhelfer auf kommunikative Aspekte lautet: Katastrophenschutzplanung (und letztlich das Einsatzgeschehen) muss den Status einer Geheimwissenschaft verlieren. Es ist unabdingbar, die Planungen gemeinsam mit der Bevölkerung partizipativ und öffentlich zu realisieren. Ressourcen und Defizite sollten offen dargelegt und diskutiert, die eigene Rolle der Bevölkerung klar benannt werden. Auf diesem Weg lässt sich auch ein langfristig angelegter Risikokommunikationsprozess aufbauen, der das Potenzial in sich trägt, die Vorsorge der Bevölkerung zu verbessern, Spontanhelfende im Vorfeld stärker einzuplanen, dem Ehrenamt neue Mitglieder zuzuführen und letztlich die passive Warnkompetenz der Bevölkerung zu stärken. All dies kann sich positiv auf die Bewältigung künftiger Katastrophen auswirken.

Prof. Dr. Henning Goersch ist Professor für Gefahrenabwehr und Bevölkerungsschutz an der FOM Hochschule für Oekonomie und Management.

Generalist dringend gesucht

Das Problem monothematischer Vorbereitung als Grundlage strategischer Entscheidungen

Sebastian Heck und Uwe Becker

“[...] denn wer rechtzeitig vorbeugt, kann leicht heilen; wenn man jedoch wartet, [...] kommt jede Medizin zu spät, denn die Krankheit ist unheilbar geworden. Es steht damit wie mit der Schwindsucht, die – [...] – am Beginn der Erkrankung leicht zu heilen und schwer zu erkennen ist, aber im Laufe der Zeit, wenn sie anfangs nicht erkannt und behandelt wurde, sich leicht erkennen und nur schwer heilen lässt. Ebenso verhält es sich mit dem Staatswesen; wenn man im voraus die darin aufkeimenden Übel erkennt (was nur dem Klugen gegeben ist), so kann man sie rasch kurieren; lässt man sie jedoch, weil man sie nicht erkannt hat, sich auswachsen, bis jeder sie wahrnimmt, dann gibt es kein Mittel mehr dagegen.“

Niccolò Machiavelli – Der Fürst

Machiavelli zieht in seinem bekannten Zitat einen Mediziner zur Verdeutlichung seines Gleichnisses heran. Bei der Prävention und der Bewältigung von Krisen- und Katastrophen kann man hier jedoch genauso den Bevölkerungsschützer mit seinem Weitblick und seiner Erfahrung heranziehen. Leider wird dieser Experte bei Ereignissen zu selten zu Rate gezogen. Die folgenden Ausführungen sind als Handreichung und Ideenpool für strategische Entscheider zu verstehen.

Kritik am aktuellen Krisenmanagement des Bundes und der Länder.

Aktuell wird deutschlandweit das Krisenmanagement der ehemaligen Bundesregierung und Landesregierungen kritisiert. Dabei fokussiert sich die Kritik darauf, dass die Vorbereitungen zu Auffrischungsimpfungen zu zögerlich begonnen wurden und nun auch noch ein erneuter Impfstoffmangel droht.

Schon im Juli 2021 wurde über die ersten sogenannten Impfdurchbrüche gesprochen. Im August und September stieg die Zahl signifikant an. Zu diesem Zeitpunkt warnten Epidemiologen und Mediziner bereits davor, dass der Impfschutz der Vakzine nachlassen wird.

Gleichzeitig fielen die Inzidenzen mit ein- bzw. kleinen zweistelligen Werten [1] auf ein erträgliches Niveau. Die Motivation der deutschen Bevölkerung sich impfen zu lassen schwand und man hatte den Eindruck, dass Corona für die Welt keine Rolle mehr spielt. Die Bundestagswahlen beherrschten zu diesem Zeitpunkt die Titelseiten der Medien.

Die staatliche Impfinfrastruktur wurde zurückgebaut und zukünftige Impfungen sollten von der medizinischen Regelversorgung der niedergelassenen Ärzte übernommen werden. Obwohl Experten weiterhin gebetsmühlenartig

vor einer neuen Welle warnten, vertraute man auf die stetig steigende Impfquote (am 15.12.2021 von 69,8% in Deutschland) [2]. Vergessen wurde aber, dass schon früh der Verdacht bestand, dass die Quote der Geimpften zwar ständig stieg, real aber die Anzahl der wirklich Geschützten kontinuierlich abnahm.

Oder anders ausgedrückt: Die Impfquote suggerierte eine gefährliche Sicherheit!

Dies bestätigt unter anderem eine schwedische Studie aus dem November 2021 [3], die an jeweils 842.000 geimpften und ungeimpften Personen durchgeführt wurde. Die Vakzine schnitten bei dieser Studie sehr unterschiedlich ab. Bei einem Vakzin war bereits nach vier Monaten kein effektiver Impfschutz mehr gegeben. Alle anderen Vakzine verloren nach etwa sechs Monaten einen großen Anteil Ihrer Wirksamkeit.

Auch wenn diese Studie die Vermutung der Experten im Nachhinein bestätigte, baute die Politik weiterhin auf Regelstrukturen.

Erst am 18.11.2021 empfiehlt die Ständige Impfkommission (STIKO) Auffrischungsimpfungen für alle Personen ab 18 Jahren [4]. Mittlerweile befindet man sich in der 4. Welle.

Viele Menschen haben Angst und gerade die, die sich schon der ersten Impfprozedur (Erst- und Zweitimpfung) unterzogen haben, suchen nach der Boosterimpfung, wie die Auffrischung auch genannt wird.

Anzahl der zu Boosternden

Rechnet man nun von der STIKO-Empfehlung zur Boosterung aller [5] (18.11.2021, 46. Kw) sechs Monate zurück, so sind alle vollständig geimpften Personen, insgesamt fast 12 Mio. Menschen, bis zur 20. Kalenderwoche 2022 erneut zu impfen.

Bis zum 04. Dezember (Datum des letzten Datenabrufs beim RKI) erhöht sich die Zahl der notwendigen Impfungen auf mehr als 18 Mio. Menschen in Deutschland.

In jeder Woche kommen etwa 2-3 Mio. Menschen hinzu. Auch wenn die Anzahl zum Herbst hin eingebrochen ist, kommen aktuell weitere Erst- und Zweitimpfungen, auch die der 5-11-Jährigen, hinzu.

Es ist also damit zu rechnen, dass sich die Anzahl der Impfwilligen erheblich steigern wird.



Millionen Schutzmasken warten auf ihre Verteilung.

Was steht dem entgegen?

Deutschlandweit hat man sich darauf verlassen, dass die medizinische Regelversorgung der niedergelassenen Ärzte das Impfvolumen vollständig auffängt. Aktuell praktizieren insgesamt 114.857 niedergelassene Ärzte in Deutschland[6].

Vorausgesetzt jeder Arzt würde sich an der Impfkampagne beteiligen, (das ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht so), dann ergeben sich für jeden Arzt mehr als 150 Impfungen, die zeitnah durchgeführt werden müssen und in jeder Woche kommen 17-26 Impfungen hinzu. Rechnet man für jeden zu impfenden Patienten nur 15 Minuten Behandlungszeit, sind das etwa 37,5 Stunden reine Behandlungszeit für jeden Arzt. Vor dem Hintergrund, dass nicht jeder Arzt die Impfkampagne unterstützen kann, mit dem Herbst die allgemeine Schnupfenzeit beginnt, die Vergütung einer COVID Impfung zu Beginn nicht besonders attraktiv war, stand bereits im Juni 2021 fest, dass das System der niedergelassenen Ärzte mit dieser Aufgabe überfordert sein muss und durch staatliche Impfinfrastrukturen zu unterstützen ist!

Nur der Zeitpunkt der Boosterung (jetzt wissen wir, nach sechs, dann fünf, schließlich drei Monaten) stand noch nicht fest.

Warum wurden dennoch die staatlichen Impfinfrastrukturen rigoros heruntergefahren und wer hat dazu geraten?

Dieser kleine gedankliche Exkurs skizziert die Herausforderungen, auf die Verwaltung in Krisen stoßen kann: Öffentliche Verwaltung nimmt als administrativer Teil exekutive Aufgaben des Staates wahr. Sie ist an enge Regeln gebunden. Die ministerielle Ebene ist dabei die Schnittstelle zur politischen Ebene und bildet mit der politischen Führung die strategische Ebene.

Routinen arbeitet die Verwaltung zuverlässig ab, unvorhergesehene oder spontan auftretende Herausforderungen können hingegen erst zu spät oder nur sehr behäbig gemeistert werden.

In der Krise verlaufen Kommunikationswege in der Verwaltung oft parallel, unkoordiniert und werden nicht gebündelt, dies kann zu Informationsverlust führen.

Insgesamt fällt es einer Verwaltung schwer, Maßnahmen zu beginnen und die Kosten zu tragen, wenn ein Ereignis noch nicht eingetroffen ist, sondern nur ein Risiko des Eintritts besteht.

Verwaltungshandeln ist mehr durch situative Reaktion als durch vorausschauende, präventive Aktion geprägt.

Das wundert auch nicht. Ist das Thema Krisenmanagement auch wenig bis gar kein Bestandteil von Führungsausbildung in den Verwaltungshochschulen.

Die Aufrechterhaltung einer staatlichen Krisen(reaktions)struktur ist teuer. Als im Dezember 2020 ein Impfstoff angekündigt wurde, sind im ganzen Land in Windeseile große Impfzentren entstanden. Schon hier haben sich in der Implementierung große Unterschiede gezeigt.

Hat der Bevölkerungsschützer in den Ländern sofort große Strukturen mit vielen Impfstraßen im Blick, hatten die Verwalter, vor dem Hintergrund der finanziellen Belastung, in den Gesundheitsministerien oft kleine Strukturen, angelegt an Prozesse in Arztpraxen, in der Planung. Zu diesem Zeitpunkt wurden schon erste Anträge an die Bundeswehr zur Einrichtung und Betrieb von Impfzentren gestellt. Die hier geschaffenen Strukturen in vernünftiger Dimension und ausgeklügelten Prozesse wurden dankenswerterweise in vielen Fällen von der zivilen Seite kopiert.

Fehlende Gesamtbetrachtung

Darüber hinaus werden Ereignisse oft nur singular betrachtet. Aktuell beschäftigen die Akteure neben den Auswirkungen der Pandemie auch die Hochwassersituation in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig beginnt im Osten Deutschlands die Afrikanische Schweinepest und die ersten Fälle von Vogelgrippe betreffen die ersten Geflügelzüchter. Der Winter beginnt mit Stürmen und Schneefall, Cyberangriffe auf staatliches Handeln und Unternehmen Kritischer Infrastrukturen haben erste Wirkungen gezeigt und ein langanhaltender Stromausfall im Rhein-Sieg-Kreis beschäftigt die Behörden ebenfalls.

Entscheidungen

Es gibt viele Gründe dafür, dass Entscheidungen in Verwaltung und der politischen Ebene nicht oder falsch getroffen werden. Einige davon sind:

- Gefangen im eigenen Thema (Ein Gesundheitsexperte wird logistische Herausforderungen eher nicht betrachten)



Zur Sicherstellung des Schulbetriebes wurden Schulen mit ausreichend Selbsttest beliefert. Dabei mussten verschiedene Altersgruppen berücksichtigt werden; ...

- Gefangen in der Organisation (Abhängigkeit von Vorgesetzten schränkt Denken ein)
- Phantasielosigkeit (Es kann auch erlaubt sein, unorthodoxe Lösungen zu bedenken)
- Planlosigkeit
- Stress und damit Rückfall in gewohnte Strukturen (Sicherer Handlungsraum)
- Unterschiedliche Ressortzuständigkeiten und mangelnde Abstimmung
- Angst vor Übernahme von Verantwortung, insbesondere Angst vor Konsequenzen bei Fehlentscheidungen
- Angst vor politischen Entscheidungen und deren Auswirkungen
- Wahlkampf
- Einfluss und Einmischung politischer Gremien und Lobbyisten
- Persönliche Befindlichkeiten
- Fehlender Rundumblick (360 Grad Lagebild)
- Fehlendes strukturelles Wissen über das Krisenmanagement in Deutschland

Expertenmeinungen fließen in Entscheidungen

Entscheidungen fallen auf der strategischen Ebene. Politik und Verwaltung, stützten sich dabei auf Meinungen von Experten.

Im Falle der Pandemie ruft es viele Experten auf den Plan. Epidemiologen, Virologen, Soziologen, Mediziner usw.

Das sind alles Spezialisten auf ihrem Fachgebiet, aber in den wenigsten Fällen Generalisten, die das große Ganze

im Blick haben und in der Lage sind sowie auch Willens, über den Tellerrand hinaus zu blicken.

Die Besetzung des gerade eingerichteten Coronaexpertenrates der neuen Bundesregierung unterstreicht das Problem. Bis auf wenige Vertreter besteht das Gremium zum größten Teil aus Gesundheitsexperten. Es scheint, dass alter Wein in neuen Schläuchen verpackt wurde.

Die Rolle der Ständigen Impfkommission (STIKO)

In der aktuellen Situation stützen sich politische Entscheider fast ausschließlich auf die Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO). Diese, seit 2001 im Infektionsschutzgesetz geforderte Institution, angesiedelt beim Robert Koch Institut (RKI), erarbeitet nach festgelegten Regeln Impfeempfehlungen. Mit größter wissenschaftlicher Akribie werden Auswirkungen von Impfungen auf das Individuum, aber auch auf die Gesellschaft, betrachtet und nach festgelegtem Schema bewertet. Allerdings immer vor dem Hintergrund „Public Health“. Gesamtgesellschaftliche Auswirkungen einer Pandemie, wie sie schon im Gutachten „Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz“ betrachtet wurden, gehören nicht zum Aufgabenportfolio der STIKO. Beispielsweise werden Effekte, wie ein Anstieg häuslicher Gewalt im Falle eines Stillstands des öffentlichen Lebens, nicht betrachtet.



... gleichzeitig gilt es eine Impfl Logistik zu sichern.

In Zeiten außerhalb einer Pandemie sind die Erkenntnisse eine solide Basis für politische und wirtschaftliche Entscheidungen. Auch praktizierende Ärzte stützen sich vielerorts auf die Empfehlung der STIKO

Entscheidungen auf politischer Ebene unter Berücksichtigung aller vorliegenden oder auch nur vermuteten Implikationen wurden versäumt.



Erschwerte Bedingungen: Immer besteht die Gefahr gleichzeitig weiterer Ereignisse mit landesweiter Bedeutung. Waldbrände größeren Ausmaßes sind in Deutschland keine Seltenheit mehr.

oder, anders gesagt: Keine STIKO Empfehlung, keine Impfung. Dieses in „Nichtpandemiezeiten“ sinnvolle Verhalten, hat während der aktuellen Pandemie fatale Folgen. Ärzte verweigern in ihren Praxen sinnvolle Impfungen, weil es für gefährdete Gruppen noch keine STIKO Empfehlung gibt.

Im ARD-Politikmagazin Panorama räumt der STIKO-Vorsitzende Professor Mertens Versäumnisse ein. Empfehlungen seien zu zögerlich getroffen worden.

Dabei sind realistisch betrachtet bei der STIKO gar keine Fehler auszumachen. Sie hat die vorliegende Datenlage gewissenhaft geprüft und basierend darauf Empfehlungen ausgesprochen.

Sicherlich hätten sich die politischen Entscheidungsträger klarere und zeitnahe Empfehlungen gewünscht. Doch wer sich mit den Methoden der STIKO auseinandersetzt wird sehen, dass hier schon mit Turbogeschwindigkeit brillant gearbeitet wurde. Es wurde enormer Druck auf die Akteure der STIKO ausgeübt, anstatt anhand der eigenen vorhandenen Datenlage Entscheidungen zu treffen.

Entscheidungsträger

Die Entscheidung von Maßnahmen, beispielsweise ob nun geboostert wird oder nicht, trifft letztendlich nicht die STIKO, sondern die Ebene darüber in Bund und Ländern.

Entscheidungen unter Unsicherheit

Hier zeigt sich wieder das übliche Dilemma: Entscheidungen unter Unsicherheit zu treffen. Ein Klassiker im Krisenmanagement auch auf der politisch / strategischen Ebene. Hier gilt es abzuwägen, wie hoch die Bereitschaft ist, das Risiko einer Fehlentscheidung im Spannungsfeld vieler Randbedingungen zu tragen.

Bemessen von Risiken

Risiken für kommende Ereignisse sind schwer zu bemessen und zu greifen. Sie sind eine Kombination aus der Eintrittswahrscheinlichkeit eines Ereignisses und dessen negativen Folgen [7]. Entscheidungen im Verwaltungshandeln sind faktenbasiert. Diese liegen aber erst vor, wenn ein Ereignis bereits eingetreten ist. Dabei müsste doch festgestellt werden, in welchem

Ausmaß das zuvor definierte Schutzziel im Falle eines bestimmten Ereignisses erreicht wird. Es muss entschieden werden, welches Risiko akzeptabel ist. Wenn nicht akzep-



Ein Unglück kommt selten alleine. Auf Landesebene sind gewaltige logistische Herausforderungen zu meistern.

tabel, muss entschieden werden, ob Maßnahmen zur Minimierung ergriffen werden müssen [8].

Diese Entscheidungen bedeuten aber auch, dass finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen und zwar

ohne dass die aktuelle Situation dies erfordert. „Wer weiß schon was morgen kommt (BBK)“

Menschen kehren in Stresssituationen gerne zu trainierten, bekannten Verhaltensweisen zurück.

Es wird erst auf die STIKO Empfehlung gewartet. Erst mit der Empfehlung wird dann mit Maßnahmen begonnen.

In einigen Ländern wurden allerdings vorab schon mutige Entscheidungen getroffen. Berlin, Bayern, Thüringen und Hessen boten Boostern schon früh nach fünf Monaten an.

Auswirkungen falschen Handelns

In dem eingangs dargestellten Fall hätte die Impfinfrastruktur nicht in Gänze aufgegeben werden dürfen und hätte so skalierbar gestaltet werden müssen, dass sie sich zeitnah an die jeweils aktuelle Lage hätte anpassen können. Diese Entscheidung wäre faktenbasiert und hätte in diesem Fall nicht einmal auf stochastischen Verfahren zur Eintrittswahrscheinlichkeiten basiert.

Das Resultat ist desaströs. Das Vertrauen in die politische Führung ist in der Bevölkerung mindestens geschwunden. Das Ergebnis sieht man mit dem anwachsenden Protest auf den Straßen Deutschlands.

In einigen Bundesländern wurden die Impfzentren vollständig abgebaut, in anderen wurden magere Strukturen erhalten. In Mecklenburg-Vorpommern wurden beispielsweise wenigstens in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt sogenannte Impfstützpunkte als operatives Element des regionalen Impfmanagements aufrechterhalten.

Mit großer Anstrengung wird nun in ganz Deutschland versucht, die strategischen Fehler zu korrigieren. Die Imp fzahlen steigen zwar, leider aber mindestens drei Monate zu spät und weiterhin insgesamt zu langsam.

Schon jetzt steht fest, dass weitere Auffrischungsimpfungen nötig sein werden. Damit rechnen sollte man schon jetzt.

Weitere Gefahren mit bundesdeutscher Relevanz

Die Pandemie steht exemplarisch für ein Krisenmanagement in Deutschland, das häufig in der Anwendung eines üblichen Verwaltungshandelns, oft fiskalischen Überlegungen, unterliegt.

Außergewöhnliches Seuchengeschehen, Beeinträchtigung / Ausfall von KRITIS, Dürre, Ereignisse durch Pflanzenpathogene und Schädlinge, Extraterrestrische Gefahren (Sonnensturm, Meteoriteneinschlag, Weltraumschrott), Freisetzung von biologischen Stoffen, Freisetzung von chemischen Stoffen, Freisetzung von radioaktiven Stoffen, Hitzeperiode, Hochwasser, Kälteperiode, Niedrigwasser, Seismische Ereignisse, Starkniederschlag, Sturm, Sturmflut, Tierseuchen, Wildfeuer sind nur eine Auswahl von Gefahren mit potenzieller Bundesrelevanz [9].

Stabsarbeit versus Verwaltungshandeln

Wie Machiavelli bereits 1513 in seiner Abhandlung zur Staatsraison festgehalten hat, so muss auch heute die Politik bereits handeln bevor es zu Krisen kommt um dieser bestmöglich entgegenzutreten zu können.

Eine bei Bundeswehr, Polizei und im Krisenmanagement erfolgreich eingesetzte Organisationsform ist der sogenannte Stab. Stabsarbeit zeichnet sich grundsätzlich durch folgende Eigenschaften aus: Disziplin, Struktur, der Bündelung von Kompetenzen und Effizienz. Für die Aufrechterhaltung der Disziplin innerhalb des Stabes ist die Leitung des Stabes verantwortlich. Auch die Struktur muss durch sie vorgegeben werden. Bei der Bündelung von Kompetenzen muss die Leitung des Stabes alle Informationen aus den verschiedenen Stabsbereichen zusammenführen und aus diesen aufbereiten und gebündelten Informationen Entscheidungen treffen. Wenn all diese Aspekte berücksichtigt werden, dann kann der Stab mit einer höchstmöglichen Effizienz Lösungsvorschläge für die Bewälti-



Ein gutes Beispiel für vorausschauende Arbeit eines Landeskoordinierungsstabes vor dem Hintergrund möglicher Cyberattacken. Aufbau einer alternativen Kommunikation für den Notfall durch das THW. Hier im Rahmen der landesweiten Übung „ARCHE“ in Mecklenburg-Vorpommern. (Fotos: Uwe Becker)

gung eines Ereignisses bearbeiten. Das Besondere erfolgreicher Stabsarbeit liegt dabei in der ressort- und ebenenübergreifenden Bearbeitung von Vorgängen.

Umfassende Bewertungen der Lage sind notwendig.

Politische Entscheidungsträger benötigen eine umfassende Bewertung der Situation. Dabei werden nicht nur medizinische, epidemiologische Auswirkungen bewertet, sondern ebenbürtig auch alle weiteren Implikationen.

Der frühe Vogel fängt den Wurm. Diese allgemein bekannte Redewendung sagt, dass derjenige, der mit einer

Sache frühzeitig beginnt, Erfolg haben wird. Dabei hat aber keiner an den Wurm gedacht, der ebenfalls früh unterwegs war. Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig ein Perspektivwechsel in der Betrachtung eines Problems ist.

Dafür sind Generalisten als Berater notwendig. Menschen, die in der Lage sind, aufgeschlossen, mit nötiger Empathie, gewissenhaft, extravertiert und mit hoher emotionaler Stabilität aus den vorliegenden Fakten Beschlussvorschläge zu generieren. Derartige Beschlussvorschläge sind nicht immer gänzlich mit harten Fakten zu untermauern, sondern basieren oft auf Erfahrungswerten. Solche Vorschläge werden von den Haushaltsverantwortlichen mangels ausreichender Begründung gerne zurückgewiesen. Dabei gibt es Untersuchungen, die belegen, dass Bauchentscheidungen erfahrener Entscheider, beruhend auf Heuristiken, regelmäßig zutreffen [10]. Solche Generalisten finden sich in den für Bevölkerungsschutz zuständigen Abteilungen der Ministerien der Länder oder in der Offiziersebene der Bundeswehr. So war es klug, auf Bundesebene einen General der Bundeswehr im Krisenstab der Bundesregierung zu installieren.

Losgelöst von regulärem Verwaltungshandeln wird eine Organisationsform als operatives Element benötigt, welches ressort- und ebenenübergreifend, mit einem weitgehenden Kompetenz- und Entscheidungsraum ausgestattet ist um die Herausforderungen des Bevölkerungsschutzes frühzeitig zu erkennen, Gegenmaßnahmen einzuleiten und über den Tellerrand der eigenen Fachlichkeit denken und handeln kann.

Allgemein zum Bevölkerungsschutz

Die Anschläge des 11. September 2001 gelten als Trigger für die Transformation der deutschen Sicherheitsarchitektur [11] und enden unter anderem in die 2002 (2. Auflage 2010) von Bund und Ländern gemeinsam getragene „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“ [12].

Hier werden die Kompetenzen aller Akteure im Bevölkerungsschutz vereinigt. Hochkomplexes Themengebiet, das ressortübergreifend und fachmännisch bearbeitet werden muss.

Die Bundeswehr hat ein umfangreiches Auftragsportfolio, welches im Weissbuch formuliert ist [13]. Neben der Landes- und Bündnisverteidigung, dem internationalen Krisenmanagement und der internationalen Katastrophenhilfe gehört auch die nationale Krisenvorsorge dazu. Jedoch stützen sich die staatlichen Strukturen zu sehr auf diese Form der Amtshilfe, sie dürfen sich nicht allein auf die Unterstützung der Bundeswehr verlassen, sondern müssen eigene Strukturen, Maßnahmenkataloge und Personal für Ereignisfälle vorhalten. Dies erscheint zunächst einmal teuer, ist aber im Falle einer schnellen Reaktionsfähigkeit unterm Strich kostengünstiger als die Folgen eines leistungsschwachen Krisenreaktionssystems und bewahrt gleichzeitig Menschenleben.

Das 2004 gegründete Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) ist ein gutes Beispiel,

welches Kompetenzen aller Akteure vereinigt. Im BBK werden Ereignisse im Kontext unterschiedlicher Fachlichkeit und Perspektiven betrachtet und analysiert. Somit wird nicht nur der Mediziner und Epidemiologe angehört, sondern auch alle Dominoeffekte, die ein Ereignis mit sich bringt betrachtet und im Gesamtlagebild berücksichtigt.

Diese Fähigkeit beherrscht der Bevölkerungsschützer. Er ist Generalist und kennt Methoden sowie Erkenntnisse unterschiedlicher Professionen.

Der Bevölkerungsschutz umfasst alle nicht-polizeilichen und nicht-militärischen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen vor Katastrophen und anderen schweren Notlagen sowie vor den Auswirkungen von Kriegen und bewaffneten Konflikten. Der Bevölkerungsschutz umfasst auch Maßnahmen zur Vermeidung, Begrenzung und Bewältigung der genannten Ereignisse [14].

Schon 2013 wurde seitens des Bevölkerungsschutzes der Bundesregierung ein Gutachten „Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz“ zugeleitet [15]. Hier wird ein Pandemieereignis durch Virus Modi-SARS betrachtet. Im Ergebnis findet sich hier das „Drehbuch“ der aktuellen COVID Pandemie.

Interministerielles Führen

Ebenfalls ressortübergreifend sollten aufkommende Detailprobleme diskutiert werden. Hier eignen sich interministerielle Arbeitsgruppen oder interministerielle Führungsstäbe. Diese, in fast allen Bundesländern etablierten Gremien, tagen nach Bedarf. Die Besetzung muss hochkarätig sein, damit erarbeitete Lösungen und die sich daraus ergebenden Aufgaben in den Ressorts auch wirklich im Sinne eines abgestimmten Verwaltungshandelns umgesetzt werden.

Was noch zu tun bleibt

Zur erfolgreichen Bekämpfung der Auswirkungen von Ereignissen bedarf es Experten und einer funktionierenden Organisation.

Daraus ergeben sich drei Aspekte:

1. Wer sind die richtigen Experten?
2. Welche Organisationsform ist die richtige?
3. Verwaltung ist krisenfest zu gestalten.

Unabhängig vom Ereignis gibt es viele Experten, deren Meinungen und Erkenntnisse wichtig zur Entscheidungsfindung und somit zur Bekämpfung des Ereignisses sind. Meinungsführend sind oftmals die dem Ereignis thematisch direkt zuzuordnenden Experten (Pandemie-Gesundheitsexperten, Starkwetter-Klimaexperten, usw.). Wichtige Nebenrollen werden oft übersehen bzw. erst gehört, wenn Auswirkungen eines Ereignisses zu spüren sind.

Eine Expertengruppe ist zu moderieren. Informationen sind zusammenzufassen und in Ihrer Bedeutung zu bewerten. Idealerweise übernimmt die Moderation ein All-rounder, ein Generalist, der über den Tellerrand das große Ganze im Blick hat, jemand, der auch das Vertrauen der politischen Entscheider genießt. Dieses Vertrauen entsteht nicht erst in der Krise, sondern schon vorher. Dieses funktioniert, wenn in der allgemeinen Aufbauorganisation (AAO) schon eine entsprechende Organisationszelle, beispielsweise eine Abteilung, im zuständigen Ressort existiert und die ressortübergreifenden Krisenreaktionsstrukturen, als besondere Aufbau Organisation (BAO) ressortübergreifend geplant sind und regelmäßig fortgebildet und geübt werden.

Um ein umfassendes Lagebild zu erstellen und aktuell zu halten, wird eine Stabsstruktur benötigt. Bewährt haben sich Strukturen, wie sie bei der Bundeswehr, der Polizei und im Katastrophenschutz gelebt werden. Rekrutieren lassen sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Ressorts, die, nach einer einführenden Ausbildung, jährlich fortgebildet werden und als „Schläfer“ in Ihre Ressorts zurückkehren. Im Aufwuchsfall eines Ereignisses sind diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine wertvolle Ressource eines solchen Koordinierungsstabes auf Landesebene und sind innerhalb von Stunden zu aktivieren.

Abgestimmtes Verwaltungshandeln ist der Schlüssel zum Erfolg. Deshalb sind Sitzungen eines interministeriellen Führungsstabes notwendig. Die Sitzungen stützen sich auf Erkenntnisse des Landeskoordinierungsstabes, der ressortübergreifend alle Informationen sammelt, auswertet, aufbereitet und daraus Möglichkeiten des eigenen Handelns ausarbeitet. Geführt werden sollten die Sitzungen vom zuständigen Ressort. Teilnehmer sind die Entscheidungsträger der Ressorts.

Damit all diese Maßnahmen auch im Verwaltungshandeln akzeptiert und ernst genommen werden, sind die Führungskräfte in den Verwaltungen zu sensibilisieren. In die Ausbildungspläne der Hochschulausbildungen sollte das Thema Krisenmanagement fest aufgenommen werden.

Corona wird die Menschen noch einige Zeit, vielleicht auch immer begleiten. Es wird eine neue Normalität geben. Neben dieser Normalität werden uns auch andere Er-

Quellenangaben

- [1] Wöchentlicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) 15.12.2021 – AKTUALISIERTER STAND FÜR DEUTSCHLAND
- [2] https://github.com/robert-koch-institut/COVID-19-Impfungen_in_Deutschland/blob/master/Archiv/2021-12-04_Deutschland_Impfquoten_COVID-19.csv
- [3] Nordström, Peter and Ballin, Marcel and Nordström, Anna, Effectiveness of Covid-19 Vaccination Against Risk of Symptomatic Infection, Hospitalization, and Death Up to 9 Months: A Swedish Total-Population Cohort Study. Available at SSRN: <https://ssrn.com/abstract=3949410> or <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3949410>
- [4] https://www.rki.de/DE/Content/Kommissionen/STIKO/Empfehlungen/PM_2021-11-18.html
- [5] https://github.com/robert-koch-institut/COVID-19-Impfungen_in_Deutschland/blob/master/Archiv/2021-12-04_Deutschland_Landkreise_COVID-19-Impfungen.csv
- [6] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/158994/umfrage/anzahl-niedergelassener-aerzte-nach-alter/> (Aus den Daten geht nicht hervor, ob die Anzahl der Praxen der Anzahl der Ärzte entspricht)
- [7] UNISDR, Terminology on Disaster Risk Reduction, Genf 2009, S. 25
- [8] Glossar BBK; www.bund.bbk.de; Abruf am 05.12.2021
- [9] Drucksache 17/8250 17. Wahlperiode 21.11.2011
- [10] Bauchentscheidungen: Die Intelligenz des Unbewussten und die Macht der Intuition, Gerd Gigerenzer, 2007
- [11] Die Welt nach 9/11; Auswirkungen des Terrorismus auf Staatenwelt und Gesellschaft; Thomas Jäger 2012
- [12] Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland; Wissenschaftsforum Band 4 Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe 2. Auflage; 2010
- [13] Bundesregierung, Weissbuch 2016, Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundesrepublik, Berlin 2016
- [14] Glossar BBK; www.bund.bbk.de; Abruf am 05.12.2021
- [15] Drucksache 17/12051 17. Wahlperiode 03.01.2013; Bericht zur Risikoanalyse 2012

ignisse treffen. Mit einem effizienten und robusten Krisenmanagement auf allen Ebenen müssen diese bedacht werden. Jetzt besteht noch die Möglichkeit einer Evaluation des bestehenden Systems.

Sebastian Heck: Studium der Geschichtswissenschaften an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg (M.A. Geschichtswissenschaften), Ehemaliger Feldjägeroffizier, Verantwortlich für die Erarbeitung der Einsatzgrundlagen und die Generierung der militärpolizeilichen Kräftebeiträge für die schnellen Reaktionskräfte der NATO und für das internationale Krisenmanagement der Bundesrepublik Deutschland. Erfahrungen in der Stabsarbeit im militärischen als auch im zivilen Bereich; auch auf der strategischen Ebene, national und international.

Uwe Becker: Ingenieurwissenschaftler M.Sc. Seit 1980 in allen Bereichen des Krisenmanagements tätig. Im operativen, administrativen und

auf der strategischen Ebene (national und international). Beratungstätigkeiten im internationalen Bereich im Auftrag der Bundesrepublik Deutschlands u.a. in Nordafrika und China, Entwicklung von Strategien zum Erhalt systemrelevanter betrieblicher Abläufe in Unternehmen (Betriebskontinuitätsmanagement), Teamcoaching von „High risc teams“ in Unternehmen und staatlicher Akteure. Leiter des Bereiches Brand- und Katastrophenschutz, ZMZ, KRITIS und Munitionsbergung im Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern.



27. - 28. APRIL 2022
MESSE FRIEDRICHSHAFEN



DROHNEN IM BOS-EINSATZ

Polizei | Feuerwehr | Rettungsdienst

Die AERO-Sonderveranstaltung „Drohnen im BOS-Einsatz“ ist die erste einsatzübergreifende Fachveranstaltung, die UAV-Einsatzwissen, Erfahrungsaustausch und reale Flugszenarien europaweit an einem Ort zusammenbringt.

MEHR INFORMATIONEN UND ANMELDUNG

www.aerodrones.info

In Kooperation mit



Der BMI-Förderpreis „Helfende Hand“ 2021

Henning Hahn

Auch 2021 stand die wichtigste bundesweite Auszeichnung ehrenamtlichen Engagements im Bevölkerungsschutz ganz im Zeichen der Pandemie: So wies eine Vielzahl der eingereichten Projekte einen thematischen Bezug zu Corona auf. Und auch die Veranstaltung selbst musste angesichts der pandemischen Entwicklung rein digital stattfinden.

Zusammen mit der Moderatorin Andrea Thilo führte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Stephan Mayer routiniert durch die rein digitale Preisverleihung und verlieh der Veranstaltung den gebührenden feierlichen Rahmen. Staatssekretär Mayer betonte ausdrücklich, dass alle eingereichten Bewerbungen bereits Gewinner seien, verkörperten sie doch den Wert ehrenamtlichen Engagements für die Gesellschaft. Anschließend wurden die diesjährigen Gewinnerinnen und Gewinner bekannt gegeben, welche per Live-Schalttafel über ihre Platzierungen informiert wurden.

initiierte die Bornheimer Jugendgruppe „Jugend trifft auf Blaulicht“ einen Livestream mit den Spitzen der ehrenamtlichen Organisationen, um auf Fragen, Probleme und Wünsche der Organisationsmitglieder einzugehen. Durch den offenen Austausch wurde den Ehrenamtlichen nicht nur eine Stimme gegeben, sondern auch ihre Wichtigkeit in der Gesellschaft hervorgehoben!

2. Platz: „Ausbildung mit VR“ des DRK Kreisverbandes Herford-Stadt e.V.

Mithilfe von virtueller Realität macht der DRK-Kreisverband Herford-Stadt Lehrinhalte greifbar. Dabei stehen vor allem Szenarien im Vordergrund, die in der Realität nur schwer zu simulieren sind – wie zum Beispiel der Umgang mit einem Rettungshubschrauber. Der Vorteil: Die Helferinnen und Helfer können für herausfordernde Situationen eine Routine entwickeln und Sicherheit bekommen.

3. Platz: „WuKAS – Sicherheit für Spontanhelfende“ des Malteser Hilfsdienst e.V. Generalsekretariat und der Bergischen Universität Wuppertal

Ehrenamtliche aus Organisationen werden durch ihre Ausbildung auf Einsätze vorbereitet – Spontanhelfende hingegen nicht. Deshalb entwickelten der Malteser Hilfsdienst und die Bergische Universität Wuppertal mit der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung einen praxisnahen Leitfaden mit Handlungsanweisungen für einen sicheren Einsatz, der zur Wissens- und Kompetenzvermittlung im Arbeits- und Gesundheitsschutz bei Spontanhelfenden – kurz WUKAS – dient.



Nachfolgend die 14 Gewinnerprojekte 2021. In der Kategorie

„Innovative Konzepte“

wurden 107 Bewerbungen eingereicht. Davon belegten die folgenden Projekte die ersten fünf Plätze:

1. Platz: „Ehre dem Ehrenamt“ des Aktionsbündnisses Jugend trifft auf Blaulicht (JtaB) aus Bornheim

Viele der Ehrenamtlichen fühlen sich von der Gesellschaft nicht ausreichend wertgeschätzt. Um das zu ändern,

4. Platz: „Jugendfeuerwehr to go“ der Jugendfeuerwehr Bienrode

Um auch während der Pandemie die Übungsdienste aufrecht zu halten, entwickelte die Jugendfeuerwehr Bienrode das Projekt „Jugendfeuerwehr to go“. Im wöchentlichen Wechsel wurden dabei den Jugendlichen Themenboxen von den Betreuerinnen und Betreuern geliefert und alle Themen in Videokonferenzen besprochen. Durch das Konzept wurde der Übungsdienst von zu Hause aus ermöglicht und das Miteinander trotz der räumlichen Trennung gestärkt!

5. Platz: „Team Bayern Digital“ des Bayerischen Roten Kreuzes und Bayern 3 (Bayerischer Rundfunk)

Zur Unterstützung von Organisationen und Hilfsbedürftigen haben sich das Bayerische Rote Kreuz und BAYERN 3 für das Projekt „Team Bayern Digital“ zusammengeschlossen. Es wurde eine App entwickelt, um den Austausch zwischen den Hilfswilligen noch schneller und multifunktionaler zu gestalten: Wie ist die Lage vor Ort? Werden noch Einsatzkräfte gebraucht? Was muss als Nächstes getan werden? Durch die neue Plattform können Hilfsangebote nun effizienter organisiert und die Einsatzmöglichkeiten erweitert werden!



In der Kategorie

„Nachwuchsarbeit“

wurden 76 Bewerbungen eingereicht. Die Plätze eins bis fünf belegten die Projekte:

1. Platz: „#heldenhaft“ der H7 Helfende Jugendverbände Thüringen

Um in Zeiten des Abstandes den Zusammenhalt und das Engagement zu stärken, starteten die H7 Helfenden Jugendverbände Thüringen das Projekt „#heldenhaft“. Auf ihrem Instagram-Kanal rief die Initiative dazu auf, eine gute Tat zu vollbringen, diese in einem Foto festzuhalten und unter dem Hashtag #heldenhaft mit anderen zu teilen. Durch die Initiative wurde das Gemeinschaftsgefühl verbandsübergreifend gestärkt!

2. Platz: „Kids im Dienst“ des DRK Kreisverbandes Neuss e.V./Wasserwacht

In der Wasserwacht des DRK-Kreisverbandes Neuss fielen immer wieder erfahrene Einsatzkräfte aufgrund der Familienplanung aus. Mit dem Projekt „Kids im Dienst“ wird dem entgegengewirkt: Abwechselnd können Elternteile ihren Dienst oder die Unterhaltung der Kinder übernehmen. Das

hat zwei Vorteile: Zum einen bleiben die Mitglieder langfristig erhalten und zum anderen können Kinder schon in frühen Jahren für die Wasserwacht begeistert werden.

3. Platz: „Feuerwehrausbildung in einer beruflichen Schule“ der Walther-Lehmkuhl Schule, Regionales Berufsbildungszentrum der Stadt Neumünster AöR

Um den Nachwuchsproblemen der Freiwillige Feuerwehren entgegenzuwirken, integrierte die Walther-Lehmkuhl-Schule in Neumünster in Abstimmung mit den zuständigen Landesministerien das Fach „Feuerwehrtechnik“. Die dabei erworbene Ausbildung ist in Theorie und Praxis

aufgeteilt und bildet die Basis-Qualifikation für Freiwillige Feuerwehren und Berufsfeuerwehren. Mit ihr steht den Schülerinnen und Schülern nichts mehr im Wege, um bei der Ortsfeuerwehr aktiv zu werden.

4. Platz: „Feuerlino und seine Kindernotrufkarte“ von Sarah Rattmann

Damit Kinder im Ernstfall wissen, wie sie helfen können, klärt der kleine Bär Feuerlino von Sarah Rattmann mit seiner Kindernotrufkarte spielerisch auf! Mit Übungsbeispielen sowie Mal- und Bastelvorlagen werden die drei Schlüsselmaßnahmen „Lernen, Helfen und Vorbeugen“ bereits an Kindergarten- und Grundschulkinder vermittelt – z. B. wie man einen Notruf betätigt. Mehr als 27.000 Mal wurde die Kindernotrufkarte von Feuerlino bereits in Umlauf gebracht!

gebracht!

5. Platz: „Schulfach Feuerwehr“ der Freiwilligen Feuerwehr Pasewalk

Um dem drohenden Nachwuchsmangel entgegenzuwirken, setzte die Freiwillige Feuerwehr Pasewalk gemeinsam mit der Regionalschule Arnold Zweig das Wahlpflichtfach „Feuerwehr“ auf den Stundenplan. Unter dem Motto „Etwas Feuerwehr steckt in jedem“ können Jugendliche der neunten und zehnten Klasse einen Einblick ins Ehrenamt bekommen und werden ermutigt, sich der Freiwilligen Feuerwehr anzuschließen. So konnten bereits zwölf neue Mitglieder für die Jugendfeuerwehr und sechs für den aktiven Dienst begeistert werden!

In der Kategorie

„Unterstützung des Ehrenamtes“

wurden 93 Bewerbungen eingereicht. Hiervon wurden die folgenden vier prämiert:

1. Platz: „Alle Blaulichter vereint für den guten Zweck auf der Fibo“ des Clubs der blauen Helme

Man kennt sie auch als den „Club der blauen Helme“: Ingo, Jörg und Daniel. Die drei Feuerwehrmänner motivieren andere im Bevölkerungsschutz Aktive, durch Spenden-sport gemeinnützige Organisationen zu unterstützen. Ihre nächste Aktion: Mit über 100 Blaulichtsportlerinnen und Blaulichtsportlern auf der Fitness und Bodybuildingmesse (FIBO) so viele Kilometer für den guten Zweck zu sammeln wie möglich – auf zehn Indoorcycling-Bikes in voller Einsatzkleidung! Dass es funktioniert, haben die letzten Jahre gezeigt: Mehr als 70.000 Euro konnte der „Club der blauen Helme“ bereits sammeln.

2. Platz: „JuLeica im Katastrophenschutz“ des DRK Ortsverein Hinte, Kreisjugendfeuerwehr Aurich, JRK KV Wittmund, JRK Norderstedt

Durch die Pandemie wurden alle Juleica-Ausbildungen abgesagt, sodass keine Jugendleitercards ausgestellt werden konnten. Für die Jugendarbeit ist die Ausbildung jedoch essenziell. Das DRK Hinte und die Jugendpflege der Gemeinde Ihlow ließen sich davon nicht unterkriegen und entwickelten eine digitale und kostenlose Version! Hinzu kamen Onlinefortbildungen, die Gruppenleitende der H7 aus ganz Deutschland wahrnehmen konnten. Obwohl die Juleica-Ausbildung außerhalb ihres Arbeitsbereiches lag, steckte die Jugendpflege über 250 Stunden in die Nachwuchsarbeit!

3. Platz: „Podcast ‚7 Gute Gründe‘“ von Martin Krumsdorf

In dem Podcast „7 Gute Gründe“ stellt Martin Krumsdorf monatlich eine Person aus dem Rotkreuz-Universum vor – persönlich und authentisch. Dabei geht er auch immer wieder auf die sieben Grundsätze der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung ein. Somit gelingt es Martin Krumsdorf, die Themenvielfalt des Roten Kreuzes nahbar widerzuspiegeln und andere Menschen zu motivieren, sich ebenfalls zu engagieren!

4. Platz: „Projekt zur interkulturellen Öffnung der Feuerwehr: ‚Gehen wir es an – wir können alle nur gewinnen‘“ von Björn Frank Preuß von Brincken

Wer in ein neues Land auswandert, steht vor vielen Herausforderungen. Der Kreisbrandmeister und interkulturelle Berater der Feuerwehr Björn Frank Preuß von Brincken bringt Migrantinnen und Migranten in Schulungen bei, was sie in Notfallsituationen tun können. Dabei geht

er auch auf die Funktion der Feuerwehr ein und zeigt, wie man für Sicherheit in den eigenen vier Wänden sorgt. Das stärkt das kulturelle Zusammenleben und ermutigt die Kursteilnehmenden, den örtlichen Organisationen beizutreten. Bisher wurden über 230 Neubürgerinnen und -bürger geschult!

Der Publikumspreis 2021

Unter all den 14 Projekten wurde auch dieses Jahr wieder der Publikumspreis auserkoren. Mit 931 Stimmen ging der diesjährige Preis an das Projekt „Schulfach Feuerwehr“ der Freiwilligen Feuerwehr Pasewalk.



Nach der Verleihung ist vor der Verleihung – jetzt schon Start der Bewerbungsphase vormerken!

Auch 2022 wird die Helfende Hand vergeben. Ab dem 01.03. startet die Bewerbungsphase für den BMI Förderpreis „Helfende Hand“ 2022. Bewerbungen können dann online unter

www.foerderpreis-helfende-hand.de eingereicht werden.

Henning Hahn ist Mitarbeiter des Referates Grundsatzangelegenheiten des Bevölkerungsschutzes, Ehrenamt, Risikoanalyse im BBK.

Erst das Wasser, dann die helfenden Hände, organisiert im Helfer-Shuttle

Hans Betke, Henning Hahn, Marion Heymel, Sebastian Lindner, Jennifer Nehring, Thomas Pütz, Claudia Richter, Dr. Eva Mareike Schmitt, Stefan Voßschmidt



Logo des Helfershuttle.
(Quelle: helfer-shuttle.de)

Situation nach dem Ahrtaltsunami

Am Tag nach der Katastrophe vom 14. Juli lag alles darnieder. Tausenderlei war zu tun. Der Bevölkerungsschutz musste vorrangig Menschenleben retten. Die Betroffenen pumpten Wasser aus den Häusern und schippten Schlamm. Sie waren dankbar für jede helfende Hand. Und es kamen Tausende. Die ersten packten zu, als das Wasser auf den Straßen noch knietief stand. Dies war notwendig. Denn die Beseitigung hochwasserbedingter Schäden und der nachhaltige Wiederaufbau erfordern gemeinsame Anstrengungen aller.



Situation in Ahrweiler an Tag 1 nach der Flut.

Mit hohem Engagement und mit sehr großem Zusammenhalt wird daher seit dem ersten Tag an der Beseitigung der Schäden gearbeitet. Viele Menschen haben alles verloren, ihre Häuser sind unbewohnbar. Einige sind vom Kreis in Notunterkünften (Containern) untergebracht worden.

Die Schäden sind gigantisch. Das Jahr 2021 wird wohl als das teuerste Schadensjahr für Versicherer in die Geschichtsbücher eingehen. Sturm „Bernd“ hatte im Juli zu schweren Überflutungen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen geführt, mehr als 180 Menschen sind dabei gestorben „Die versicherten Unwetterschäden an Häusern, Hausrat, Betrieben und Kraftfahrzeugen dürften rund 11,5 Milliarden Euro ausmachen“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), Jörg Asmussen. So hohe Schäden aus Naturkatastrophen hat es seit Beginn der Aufzeichnungen vor rund 50 Jahren nicht gegeben. Ähnlich hohe Schäden sind 2002 und 1990 entstanden. Allein für das verheerende Hochwasser Mitte Juli 2021 kalkulieren die Versicherungsunternehmen bislang rund 7 Milliarden Euro ein, wie der GDV erklärte. Davon entfielen etwa 6,5 Milliarden Euro auf Wohngebäude, Hausrat und Betriebe sowie eine weitere halbe Milliarde auf Kraftfahrzeuge¹.

SolidAHRität: Spontanhelfende im Ahrtal

In der Flutkatastrophe an der Ahr haben die Spontanhelfenden gezeigt, dass sie ein wichtiger Bestandteil der gesellschaftlichen Krisenbewältigung sind. Sie organisieren sich größtenteils selbst, weil es keine praktisch umgesetzten Integrationsmechanismen oder -konzepte in Deutschland für Spontanhelfende bzw. die Kooperation seitens der BOS (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) mit ihnen gibt. Die Rolle der Katastrophenschutzorganisation bestand in der Unterstützung dieser Selbstorganisation. Aber auch sie scheinen von der

1 Internet: <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/naturkatastrophen-kosten-versicherer-2021-so-viel-wie-nie-17513248.html>, Zugriff 16.09.2021, der Generalanzeiger Bonn schätzt (unter Berufung auf die Finanzaufsicht BaFin), dass die Flut die Versicherer 8,2 Milliarden Euro kostet, 6,3 Milliarden seien rückversichert, Generalanzeiger 16.09.2021, S.6, „Flut kostet Versicherer 8,2 Milliarden Euro. BaFin schätzt jetzt Schadenssumme höher ein“.

Hilfsbereitschaft im Ahrtal überwältigt worden zu sein. In der Realität ist es letztendlich dem Engagement und Organisationstalent einzelner Personen zu verdanken, dass alles zusammenlief, indem sie meist mit Hilfe von Social Media und eigens gestalteter Homepages die Koordination der Spontanhelfenden übernahmen.

Die Spontanhelfenden entwarfen eine Liste für Helfer mit Abfrage zu Fähigkeiten, verfügbaren Ausrüstungsgegenständen oder Helfer-Zeitslots, aber ermöglichten auch die Erfassung von Anfragen zur benötigten Unterstützung. Beispiele hierfür sind das Helfer-Shuttle², der Helfer-Stab Hochwasser Ahr, Fluthelfer Ahr und andere Fluthelfernetzwerke. Im Gegensatz zu früheren Lagen wurde bereits in den ersten Tagen (16./17. Juli 2021) nach der Katastrophe ein Online-Portal zur Erfassung privater Hilfsangebote etabliert, das in das Portal Fluthilfe RLP³ des Landes Rheinland-Pfalz auf Basis des Open-Source-Systems *Sahana Eden* überführt wurde.

Sahana Eden

ist ein freies Open Source Katastrophenmanagementsystem, ein kollaboratives webbasiertes Werkzeug, das sich typischen Problemen bei der Koordinierung der Katastrophenhilfe zwischen Regierungs- und nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) und den Betroffenen selbst widmet, angefangen vom Auffinden vermisster Personen, dem Management von Hilfsleistungen und Freiwilligen bis zum effektiven Verfolgen von Lagen. Das Sahana Projekt wurde von Freiwilligen der Sri Lanka FOSS Entwicklungsgruppe initiiert, um ihren Landsleuten zu helfen, die vom Tsunami im Dezember 2004 in Asien betroffen waren. Das System wurde offiziell von der Regierung von Sri Lanka genutzt und wurde als Freie Software unter Open Source Lizenz freigegeben. Anschließend wurde es mit der finanziellen Unterstützung der schwedischen internationalen Entwicklungsbehörde, IBM und der US National Science Foundation in ein allgemein nutzbares Werkzeug zum Katastrophenmanagement umgeschrieben. Es wurde seitdem von dutzenden Regierungen und nichtstaatlichen Organisation verwendet. Vgl. Internet https://live.osgeo.org/archive/10.5/de/overview/sahana_overview.html, Zugriff 17.09.2021

Hier können Flutopfer die gesammelten Hilfsangebote von Privatpersonen einsehen und Kontakt aufnehmen. Das Portal wurde auch von Technischer Einsatzleitung, Verwaltungsstab und der Abschnittsleitung Gesundheit zur Ergänzung der Hilfeleistungen genutzt. Das gilt vor allem für die Hilfsangebote von Ärztinnen und Ärzten, die bislang nicht im Katastrophenschutz tätig waren und für die bis dato keine Koordinationsmöglichkeit bestand. Die Hilfe dauert an. Beispielsweise bedankte sich das Ahrtal am Donnerstag den 16.09.2021 bei 856 helfenden Händen⁴.

Helfershuttle konkret

Ein Beispiel für die privaten Initiativen ist das schon am Tag nach dem Unglück durch ortsansässige Unternehmer gegründete „Helfer-Shuttle“, das sich nach und nach

zu einem der wichtigsten Akteure der Spontanhilfe im Ahrtal entwickelt hat. Ziel waren vor allem „niedrigschwellige Angebote“. Das Motto lautet: „Jeder kann helfen. Jeder ist willkommen.“ Es soll keine Barrieren geben, die vom einmal gefassten Entschluss, zu helfen, ablenken. Der Flut im Ahrtal soll die Flut der Empathie und Hilfe folgen. Wurden die Helfenden anfangs von Städten wie Koblenz mit ausreichenden Parkmöglichkeiten aus ins Katastrophengebiet geschuttelt, verlagerte sich der Sammelpunkt später in den Innovationspark Rheinland, direkt an der Autobahn A61 in Grafschaft-Ringen gelegen.



Ahrweiler, die Straße Kanonenwall am Tag nach der Flut.

Aktuell wird die Akutphase des Einsatzes im Ahrtal und in den anderen Hochwassergebieten auch wissenschaftlich untersucht. Die Bevölkerung empfindet und empfand, so weit wir das beurteilen können, die Hilfe der Spontanhelfenden weit überwiegend als sehr große Entlastung und Unterstützung. Die meisten sind den Spontanhelfenden sehr dankbar für die unkomplizierte Hilfe, vor allem im Bereich der Reinigungs- und Aufräumarbeiten.

Sitz des Helfer-Shuttle ist der Innovationspark, oder nach der Optik des weit sichtbaren Haribo Gebäudes, das Haribogelände. Beim Innovationspark Rheinland, Carl-Bosch-Straße 11, in 53501 Grafschaft-Ringen, handelt sich um ein riesiges Gelände, auf dem viele Firmen ansässig sind mit großen Freiflächen. Es wirkt auf den ersten Blick gigantisch. Alles ist neu und modern und farblich grau. Der Weltkonzern Haribo hat seine Produktion erst seit wenigen Jahren hierher verlagert. Alles ist vollgestopft mit Fahrzeugen und Menschen. Auf einer großen Freifläche hat der Helfer Shuttle seine Zelte aufgeschlagen. Im wahrsten Sinne des Wortes. Denn hier ist eine kleine Zeltstadt entstanden, mit Essens- und Versammlungszelt, Orga-Zelt und Schmiede im Zelt. Hier beginnt der Tag der Helfenden mit dem Frühstück und der „Morgenandacht“. Alle werden auf das gemeinsame Ziel eingeschworen.

^{2,4} Internet: <https://www.helfer-shuttle.de/> Zugriff 17.09.2021

³ Internet: <https://fluthilfe.rlp.de/> Zugriff 17.09.2021

Helfen, respektvoll Helfen. Ohne Bevormundung – nie gegen den Willen der Eigentümer. Die Achtung vor dem Menschen ist wichtig. Der Flut soll die Gegenflut der Empathie und des Engagements entgegengestellt werden.



Thomas Pütz erklärt den Helfer-Shuttle

Der Grundgedanke lautet: Jeder kann helfen, Hilfe wird so niederschwellig wie möglich ermöglicht. Ein automatisiertes drohnengestütztes Lagebild führt alle in die gleiche Lage ein. Kleidung, Gerät, alles kann gestellt werden. Es soll kein Grund bleiben, den Impuls, helfen zu wollen, aufzuschieben. Fast alles wird durch Spenden finanziert, wenn notwendig unterstützt die ADD (Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz mit Sitz in Trier, zurzeit auf dem Gelände der BABZ in Ahrweiler arbeitend) mit Kostenzusagen und Zahlungen. Den Helfershuttle haben Thomas Pütz und Marc Ulrich kurz nach dem Ahraltalsunami gegründet. Beide sind Unternehmer, die sich schon vorher kannten. Thomas hat bei der Flut zwei seiner drei Sanitätsgeschäfte verloren und in Bad Neuenahr tagelang die Angst vor Plünderern erlebt. Marc betreibt eine Event- und Marketingagentur. Jürgen, der Dritte im Bunde, koordiniert.

Im Helfer-Shuttle wirkt alles überlegt und gut organisiert. Der Helfer-Shuttle fing mit einer Biergarten Garnitur an und ist kontinuierlich gewachsen. Helfer-Shuttle ist Organisation und Nukleus der Hunderte (jetzt wochentags) oder Tausende von Helfenden (früher und Wochenende). Das Zentrum ist das Lager im Innovationspark. Von dort werden die Helfenden zum Einsatz geschuttelt und wieder zurück. Jedes Team wird von einem erfahrenen Scout geleitet,

der Ort und Lage kennt (oftmals Bundeswehrsoldaten) und arbeitet zTag für Tag nach konkreten Aufträgen, die über QR-Codes erfasst sind, um den Menschen im Tal zu helfen. Schlamm schippen und Ausräumen hieß es am Anfang, jetzt kommen die täglich geschmiedeten hunderte von Meißel und die Bohrhämmer vermehrt zum Einsatz. Damit die Substanz trocknet, muss der Putz in vielen Fällen von den Wänden. Die Teams organisieren sich komplett selbst. Erfahrene Helfer führen die Erstlinge ein, die schon am ersten Abend mit glänzenden Augen zurückkommen. Von der Sinnhaftigkeit ihres Tuns erfüllt, wollen sie gern möglichst lange bleiben. Es entsteht ein neues soziales Gewebe. Alle sind auf dasselbe Ziel fokussiert und werden es jeden Morgen wieder: Rettung des Ahrtales. Die Einsicht, wie wichtig dies ist, kann allgemein auf die Personalführung übertragen werden. Sie erzeugt Begeisterung. Sie hilft, Motivation und Zielorientierung zu schaffen, die Dynamik zu kanalisieren und Demotivation zu vermeiden. Alle sind per „Du“ vereint im Team und im gemeinsamen Ziel.

Die Teams fahren gegen 09:00/ 10:00 Uhr los und kommen gegen 16:00/ 17:00 Uhr zurück zum Technologiepark. Dort werden die Maslowschen Bedürfnisse befriedigt: Trinken, Essen, Sauberkeit, Gemeinschaft, Sinnhaftigkeit und ein Schlafplatz. Duschen und ca. 150 Zelte sind da.

Etwa die Hälfte der Helfer kommt in der Woche von weiter her und übernachtet. Am Wochenende sind das mehr. Die Teams werden von Koordinationsteams unterstützt, die schauen, ob vor Ort alles läuft. Dann hält einer aus dem Team Pütz / Ulrich die „Abendandacht“. Die Heldengeschichten des Tages. Verdiente Helfer und Helferinnen werden ausgezeichnet, gelobt, manche, die wieder in den Beruf müssen, verabschiedet. Es wird viel geredet und verarbeitet. Manche haben Belastendes erlebt oder gehört. Hier hilft ein „debriefing“. Aber das Helfen bleibt im Mittelpunkt. Um 22:00 Uhr geht die Musik aus, die Feuer verlöschen und die Müdigkeit sorgt für Nachtruhe. Die Menschen sind völlig unterschiedlich, sie kommen sogar aus dem Ausland. Gesinnungsprüfungen und Abweisungen gibt es generell nicht, jeder ist willkommen.

Vom 26. September bis 2. Oktober fand in Bad Neuenahr-Ahrweiler in Zusammenarbeit mit dem Helfershuttle eine Kehrwoche statt. Aller Dreck sollte aus den Häusern und von der Straße, und wurde dann kostenlos weggefahren. Die Stadt soll wieder zugänglich werden, Straßen, Radwege und Bürgersteige frei sein, auch damit die Fachfirmen ihre Arbeit tun können. Zwar haben nach acht Wochen alle Wasser, fast alle Strom, aber das Gasnetz ist zu diesem Zeitpunkt völlig zerstört. Möglichst viel muss schnell repariert werden. Ein Winter ohne Heizung in den teilweise noch feuchten Häusern ist eher eine Horrorvorstellung.

Damit alles passt, gibt es beim Helfershuttle Fahrerteams und Organisationsteams, sowie ein IT Team. Die effektive IT ist Gemeinschaftsarbeit. Der Internetzugang ist der beste der Region, direkt mit einem Satelliten verbunden. In kürzester Zeit haben programmieraffine Freiwillige eine eigene webbasierte Koordinationssoftware entwickelt, die die Aufgabenverteilung stark erleichtert. Eine gewisse Parallelität der Organisation besteht zu Internet Hochzeitstischen. Die Ge-

schädigten geben an, was sie benötigen. Diese Bitte liegt dann auf einem virtuellen Tisch offen für die Helferteams einsehbar. Wenn ein Scout und ein Team sich für einen Auftrag eintragen, sie diesen übernehmen (z. B. Keller leerräumen) wird dies im System vermerkt. Er ist weg und für andere nicht mehr als „offen“ oder „zu erledigen“ zu sehen. Daher versucht kein zweites Team genau diese Aufgabe zu übernehmen. Es kommt zu keinen Doppelungen. Wichtige Informationen zu aktuellen Einsätzen können sich die Teams jederzeit über ihre privaten Endgeräte anzeigen lassen und den Bearbeitungsstatus aktualisieren.

Alles ist gewachsen und gut wie es ist, aber dennoch: es hätte vorher einen Plan mit Check-Liste für so etwas geben müssen, der einfach aus der Schublade gezogen wird und gerade in der Anfangsphase viel erleichtert hätte.

Insgesamt ist im Ahrtal das Schadensbild höchst unterschiedlich, z. B. sind in Altenahr 90% aller Gebäude erheblich geschädigt und teilweise gar nicht mehr vorhanden, viele Menschen im Landkreis haben alles verloren und nur gerettet, was Sie auf dem Leib tragen. Im historischen Stadtkern Ahrweiler stand das Wasser 1.50 bis 2.00 Meter hoch, die oberen Etagen sind nicht betroffen. Die Infrastruktur mit Straßen, Brücken, Kläranlagen, Telefonleitungen, Schulen und Kindertagesstätten ist im Ahrtal weitgehend zerstört.

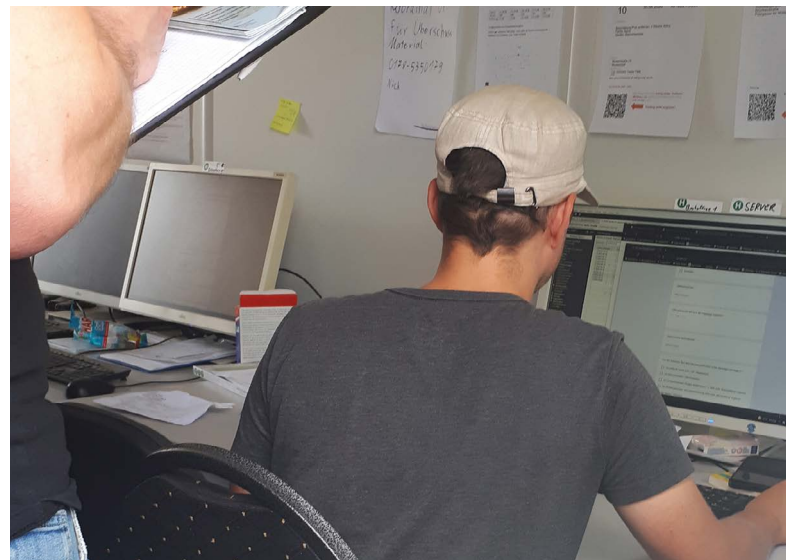
Schwierig für den Helfer Shuttle war die Sperrung des Ahrtales am 2. Wochenende. Das Krisengebiet wurde von den spontan Helfenden förmlich überrannt. Mehrere Tausend reisten mit ihren eigenen Fahrzeugen an, was zur Verstopfung der Straßen führte. Dies behinderte die Fahrt der Sperrmüll-Räumfahrzeuge und die Arbeit der professionellen Katastrophenschutzeinheiten. Die unmittelbar Betroffenen und engen Verwandten mussten teilweise mehrere Kilometer Wegstrecke zurücklegen, um zu den Häusern zu kommen. Da für den Samstagabend zudem Unwetter angesagt waren, zog der Krisenstab der ADD gemeinsam mit der Kreisverwaltung die Notbremse, indem die Spontanhelfenden um Abreise gebeten und die Zufahrtswege ausschließlich für die betroffenen Anwohner und die Einsatzkräfte freigehalten wurden. Die Überfüllung des Ahrtales mit Fahrzeugen war laut dem Helfer-Shuttle dem Krisen-Stab fünf Tage vorher angekündigt worden. Bei einer frühzeitigen Umleitung zum zentralen Platz in der Grafschaft und mit einem geregelten Bustransfer wäre das Problem gelöst gewesen. Durch die Sperrung des Tales wurden an diesem Wochenende viele Helfer verloren. Sie wollten helfen, nicht auf einmal unerwünschte Störer sein und unverrichteter Dinge nach Hause zurückkehren mit dem Stigma, „Du kannst hier nichts tun“. Dies wurde zunächst als großer Demotivator bewertet, jedoch hat dies der allgemeinen Hilfs- und Einsatzbereitschaft keinen Abbruch getan.

Bis zum 15. September waren über 50.000 Helferinnen und Helfer im Einsatz. Sie sind willkommen. Das sagt auch das Schild am Eingang des Ahrtales: „Ihr habt das Ahrtal gerettet.“ Damit die Helfenden auch über die Wintermonate eine warme Unterbringungsmöglichkeit finden, bietet das Helfer-Camp in Grafschaft-Leimersdorf kostenlose Über-

nachtungsmöglichkeiten. Finanziert werden das Helfer-shuttle und Helfercamp über den Aufbauhilfefonds.

Ausblick

Durch die Organisation konnten die Spontanhelfenden sehr effektiv Mensch, Spende und Material an die Orte bringen, an denen sie gebraucht wurden. Dies erfolgte schon zu einem Zeitpunkt, an dem die offiziell Zuständigen mit vielfältigen und komplexen Aufgaben stark ausgelastet waren. So konnten deren Hilfsangebote ergänzt werden.



Die effektive IT beim Helfershuttle ist Gemeinschaftsarbeit.
(Fotos: Stefan Voßschmidt)

Nach einer zeitweise chaotischen Verkehrssituation, die unter anderem durch eine große Anzahl unorganisiert einzeln per PKW angereister Spontanhelfender entstand, konnten die verantwortlichen Behörden gemeinsam mit den Initiativen der privaten Helfergruppe praktikable Lösungen finden (Parkplätze, Zuordnungen, Platz für Shuttle-Haltestellen etc.). Die umliegenden Städte und Kreise konnten bei dieser Organisation unterstützen. Die Verpflegung und Pausen- und Ruhemöglichkeiten (Sitzplätze, Toiletten, später auch Übernachtungen- und Duschen) wurden im Rahmen der Allgemeinen Hilfe organisiert und durch die Einsatzleitung Rheinland-Pfalz zur Verfügung gestellt. An den Verpflegungspunkten für die Bevölkerung wurden oft auch die vielen tagsüber tätigen Spontanhelfenden versorgt.

Es ergaben sich im Zusammenhang mit dem Engagement und der Einbindung der Spontanhelfenden dieselben Probleme, die schon in früheren vergleichbaren Situationen beobachtet worden waren. Neben dem üblichen Verkehrschaos mit der ersten Helferwelle gibt es Berichte über Betroffene, die den Spontanhelfern gerade in der Anfangszeit ängstlich gegenüberstehen, da diese nicht als Angehörige von Hilfsorganisationen erkennbar sind und ohne behördliche Koordination losgelöst von den professionellen Einsatzkräften handeln können. Die mangelnde Koordination der Spontanhelfenden und schlechte Kommunika-

tion durch offizielle Stellen ist auch in dieser Lage ein vielfach genannter Kritikpunkt von Helfenden und Betroffenen. Ohne zielorientierte Kooperation ließ sich das Potenzial der Spontanhelfenden nicht in vollem Maße ausschöpfen und konnte sich nur schrittweise durch Selbstorganisation in privaten Initiativen wirksam entfalten. Ein Nebeneffekt sind Enttäuschung und Vertrauensverlust in staatliche Strukturen.

Im Ahrtal ist vieles im Umbruch. Es entstehen neue Strukturen, Innovationen. Zum Beispiel: Krankenhäuser mit intaktem Gebäude können nicht arbeiten, da das Personal Flutopfer geworden ist. Diese Krankenhäuser vermieten nun Stationen an andere Kliniken, deren Gebäude nicht mehr intakt ist und die damit wieder arbeitsfähig sind. Denn die Gebäude vieler Kliniken sind stark beschädigt. Es dauert Monate bis sie wieder nutzbar sind. Vielleicht heißt das Ahrtal in fünf Jahren „Innovation-Valley“? Vielleicht gehen von dort auch neue Forschungsimpulse aus? Impulse sofort einsetzbare Spontanhelfendenkoordinationstools – nachhaltig und dauerhaft in den Bevölkerungs- und Zivilschutz zu implementieren. Wir sehen eine Verbindung zu dem neuen Projekt Kathelfer (beantragt). Das Projekt hat das Ziel, eine praxistaugliche Koordinationssoftware zusammen mit einem sozio-organisatorischen Konzept als ganzheitliche Lösung für die Einbindung von Spontanhelfenden in den Bevölkerungsschutz zu etablieren, und zu optimieren. Bereits bestehende Forschungsergebnisse, wie die vor drei Jahren entwickelte KUBAS Plattform bieten oft schon sinnvolle Lösungsansätze, haben allerdings ihren Weg in die offiziellen Strukturen der Katastrophenbewältigung noch nicht gefunden.

Doch das sind Forschung und Technik. Genauso wichtig ist: Spontanhelfende in Deutschland gibt es seit 2002, verstärkt seit 2013. Die Welle der Hilfsbereitschaft darf niemanden mehr überraschen. Was bedeutet das? Was ist zu tun:

- Vorbereiten auf Spontanhelfende.
- Demotivatoren vermeiden.
- Verständliche Sprache.
- Auf allen Ebenen: Respekt und Rücksichtnahme.

Der Helfershuttle hat Vorbildcharakter. Dieses tolle Engagement und die Erfahrungen sollten in die Praxis umgesetzt werden. Denn unsere Rechtsordnung unterstützt Spontanhilfe, verlangt sie sogar in der Vorschrift „Unterlassene Hilfeleistung“. Die Helfenden sind versichert. Viele Helfer

sehen die Hilfsorganisationen agieren, treten ein und stärken das langfristige Ehrenamt.⁵ Andere helfen lieber projektorientiert, hier und jetzt. Neues entsteht und bleibt hoffentlich. Von September bis zum 2. Januar 2022 sendete das Ahrtalradio aus dem Katastrophengebiet auf der UKW-Frequenz 107,9 Mhz. Ein Lokalsender fehlte dort bislang. Auch hier war das Ziel zu helfen.⁶

Hilfreich sind auch fundierte Analysen. Wer jetzt und sofort etwas tun möchte: Beispiele sind der „Flut-Verteiler“ des DKKV (Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge e.V. eine nationale Plattform für Katastrophenvorsorge in Deutschland), der zusammen mit Prof. Dr. Alexander Fekete der TH Köln <https://www.dkkv.org/de/navigationsmenue/sturmtief-bernd/aktuelle-forschungsaktivitaeten> eingerichtet wurde, um eine Austauschmöglichkeit für Forschungsarbeiten zu bieten, Synergien zu schaffen und Doppelforschung zu vermeiden sowie das Beispiel der Befragung des DKKV. Beides wäre eine Gelegenheit zur Beteiligung. Denn die Geschehnisse zu Starkregen und Hochwasser im Juli 2021 werden derzeit von vielen Institutionen wissenschaftlich untersucht.

So einschneidend diese Ereignisse bzgl. der Konsequenzen sind, so wichtig ist es auch, diese in der Breite aufzuarbeiten, wie es aktuell geschieht. Darin besteht auch eine große Chance, eine integrative und übergreifende Forschung durchzuführen. Da viele Arbeiten wie Umfragen und Datenabfragen derzeit parallel erfolgen, möchte sich das DKKV anbieten, eine Übersicht dazu zu erstellen – ein „Wer macht was und wo“. Hiermit will das DKKV erreichen, dass Synergien zwischen Forschungsarbeiten ermöglicht werden, und Doppelforschung vermieden werden kann.

Gerne können Sie uns entsprechende Arbeiten zusenden! Es geht dabei insbesondere um Untersuchungen, die Daten- und Informationsabfragen bei Externen erfordern. Gerne können aber auch generell Untersuchungen zum Hochwasser an uns weitergeleitet werden. Dies soll u. a. dabei helfen, Ansprechpersonen für Vergleiche von Studien zu finden oder sich bei Datensammlungen abzugleichen. Natürlich hilft es auch, bei z. B. Umfragen einer Ermüdung der Befragten vorzubeugen. Das DKKV würde sich sehr freuen, wenn weitere Netzwerke und Verbände sich unserer Initiative anschließen. Es soll eine gemeinsame Sache werden und es sollen möglichst viele unterschiedliche Fachrichtungen damit erreicht werden. Aktuell sind bereits der AK Naturgefahr/Naturrisiken und der AK Geomorphologie an Bord.

Jennifer Nehring ist Abteilungsleiterin bei der Kreisverwaltung Ahrweiler und selbst Flutbetroffene.

Thomas Pütz ist Unternehmer und Organisator des Helfershuttle.

Sebastian Lindner und Hans Betke sind wissenschaftliche Mitarbeiter der Uni Halle Wittenberg.

Stefan Weber und Florian Zunftmeister arbeiten bei der Telekom.

Henning Hahn, Marion Heymel, Claudia Richter, Dr. Eva Mareike Schmitt und Stefan Voßschmidt sind Beschäftigte des BBK in Bonn und Ahrweiler. Stefan Voßschmidt hat die Flutwelle ebenfalls in Ahrweiler hautnah miterlebt.

5 Zahl der ehrenamtlichen Helfer steigt. Essen, Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), 14.09.20321, 1: Allein beim THW haben sich seit dem 14. Juli 2500 Menschen beworben.

6 Rausch, Tore, Helfende Hitparade. Das neue „Ahrtalradio“ sendet im Flutgebiet, FAZ 14.09.2021,13

Für alle Fälle vorbereitet?

Erste Thesen aus der Evaluation der Informationskampagne Selbstschutz

Sabine Katharina Geicht

Seit Oktober 2021 führt das BBK eine multimediale Kampagne zur Förderung der Selbstschutzzfähigkeiten durch. Wie erfolgreich sie ist und an welchen Stellen sie Wirkung erzielt, wird mit einer begleitenden Evaluation ermittelt. Deren erste vorliegende Ergebnisse versprechen wertvolle Ableitungen für künftige Maßnahmen des Bevölkerungsschutzes, die nicht nur den Selbstschutz, sondern zugleich die Effektivität der Warnung befördern: Denn Vorsorge und Warnung sind zwei Seiten einer Medaille, die immer gemeinsam zu denken sind.

Die Warnung ist eine direktive Form der Kommunikation, denn sie ist immer wesentlich an jemanden gerichtet. Ergeht eine amtliche Warnung, wird sie mittels des modularen Warnsystems über verschiedenste Warnkanäle schnellstmöglich an ihren Bestimmungsort gesteuert, um dort wirksam zu werden. Und das heißt: Ist sie einmal auf diesem Weg bei ihren Empfängern angelangt, muss sie dort gehört und zugleich verstanden werden.

Ob sie aber auf Gehör oder vielmehr auf taube Ohren stößt und welches Verhalten das auslöst, ist maßgeblich auch davon abhängig, wie die von ihr Betroffenen auf einen solchen Fall vorbereitet sind, kurzum: wie gut sie vorgesorgt haben und wissen, wie sie sich im Notfall verhalten sollen. Darum sind Warnung und Vorsorge zwei Seiten derselben Medaille, die nie voneinander zu trennen sind: Die Vorsorge bestellt stets den Boden, auf den die Warnung immer fällt und wo sie unmittelbar wirksam werden muss. Und wie fruchtbar dieses Feld wird, hängt letztlich davon ab, mit wieviel Sorgfalt seine Vorbereitung erfolgt.

Aus diesem Grund ist der Selbstschutz, der sowohl die Notfallvorsorge als auch die Fähigkeit zum richtigen Handeln in Notsituationen in sich fasst, ein zentraler Bestandteil des Bevölkerungsschutzes – und einer, bei dem die Mitwirkung jedes Einzelnen gefragt ist. Deswegen muss er auch von allen Akteuren des Bevölkerungsschutzes zusammen in die Mitte der Menschen getragen werden. Und je besser das gelingt, desto günstiger stehen auch die Voraussetzungen dafür, eintretende Lagen jedweder Art schnellstmöglich effektiv bewältigen zu können.

Status quo im Selbstschutz: Wo stehen wir?

Als Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) obliegt uns laut ZSKG §2c der Auftrag der „Unterstützung der Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Erfüllung der Aufgaben nach § 5 Abs. 1 dieses Gesetzes“. Dieser Paragraph ist dem Selbstschutz gewidmet



Poster zur Kampagne.

und definiert als diese Aufgaben unter anderem „Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes der Bevölkerung“ (ZSKG § 5 (1)). Doch die aktuelle Forschungslage attestiert dem Bevölkerungsschutz, dass seine Bemühungen in Sachen Selbstschutz dringend verstärkt werden müssen, weil es deutliche Lücken und Defizite im Risikobewusst-

sein und in der Selbstschutzzfähigkeit der Bevölkerung gibt.¹ In der Praxis war das jüngst bei verschiedenen Katastrophen, so etwa im Zuge der seit 2020 andauernden Covid-19-Pandemie, zu beobachten.²

Um diese Ausgangssituation zu verbessern, führen wir als BBK seit Oktober 2021 erstmalig eine bundesweite multimediale Informationskampagne zum Selbstschutz durch. Mit ihr verfolgen wir das Ziel, die Bevölkerung für das Thema Selbstschutz zu sensibilisieren, ihre Selbstschutzzfähigkeit zu stärken und die Bekanntheit des BBK als kompetenten Ansprechpartner für dieses Fachgebiet zu steigern. Wie effektiv dieses Vorhaben gelingt, soll im Zuge einer kampagnenbegleitenden Evaluation ermittelt werden, deren erste Ergebnisse neuerdings vorliegen. Sie zu betrachten ist ein erster Schritt auf dem Weg, aus der Kampagne fundierte Erkenntnisse für künftige Maßnahmen zur Förderung des Selbstschutzes abzuleiten.

„Für alle Fälle vorbereitet“ – auf einen Blick

Die Selbstschutzkampagne, deren Laufzeit von Anfang Oktober 2021 bis Ende Dezember 2022 angelegt ist, steht unter dem Motto „Für alle Fälle vorbereitet“ und gliedert sich in 3 fließend ineinander übergehende Phasen:

- In Phase 1 sollen surreale Katastrophendarstellungen Aufmerksamkeit für das Thema schaffen, für die Einmaligkeit und das unerwartete Eintreffen von Notlagen sensibilisieren und ein Bewusstsein dafür schaffen, dass man sie mithilfe solider und umfassender Notfallvorsorge am besten zu meistern imstande ist. Die zugrunde liegenden surrealen Darstellungen werden in 4 TV-Spots maßgeblich entwickelt. In diesen werden gut vorbereitete Protagonisten mit surrealen Szenarien konfrontiert, die stellvertretend für reale Szenarien (z. B. Unwetter, Feuer, Hochwasser, Freisetzung von Gefahrstoffen) stehen können. Aufgrund ihrer getroffenen Vorsorgemaßnahmen (Notbevorratung, Notgepäck, Dokumentensicherung) und ihres Wissens um richtiges Handeln in Notsituationen sind die Protagonisten in der Lage, diese Notsituationen bestmöglich zu meistern.
- Nach dieser Öffnung werden in Phase 2 konkrete Fachinformationen, Übungsmaterialien und Handlungstipps verbreitet, die nacheinander 4 zentrale Fokusthemen behandeln werden: Extremwetter, Bevorratung, Stromausfall und Dokumentensicherung/Notgepäck.
- Was hierdurch aufgebaut wurde, soll alsdann in Phase 3 durch entsprechende Reminder verstärkt und nachhaltig im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger verankert werden.

Wenngleich sich die Inhalte der Kampagne an die Gesamtbevölkerung ab 14 Jahren richten, wurden doch primäre Zielgruppen definiert, die mithilfe ihrer Maßnahmen insbesondere erreicht werden sollen. Zu diesen zählen die Generation Z (Altersgruppe: 14-25 Jahre), Eltern minderjähriger Kinder und Menschen ab 60 Jahren.

Die zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfügbaren ersten Evaluationsergebnisse beziehen sich auf die Hochzeit der Phase 1; diese begann mit Kampagnenstart Anfang Oktober 2021 und lief mit dem Dezember 2021 aus. Innerhalb dieses Zeitraums wurden verschiedene Maßnahmen durchgeführt, die bereits ihre erste Wirkungsmacht entfalten sollten.

Kampagne „Für alle Fälle vorbereitet“ – Maßnahmen Phase 1

- ☞ Bundesweite Ausstrahlung von 4 TV-Spots (Länge jeweils 20 Sekunden): über 59 Tage, insgesamt 1313-mal, auf privaten Fernsehsendern.
- ☞ Aushang von digitalen Plakaten (City-Light-Postern): über 7 Tage auf 2893 Flächen verteilt auf 7 Großstädte bundesweit.
- ☞ Bespielung von Infoscreens (Station Video): über 7 Tage 63 Ausspielungen von jeweils 10 Sekunden Länge, auf je 1795 Screens in insgesamt 113 größeren Städten bundesweit.
- ☞ Ausspielung von Onlinewerbung: über 78 Tage, insgesamt 7989447 Ausspielungen auf verschiedenen Plattformen wie Google, Youtube, diversen Streaminganbietern.
- ☞ Bespielung der hauseigenen Social-Media-Kanäle:
 - > Youtube: Durchführung von 1 Livestream (Dauer: etwa 1 Stunde) zum Kampagnenauftritt, Einstellung von 40 Sekunden langen Versionen der 4 TV-Spots.
 - > Twitter: mindestens 4 Tweets pro Woche, in etwa gleichen Teilen auf Wissensvermittlung und Informationsverweise ausgelegt.
 - > Instagram: durchschnittlich 1 Feedbeitrag pro Woche, zusätzlich diverse Storyformate sowie eine Gewinnspielkooperation mit 4 Influencerinnen und Influencern.
- ☞ Diverse punktuelle und begleitende Maßnahmen wie die Herausgabe diverser Pressemitteilungen.

Auflistung aller Maßnahmen, die in Phase 1 der Kampagne „Für alle Fälle vorbereitet“ durchgeführt wurden.

Deren Spektrum reichte von TV- und Onlinewerbespots über Plakatwerbung im öffentlichen Raum bis hin zu einer intensiven Bespielung der eigenen Social-Media-Kanäle (vgl. Infokasten). Die Gesamtheit aller Maßnahmen bildet daher Grundlage und Ausgangspunkt für die ersten Schritte der Gesamtevaluation.

Konzept und Methode der Evaluation

Das Konzept der Evaluationsstudie, die im Auftrag des BBK von annalect Germany durchgeführt wird, sieht eine Erhebung in insgesamt 5 Wellen vor, wobei die ersten beiden Wellen, nämlich eine Nullmessung vor Kampagnenstart (Welle 1; Zeitpunkt: Ende September 2021) und die Evaluation nach Phase 1 (Welle 2; Zeitpunkt: Dezember 2021), mittlerweile schon erfolgten. Methodisch sieht

1 Vgl. exemplarisch Cortez Garcia et al. 2017, Menski (Hg.) 2016, aproxima GmbH 2014. Zu neueren Handlungsempfehlungen für die Multiplikatorebene vgl. Gerhold 2020 sowie Bornemann et al. 2020.

2 Vgl. exemplarisch DIE ZEIT 2020, FAZ 2020, STN 2021.

das Studiendesign die wiederholte quantitative Befragung im Online Access Panel vor; befragt wurden und werden pro Welle 1.000 für zentrale Bevölkerungsparameter repräsentative Erwachsene zwischen 16 und 69 Jahren (E 16-69, N=1.000).

Inhaltlich ist die Befragung selbst in 2 verschiedene Module strukturiert, von denen das erste in allen 5 Wellen zum Einsatz kam und kommt. Die in diesem Modul 1 enthaltenen Punkte ermitteln den Status quo der Teilnehmenden in Sachen Risikobewusstsein und Notfallvorsorge, darunter auch den Wissensstand zur Informationsbeschaffung in diesem Bereich. Das Modul 2 behandelt Wahrnehmung und Wirkung der Kampagnen- und Werbemittel, es wurde und wird insofern nur in den Wellen 2, 3, 4 und 5 angewandt. Mit seiner Hilfe werden die im Laufe der Kampagne feststellbaren Effekte derselben ermittelt und im Vergleich miteinander darstellbar.

Bereits jetzt lohnt sich aber die Gegenüberstellung bisheriger Ergebnisse aus Welle 1 und 2. Aus ihr lassen sich erste Thesen ableiten, immer mit Blick auf unseren übergeordneten Auftrag: die Förderung des Selbstschutzes als Grundelement des Bevölkerungsschutzes und Pendant zur Warnung. Und besonders basal und zentral ist dabei die Frage nach Ausgangslage und Entwicklungstendenzen in der Risikowahrnehmung und Selbstschutzzfähigkeit der Bevölkerung selbst.

These 1: Das Risikobewusstsein ist gering, wird jedoch langsam geschärft.

Laut Messung vor Beginn der Kampagne halten es 9% der Befragten für wahrscheinlich, einmal in ihrem Leben Betroffene einer unvorhergesehenen Notsituation zu sein; demgegenüber ordnen sich 41% im Mittelfeld ein, während 40% dies für unwahrscheinlich halten. Die Frage, ob diese Einschätzung sich durch jüngere Ereignisse wie lokale Naturkatastrophen oder die Covid-19-Pandemie im Vergleich zu früher verändert habe, verneinen 58% der Befragten. Unter den 42%, die sie bejahen, geben 39% an, sie würden Derartiges nun für wahrscheinlicher halten. Die restlichen 3% der Befragten hielten dies für weniger wahrscheinlich als zuvor.

Im Zuge der zweiten Befragungswelle lassen sich bereits Verschiebungen in dieser Verteilung feststellen. Zu diesem Zeitpunkt halten es 10% für wahrscheinlich, selbst einmal persönlich mit einer Notsituation konfrontiert zu sein (+ 1%), 54% empfinden dieses Risiko als

von mittlerem Ausmaß (+ 13%) und 37% bewerten es als gering (- 3%). Auch bezüglich der Frage nach einer Änderung dieser Bewertung durch aktuelle Geschehnisse im Vergleich zu einem früheren Zeitpunkt sind leichte Änderungen zu verzeichnen: Diesmal geben 54% der Befragten an, dass sich die eigene Risikoeinschätzung nicht geändert habe (- 4%). Weitere 42% sind der Meinung, ihr Risikoempfinden habe sich vergrößert (+ 3%), und der Anteil derjenigen, die aussagen, es habe sich gesenkt, liegt nun bei 4% (+ 1%).

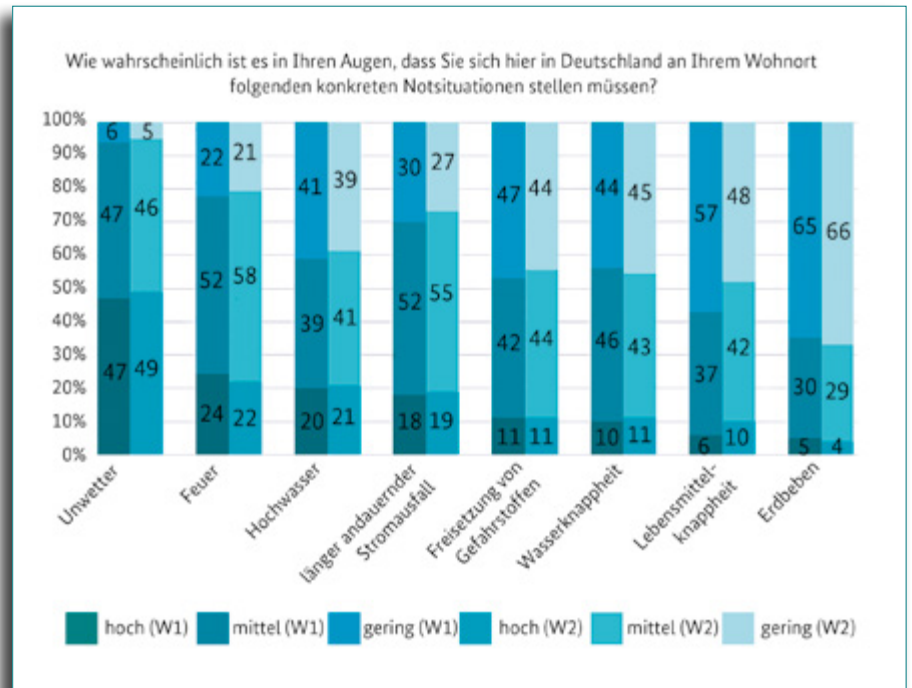


Abbildung 1: Selbsteinschätzung der persönlichen Risikolage der Befragten in den Wellen 1 und 2. Bewertung anhand von 6-stufiger Skala von 1 („überhaupt nicht wahrscheinlich“) bis 6 („sehr wahrscheinlich“). Werte gerundet und in Prozent (%) angegeben. W1=Welle 1, W2= Welle 2. Basis: alle Befragten, N=1002.
Datenquelle: annalect / BBK: Kampagnentracking 'Selbstschutz' Welle 1 und 2.

Bei Betrachtung einer weiteren Frage können diese Ergebnisse noch weiter ausdifferenziert werden. In ihr wurden die Befragten gebeten, die jeweilige Relevanz vorgegebener Notsituationen für die eigene Lebenssituation einzuschätzen. Zur Debatte gestellt wurden die Szenarien Hochwasser, Unwetter, Feuer, länger andauernder Stromausfall, Freisetzung von Gefahrstoffen, Erdbeben, Wasserknappheit und Lebensmittelknappheit (vgl. Abb. 1).

47% der Befragten schätzen dabei die Relevanz von Unwettern für die eigene Lebenssituation laut erster Befragungswelle als hoch ein, 6% als gering. Davon abgesehen wird jedoch keine der aufgezählten Situationen von mehr als einem Viertel der Befragten als relevant erachtet. Dem entspricht, dass mindestens jeder fünfte Befragte ebendiese anderen Notsituationen als im eigenen Leben wenig wahrscheinlich einschätzt. Bei Hochwasser (41%), Wasserknappheit (44%) und Freisetzung von Gefahrstoffen (47%) geht sogar jeder Dritte davon aus, dass eine persönliche Betroffenheit wenig wahrscheinlich ist. Im Fall von Lebensmittelknappheit (57%) und Erdbeben (65%) gilt dies für jeden zweiten Befragten.

In der zweiten Befragungswelle lässt sich bei 6 der 8 angefragten Szenarien eine geringfügige Steigerung des Anteils jener Personen feststellen, die das jeweilige Risiko für sich als stark einstufen (zumeist + 1%; Unwetter: + 2%; Erdbeben: + < 1%).



Der Notfallrucksack ist ein wichtiges Element der persönlichen Notfallvorsorge.

Die Option Lebensmittelknappheit steigert sich hierbei signifikant auf 10% (+ 4%). Einzig die Vorstellung eines Feuers wird mit 22% von weniger Befragten als zuvor als sehr wahrscheinlich eingestuft (- 2%). Bei den Personen, die die jeweiligen Szenarien für sich als irrelevant einstufen, sind für 6 der genannten Szenarien Rückgänge von zumeist 1-3% zu verzeichnen.

Zusammengenommen führen all diese Ergebnisse deutlich vor Augen, dass das allgemeine Risikobewusstsein der Befragten auffällig gering ausgeprägt ist. Aus der Perspektive des Selbstschutzes besteht hier insofern erheblicher Aufholbedarf. Zugleich jedoch legt die Entwicklung der Zahlen von der ersten zur zweiten Befragungswelle eine geringfügige Schärfung des Risikobewusstseins nahe.

Diese zeigt sich einerseits im signifikant gesunkenen Anteil der Befragten, die eine persönliche Konfrontation mit einer Notsituation generell für wahrscheinlich halten. Untermauert wird diese Beobachtung durch den im selben Maß signifikant gestiegenen Anteil an Befragten, die sich selbst eine positive Veränderung ihres individuellen Risikobewusstseins attestieren. Und andererseits ergänzt die Frage nach konkreten Notsituationen und der eigenen Einschätzung zur Wahrscheinlichkeit ihres Eintretens dieses Bild: Nach konkreten Szenarien gefragt ist die allgemeine Risikoeinschätzung zwar weiterhin gering. Von Welle 1 zu Welle 2 ist aber auch sie tendenziell gestiegen, am deutlichsten im Hinblick auf den Fall einer Lebensmittelknappheit. Ob und wie sich diese vorsichtig aufsteigenden Tendenzen im weiteren Kampagnenverlauf fortführen werden, bleibt indes weiter zu verfolgen.

These 2: Notfallvorsorge erscheint wichtig – mit variierenden Akzenten.

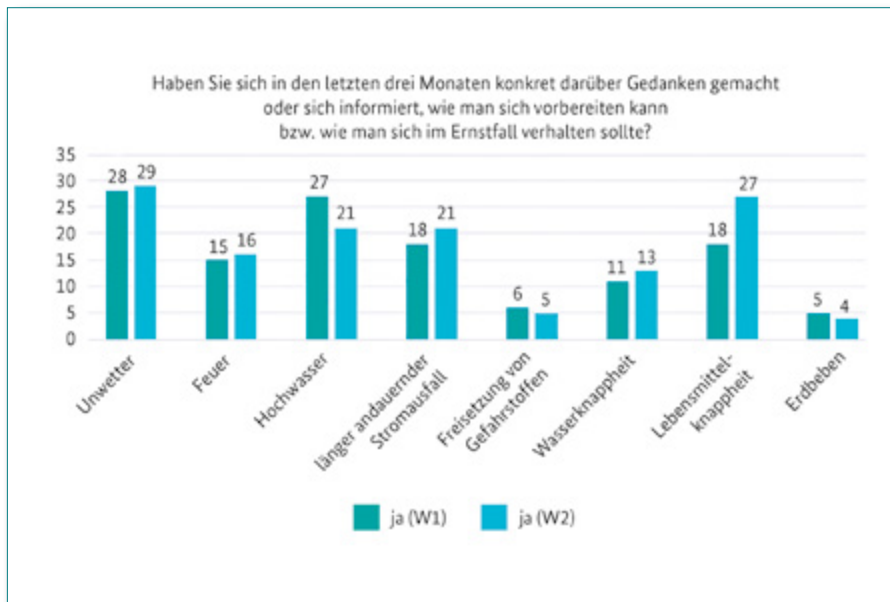


Abbildung 2: Gedankliche Auseinandersetzung mit Notfallvorsorge unter den Befragten in den Wellen 1 und 2. Auswahlmöglichkeit zwischen „ja“ und „nein“. Werte gerundet und in Prozent (%) angegeben. W1=Welle 1, W2= Welle 2. Basis: alle Befragten, N=1002.

Im Zuge der Befragungswelle 1 bewerten insgesamt 24% der Befragten das persönliche Betreiben von Vorsorgemaßnahmen für solche Vorkommnisse als wichtig. 54% verorteten die Relevanz dessen im mittleren Feld. Insgesamt 24% geben dagegen an, dass sie wegen des geringen Eintrittsrisikos wenig bis keine Notwendigkeit sehen, derartige Vorkehrungen zu treffen.

Bei Welle 2 geben 25% der Befragten (+ 1%) an, dem Betreiben von Notfallvorsorgemaßnahmen eine hohe Relevanz zuzuordnen, und 56% (+ 2%) weisen ihm eine mittlere Wichtigkeit zu. Die restlichen 19% messen ihm für sich persönlich keine Bedeutung bei. Damit zeichnen sich geringfügige Steigerungen in Bezug auf die Auseinandersetzung mit dem Thema Selbstschutz ab.

Eine auffällig signifikante Reduktion zeigt sich im Fall der Lebensmittelknappheit: 48% der Befragten halten diese Vorstellung für kaum oder nicht relevant (- 9%). In Bezug auf 2 Szenarien, Wasserknappheit (44%) und Erdbeben (66%), ist der Anteil an Befragten, die sie für kaum bis nicht relevant halten, um je 1% gestiegen.

Um die Angaben genauer ausbuchstabieren zu können, wurde bereits in Welle 1 gefragt, ob man sich in den letzten 3 Monaten gezielt Gedanken über die 8 bekannten Szenarien gemacht oder sich entsprechend informiert habe (vgl. Abb. 2).

Unter den Antworten sind die Szenarien Hochwasser und Unwetter prozentuale Spitzenreiter: Wenigstens jeder

Vierte bejaht die Frage in ihrem Fall (Unwetter: 29 %; Hochwasser: 27 %). Bei allen anderen abgefragten Ereignissen liegt der Anteil der Befragten, die diese im genannten Zeitraum überdacht oder sich entsprechend informiert hatten, bei weniger als 20 %, teils sogar unter 10 % (Stromausfall und Lebensmittelknappheit: je 18 %; Feuer: 16 %; Wasserknappheit: 11 %; Freisetzung von Gefahrstoffen: 6 %; Erdbeben: 5 %).

Auch in der zweiten Welle wurde die Frage gestellt, ob man sich mit den 8 Szenarien gedanklich beschäftigt oder sich darüber informiert habe. In Bezug auf Hochwasser wird sie nun von 21 % der Befragten bejaht. Dies stellt einen signifikanten Abfall von 6 % dar. Auch bei den Szenarien Unwetter, Feuer, Freisetzung von Gefahrstoffen und Erdbeben sind geringfügige Einbußen von jeweils 1 % zu verzeichnen. Signifikante Steigerungen sind dafür an anderer Stelle zu vermerken: 27 % der Befragten bejahen die Frage bei Lebensmittelknappheit (+ 9 %), weitere 21 % bei Stromausfall (+ 3 %) und 13 % bei Wasserknappheit (+ 2 %).

wissem Ausmaß für Unwetter (58 %), Lebensmittelknappheiten (57 %), Feuer (53 %) und länger andauernde Stromausfälle (5 %) gerüstet zu sein. Bei den anderen Szenarien gilt dies für weniger als die Hälfte der Befragten (Hochwasser: 44 %; Wasserknappheit: 38 %; Erdbeben: 23 %; Freisetzung von Gefahrstoffen: 22 %).

In Welle 2 bewegt sich der Anteil an Personen, die sich gut auf die abgefragten Szenarien vorbereitet fühlen, zu meist zwischen 8 und 10 %. Hierbei fallen die Ergebnisse für Hochwasser, Unwetter, länger andauernden Stromausfall und Wasserknappheit um je 1 %. Die Option eines Erdbebens (4 %) gewinnt dafür 1 % und die Lebensmittelknappheit (14 %) signifikante 3 %. Addiert man diese Werte mit dem Prozentsatz an Befragten, die sich wenigstens in Teilen auf die diversen Notsituationen vorbereitet fühlen, steigern sich die Zahlensätze der einzelnen Szenarien in den meisten Fällen teils signifikant um 1-4 %. Am deutlichsten wird dies bei länger andauerndem Stromausfall (54 %) und Erdbeben (26 %) mit einer Steigerung von je 3 % und bei Lebensmittelknappheit (61 %) mit einem Zuwachs

von 4 %. Lediglich bei Wasserknappheit (38 %) stagniert der Wert.

Zunächst weisen die bisherigen Befragungsergebnisse damit auf eine höhere prinzipielle Offenheit für das Thema Selbstschutz hin, als man angesichts der vorgeschalteten Umfrageergebnisse zum Risikobewusstsein vermuten sollte. Am deutlichsten wird dies in der folgenden Gegenüberstellung: Zwar geben wie erläutert 9 % (Welle 1) bzw. 10 % (Welle 2) der Befragten an, für sich eine hohe Wahrscheinlichkeit zu sehen, einmal in ihrem Leben Betroffene einer unvorhergesehenen Notsituation zu sein. Aber trotzdem weisen 24 % (Welle 1) bzw. 25 % (Welle 2) dem persönlichen Betreiben von Notfallvorsorge eine hohe Relevanz zu. Natürlich ist der Anteil derer, die eine prinzipielle Wichtigkeit persönlicher Notfallvorsorge sehen, in keiner der beiden bisherigen Wellen allzu groß. Diese Zahlen belegen aber, dass sie sich auch zahlreichen Befragten erschließt, die das Risiko, auf sie angewiesen zu sein, für sich als moderat bis nicht wahr-

scheinlich einstufen: eine interessante Kluft, die sich weiter im Blick zu behalten lohnt.

Die Entwicklung der weiteren dargestellten Zahlen zeigt besonders eindrucksvoll, dass der allgemeine gedankliche Fokus in der Auseinandersetzung mit den abgefragten Szenarien stark schwankt. Die Ursachen hierfür sind sicherlich multikausal. Eine von ihnen könnte aber mutmaßlich mit der medialen Berichterstattung und der öffentlich wahrgenommenen Gefährdungslage zusammenhängen. Demnach wäre die Flutkatastrophe infolge

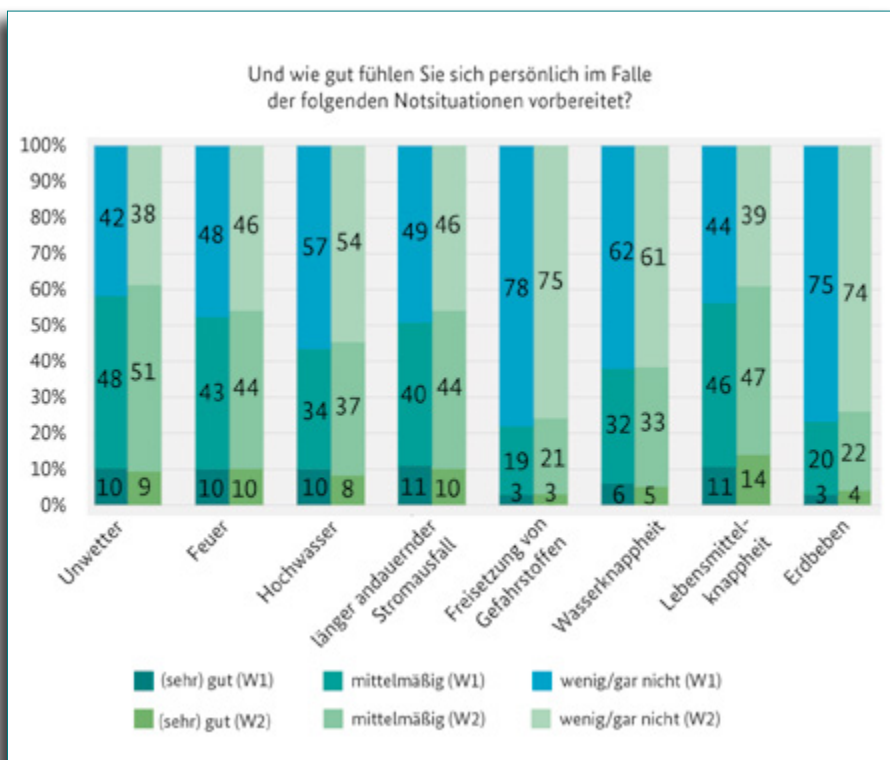


Abbildung 3: Selbsteinschätzung der persönlichen Vorbereitung der Befragten in den Wellen 1 und 2. Bewertung anhand von 6-stufiger Skala von 1 („überhaupt nicht wahrscheinlich“) bis 6 („sehr wahrscheinlich“). Werte gerundet und in Prozent (%) angegeben. W1=Welle 1, W2=Welle 2. Basis: alle Befragten, N=1002.

Im nächsten Schritt wurde ermittelt, wie die Befragten ihre persönliche Vorbereitung auf die 8 besagten Szenarien bewerten (vgl. Abb. 3).

Auf die meisten genannten Notsituationen fühlen sich im Zuge der Welle 1 etwa 10 % der Befragten (die einzelnen Prozentsätze liegen zwischen 9 und 11 %) gut vorbereitet. Bei den Schlusslichtern Erdbeben und Freisetzung von Gefahrstoffen geben 3 % diese Antwort. Nimmt man diejenigen, die sich zumindest in Teilen vorbereitet fühlen, zu diesen Zahlen hinzu, gibt jeder Zweite an, in ge-

des Unwetters Bernd in West- und Süddeutschland bei Befragungswelle 1 noch präsenter gewesen. In Welle 2 könnte sich dagegen vielmehr die sich abzeichnende erneute Verschärfung der Pandemielage niedergeschlagen haben. Ob und in welchem Maß dies zutrifft und welche Gründe noch zu diesen Entwicklungen geführt haben könnten, wäre allerdings separat und gezielt zu untersuchen.

Im selben Zusammenhang weiter zu beobachten, aber auch für sich genommen interessant ist zudem der durchgehende Zuwachs im Anteil derer, die sich persönlich auf die diversen abgefragten Szenarien teilweise bis gut vorbereitet fühlen. Insbesondere die häufige Signifikanz der entsprechenden Steigerungen ist beachtenswert. Dabei haben viele Notsituationen einen Vorsorgezuwachs zu verzeichnen, die in direktem oder mittelbarem Kontext zu den Fokus-themen der Kampagne (und insbesondere den TV-Spots) stehen. Aktuell kann noch keine Aussage dazu getroffen werden, ob und inwiefern diese Steigerungen von den bisherigen

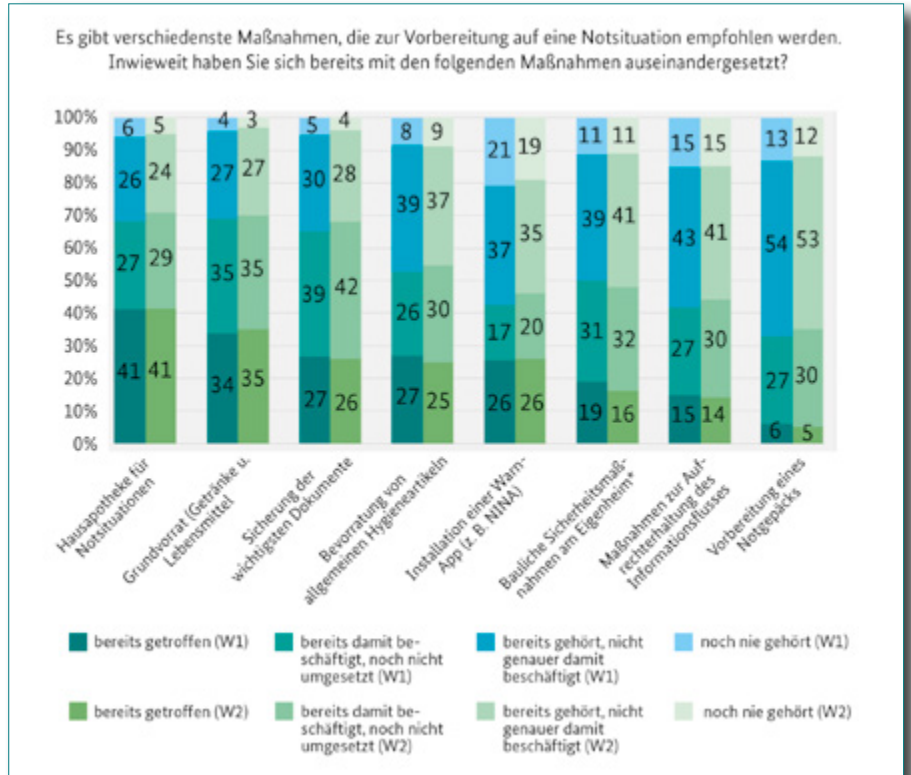


Abbildung 4: Kenntnisse und Umsetzungsstand von persönlichen Vorsorgemaßnahmen in den Wellen 1 und 2. Auswahlmöglichkeit zwischen 4 Optionen: (1) bereits getroffen, (2) bereits damit beschäftigt, noch nicht umgesetzt, (3) davon gehört, nicht genauer damit beschäftigt, (4) noch nie gehört. Werte gerundet und in Prozent (%) angegeben. W1=Welle 1, W2=Welle 2. Basis: alle Befragten, N=1002, *=Eigenheimbesitzer, n=377 (W1) bzw. n=403 (W2). Datenquelle Grafiken: annalect / BBK: Kampagnentracking 'Selbstschutz' Welle 1 und 2.



Surreale Katastrophendarstellungen wie dieses Extremwetter szenario sollen Aufmerksamkeit für die Kampagne erregen.

Kampagnenmaßnahmen bedingt werden, wengleich sie ein erstes Indiz für deren Effektivität sein könnten. Diese Arbeitsthese wird daher im Verlauf der kommenden Befragungswellen aufmerksam weiter im Blick gehalten.

These 3: Die Kluft zwischen Wissen und Umsetzung klappt tief.

Umso interessanter ist in diesem Zusammenhang die Informationslage der Befragten. 24 % von ihnen empfinden es laut erster Erhebungswelle als leicht, sich Informationen und Hilfestellung zu Notfallvorsorge und richtigem Handeln in Notsituationen zu beschaffen. 59 % und damit jeder Zweite verortet seine Einschätzung in diesem Punkt dafür im Mittelfeld, und 18 % bewerten dies als schwierig. In dieser Frage zeigt sich in Welle 2 eine geringfügige Veränderung: 23 % empfinden es als leicht, 58 % als mittelschwer, 19 % als schwer.

Auch diverse konkrete Vorsorgemaßnahmen sind den Befragten durchaus bekannt und eine gewisse Auseinandersetzung mit ihnen hat in vielen Fällen bereits stattgefunden (vgl. Abb. 4).

Laut Welle 1 verfügt jeder dritte Befragte über eine Hausapotheke (41 %) und einen Lebensmittel- und Getränkevorrat (34 %). Jeder Vierte sichert seine Dokumente (27 %), bevorratet Hygieneartikel (27 %) oder nutzt eine

Warn-App (26 %). Weniger als jeder Fünfte hat dagegen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Informationsflusses ergriffen (15 %) und weniger als jeder zehnte Befragte hält ein Notgepäck vor (6 %). Unter jenen, die ein Eigenheim besitzen, hat kaum jeder Fünfte bauliche Sicherheitsvorkehrungen getroffen (19 %).

Was das Wissen um die verschiedenen Maßnahmen betrifft, sind in Welle 1 durchschnittlich acht von zehn Befragten Warn-Apps bekannt (80 %). Ebenso verhält es sich mit baulichen Vorsorgemaßnahmen am Eigenheim (89 %), dem Anlegen eines Notgepäcks (87 %) und Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Informationsflusses (85 %). Bei neun von zehn Befragten ist dies in Bezug auf Hausapotheke (94 %), Lebensmittelgrundvorrat (96 %), Hygieneartikelvorrat (92 %) und Dokumentensicherung (96 %) der Fall.

Aus den Ergebnissen der Welle 2 ist eine leichte Verschiebung dieser Zahlen abzulesen. 41 % der Befragten geben weiterhin an, eine Hausapotheke zu besitzen, und 26 %, eine Warn-App installiert zu haben. Dafür sinkt der prozentuale Anteil derer, die ihre wichtigsten Dokumente gesichert (26 %), ihr Notgepäck vorbereitet (5 %) und Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Informationsflusses getroffen haben (14 %), um jeweils 1 %. Ganze 2 % weniger geben an, Hygieneartikel zu bevorraten (25 %). Und unter denen, die ein Eigenheim besitzen, erklären 3 % weniger als zuvor, bauliche Sicherheitsmaßnahmen an demselben vorgenommen zu haben (16 %). Nur das Anlegen eines Lebensmittelvorrats hat einen geringfügigen Gewinn von 1 % zu verzeichnen (35 %). Demgegenüber ist das bloße Wissen um die Maßnahmen geringfügig angestiegen: Die Installation einer Warn-App (81 %), die Vorbereitung eines Notgepäcks (88 %) und das Anlegen eines Lebensmittelvorrats (97 %) gewinnen jeweils um 1 % an Bekanntheit, alle anderen Zahlen bleiben unverändert.

In einer ersten Auslotung der allgemeinen Informationslage der Befragten sticht eine in den Zahlen abgebildete Auffälligkeit klar hervor: Das Wissen um die Möglichkeit, konkrete Selbstschutzmaßnahmen zu ergreifen, ist bei beiden Wellen und in allen abgefragten Fällen vorhanden und übersteigt die tatsächlichen Umsetzungszahlen mehrfach. Die Kluft zwischen dem eigenen Kenntnisstand und der Umsetzung der persönlichen Notfallvorsorge erweist sich dadurch als eklatant. Dadurch drängt sich gedanklich die Notwendigkeit auf, gezielte Anstrengungen auf das Ankurbeln der individuellen Handlungsmotivation der Bürgerinnen und Bürger zu richten. Inwiefern die Selbstschutzkampagne in den kommenden Monaten dazu beitragen wird, den großen Abstand zwischen beiden Werten zu verringern, wird in dieser Frage sicherlich interessant sein und sich im weiteren Evaluationsverlauf ergeben. Unterstützend könnte dabei auch eine Bewerbung, Erleichterung und Ausweitung der Informationszugänge zu Selbstschutzhemen helfen. Auf deren Entwicklungspotential deuten die Umfrageergebnisse zur Bewertung der aktuellen Zugänglichkeit zu solchen Informationen hin.

Ob die prozentuale Abnahme in der praktischen Umsetzung von Vorsorgemaßnahmen mit dem Sinken von deren medialer Präsenz zusammenhängt, kann anhand

der vorliegenden Zahlen nur vermutet werden. Dafür spräche, dass das Thema Selbstschutz zur Jahresmitte 2021 hin, unmittelbar vor Befragungswelle 1, in den Medien sehr viel präsenter war als üblich. In dieser Zeit kam es nämlich im Zuge der Berichterstattung um die Flutkatastrophe nach dem Unwetter Bernd und ihre Folgen immer wieder zur Sprache.³ Mit dem Herbst und damit direkt vor Welle 2 flaute die öffentliche Aufmerksamkeit hierfür jedoch ab, was die gesunkenen Prozentsätze abbilden könn-

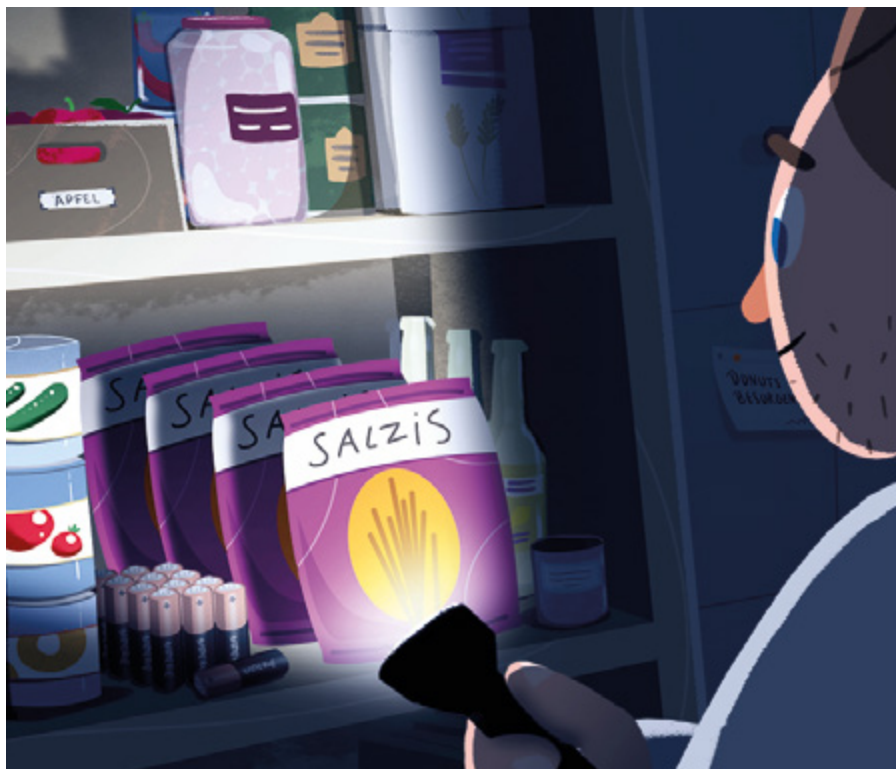


In den Kampagnenspots werden gut vorbereitete Protagonisten mit surrealen Katastrophenszenarien konfrontiert, mit denen sie dank ihrer guten Vorbereitung souverän umzugehen wissen. Auch andere Werbemittel wie etwa Kampagnenposter greifen auf diese Darstellungen zurück.

ten. Dagegen spräche, dass der allgemeine Informationsstand dann ja tendenziell parallel zur Abnahme der praktischen Umsetzung hätte sinken müssen, stattdessen aber geringfügig angestiegen ist. Dieses Argument ist aber mit Vorsicht zu genießen, da sicherlich auch die inhaltliche Färbung der medialen Berichterstattung einflussreich sein könnte.

Schwierig einzuordnen ist auch, dass die Vorsorgemaßnahmen, deren Umsetzungswerte von Welle 1 zu Welle 2 absinken, in der Praxis tendenziell nachhaltige Vorkehrungen sind: Wurden sie vor Welle 1 einmal von jemandem getroffen, sollten sie im Regelfall auch in Welle 2 noch Bestand haben. Auf welche Weise sich dieser Umstand in den Zahlen niederschlägt, wäre durchaus relevant. Es wird jedoch nicht in der Befragung abgebildet.

3 Vgl. z.B. Deutschlandfunk 2021, Eisenhardt 2021, Adam 2021.



Der Schlüssel, mit dem die Protagonisten der Kampagnenspots die surrealen Katastrophenszenarien meistern, liegt in konkreten Vorsorgemaßnahmen wie etwa dem Anlegen eines Notvorrats. Eben solche Kenntnisse soll die Kampagne den Menschen vermitteln. (Quelle Fotos: Kampagnenspots)

Vorläufig bleibt es also dabei: Mithilfe der derzeit vorliegenden Daten kann aktuell keine valide Hypothese aufgestellt werden. Künftige Ergebnisse zu diesem Teil der Befragung, die aus den anstehenden Befragungswellen 3, 4 und 5 gewonnen werden, sollten insofern mit Spannung erwartet und so aufmerksam wie vorsichtig betrachtet werden.

These 4: Der Absender ist nicht unbekannt, doch er bleibt nicht präsent.

Das BBK als zuverlässigen Ansprechpartner und kompetente Anlaufstelle in Sachen Selbstschutz zu kennen, ist eine wichtige Voraussetzung, damit seine Angebote von der Bevölkerung wahr- und angenommen werden. Ein Ziel der Kampagne lautet daher, den Bekanntheitsgrad des BBK zu stärken. Um ihren Erfolg hierin zu messen, wurde der entsprechende Informationsstand der Befragten schon in Welle 1 abgefragt. Dort ergab sich, dass 46% das BBK zumindest dem Namen nach kennen, aber nur 36% aller Befragten wissen, dass es Informationsangebote zum Selbstschutz bereitstellt. Auffällig ist jedoch, dass wiederum 44% aller Befragten mindestens eins dieser Angebote, die einzeln abgefragt wurden, konkret kennen, 13% sogar bereits mindestens eins davon genutzt haben. Die sich ergebende Differenz lässt darauf schließen, dass es eine größere Anzahl an Personen geben wird, die die Angebote des BBK nutzen, sie aber nicht oder nicht nachhaltig mit dem BBK als serviceorientierter

Institution verknüpfen. Zahlen dazu, ob sich diese Differenz im Zuge der zweiten Welle verringert, liegen aktuell noch nicht vor. Klar ist jedoch, dass zumindest der Bekanntheitsgrad des BBK an sich auf 48% der Befragten gesteigert werden konnte (+ 2%).

Zudem meinen 2% der Befragten bereits in Welle 1, sich an Werbung des BBK zu erinnern, obwohl die Kampagne selbst hier noch nicht angelaufen war und bis dorthin also auch noch keine Werbung des BBK geschaltet wurde. Dieser Wert verändert sich bei der Abfrage in Welle 2 – zu einem Zeitpunkt also, da bundesweit Werbung geschaltet worden war – nur minimal (+ < 1%). Die Fallzahl ist damit bislang zu niedrig, um aus ihr fundierte Rückschlüsse auf den Erfolg der einzelnen in der Kampagne gestarteten Werbemittel und damit einen aussagekräftigen Vergleich ziehen zu können.

Rein anhand der prozentualen Verteilung bei diesen zu wenigen Fällen ließe sich zwar eine Arbeitsthese ableiten. Ihnen folgend würden nämlich TV-Spots (29%), Inhalte der BBK-Website, Social-Media-Angebote auf den BBK-Kanälen und Werbespots auf fremden Youtubekanälen (jeweils 25%) besser wahrgenommen und blieben stärker im Gedächtnis als Plakatwerbung, Werbespots auf Streamingplattformen und andere Angebote (jeweils 17%). Ob sie Bestand hat, müsste allerdings anhand einer wesentlich größeren Stichprobe überprüft werden.

Ausblicke

Alle vier aus den ersten Evaluationsergebnissen abgeleiteten Thesen zeigen, dass das zentrale Anliegen des BBK und der Informationskampagne, die Selbstschuttfähigkeit der Menschen zu steigern, sehr komplex ist. Übergreifend betrachtet verdeutlichen sie zunächst klare Aufholbedarfe in der Information, doch auch in der Motivation der Bevölkerung. Dies gilt für Risikowahrnehmung und Selbstschutzmaßnahmen gleichermaßen. Außerdem liefern sie erste Anhaltspunkte dafür, an welchen Stellen alle Maßnahmen des Bevölkerungsschutzes, die diese Lücken aufarbeiten sollen, prinzipiell gut andocken können.

Im Evaluationsverlauf von der Nullmessung in Welle 1 bis zur Erhebung in Welle 2 zeichnen sich übergreifend betrachtet leichte positive Trends ab. Dieser Umstand deutet zumindest eine gewisse Entwicklungsbereitschaft und ein entsprechendes Potential bezüglich beider Punkte an, die weiter und noch intensiver auszuschöpfen

Literatur:

- Adam, Florian: Hochwasser in Siegen. Die Gefahr ist da – und sie nimmt zu, in: wp.de v. 23.08.2021, <https://www.wp.de/staedte/siegerland/hochwasser-in-siegen-die-gefahr-ist-da-und-sie-nimmt-zu-id233120797.html> (zul. einges.: 25.01.2022).
- aproxima GmbH: Evaluation der Arbeit des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe: Ergebnisse einer Befragung in der Bevölkerung und bei Experten, Weimar 2014. Im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe durchgeführte Studie.
- Balzter, Sebastian/Bernau, Patrick/Scherff, Dyrk: Hamsterkäufe. Die Angst vor der Knappheit, in: FAZ.DE v. 23.03.2020, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/corona-hamsterkaeufe-die-angst-vor-der-knappheit-16690499.html> (zul. einges.: 25.01.2022).
- Bornemann, Stefan/Gerhold, Lars/Guerrero Lara, Anna/Müller, Jutta/Schwedhelm, Elmar: Bildung im Bevölkerungsschutz. Teil 2: Strukturelle und didaktische Merkmale der Aus- und Fortbildung von Führungskräften im Bevölkerungsschutz, FU Berlin, BBK 2020 (= Forschung im Bevölkerungsschutz. 26).
- Cortez Garcia, Karolin/Gerhold, Lars/Guerrero Lara, Anna: Lebensmittelvorsorge in Krisen und Katastrophen. Versorgung und Vulnerabilitäten in OECD-Ländern, BBK 2017 (= Forschung im Bevölkerungsschutz. 22).
- Deutschlandfunk: Verhaltensregeln bei Hochwasser. Informieren, vorbereitet sein, retten, 24.07.2021, <https://www.deutschlandfunk.de/verhaltensregeln-bei-hochwasser-informieren-vorbereitet-100.html> (zul. einges.: 25.01.2022).
- Eberhardt, Daniela: Hamsterkäufe in Stuttgart? Vereinzelt gibt es wieder leere Regale, in: STN.DE v. 02.12.2021, <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.hamsterkaeufe-in-stuttgart-vereinzelt-gibt-es-wieder-leere-regale.ea511718-de2b-4f0e-8760-1cd901ffb22e.html> (zul. einges.: 25.01.2022).
- Eisenhardt, Katja: Hochwasserschutz in Hochdorf. Kostenlose Sandsäcke sind heiß begehrt, in: esslinger-zeitung.de v. 20.09.2021, <https://www.esslinger-zeitung.de/inhalt.hochwasserschutz-in-hochdorf-kostenlose-sandsaেকে-sind-heiss-begehrt.84bbd83df1f2-471b-a3e4-4cc225a0dee1.html> (zul. einges.: 25.01.2022).
- Gerhold, Lars/Guerrero Lara, Anna: Bildung im Bevölkerungsschutz. Teil 1: Bildungsatlas Bevölkerungsschutz – strukturelle Merkmale der Bildung im Bevölkerungsschutz, FU Berlin, BBK 2020 (= Forschung im Bevölkerungsschutz. 26).
- Lübbe, Sascha: Notvorrat. Hamstern, aber nur ein bisschen, in: ZEIT.DE v. 28.02.2020, <https://www.zeit.de/politik/2020-02/notvorrat-hamsterkaeufe-coronavirus-quarantaene-lebensmittel-supermarkt-desinfektionsmittel> (zul. einges.: 25.01.2022).
- Menski, Ute (Hg.): Neue Strategien der Ernährungsnotfallvorsorge. Ergebnisse aus dem Forschungsverbund NeuENV, FU Berlin 2016 (= Forschungsforum Öffentliche Sicherheit. Schriftenreihe Sicherheit. 18), https://www.sicherheit-forschung.de/forschungsforum/schriftenreihe_neu/sr_v_v/SchriftenreiheSicherheit_18.pdf (zul. einges.: 25.01.2022).

wären. Allerdings ballten sich im bislang betrachteten Jahr 2021 auch in der Bundesrepublik Deutschland zahlreiche Katastrophen, sodass abzuwarten ist, ob und inwiefern sich diese Tendenzen in den kommenden Befragungswellen 3, 4 und 5 fortführen werden. Gerade Hinweise auf die Nachhaltigkeit erzielter Effekte sollten dabei besonders im Blick behalten werden.

Die geringen Fallzahlen, die bei Welle 2 im Hinblick auf die Wahrnehmung der Kampagnenmaßnahmen und weiterer Werbemittel generiert werden konnten, verbieten es zwar, zum jetzigen Zeitpunkt konkrete Rückschlüsse auf einen Zusammenhang zwischen der Selbstschutzkampagne und den in der Erhebung nachgewiesenen Entwicklungen zu ziehen. Und auch, falls sich dieser Umstand in den anstehenden Wellen noch verändert, kann (und muss sogar!) von einer Multikausalität der nachgezeichneten Veränderungen ausgegangen werden. Zu deren Art und Um-

fang könnten überdies nur weitere und langfristiger angelegte Studien fundierte Anhaltspunkte liefern. Aber die ermittelten Ergebnisse könnten zumindest als Indikator in dieser Frage gelten und Hinweise darauf liefern, ob und in welchem Maße erstens die Kampagnenziele umgesetzt werden konnten und was daraus zweitens für künftige Einzelmaßnahmen und Kampagnen geschlossen werden kann. In dieser Frage werden sicherlich auch die Ergebnisse der kommenden Befragungswellen aussagekräftig sein.

Derweil werden die Maßnahmen der Selbstschutzkampagne deren Motto getreu weiter darauf hinwirken, die Bevölkerung „für alle Fälle vorzubereiten“. Wie weit uns die geplanten Aktionen diesem Ideal annähern und damit beiden Medaillenseiten, Vorsorge und Warnung, Rechnung tragen können, werden uns die kommenden Monate und ihre künftigen Auswertungen noch zeigen.

Datenanalyse und Visualisierung zur Lageerfassung beim Hochwasser 2021

Fabian Löw, Laila Kühle, Jakob Rehbach, Florian Papke, Michael Judex

DaVis:

DaVis ist die Abkürzung für Datenanalyse und Visualisierung. Dahinter verbirgt sich ein interdisziplinäres Team aus Expertinnen und Experten, das aus dem Projekt Geokompetenz hervorgegangen ist. Es hat die Aufgabe, Datenanalysen und Datenvisualisierungen zur Entscheidungsunterstützung insb. in Krisenlagen durchzuführen und weiterzuentwickeln. Dabei setzt das Team Methoden und Technologien aus dem Bereich Data Science sowie der Geoinformation ein und erprobt auch Zukunftstechnologien. DaVis arbeitet dabei eng mit den verschiedenen Fachabteilungen des BBK und der Fachkoordination für den Copernicus Emergency Management Service (CEMS) zusammen. Bei Fragen ist das DaVis Team erreichbar über: davis@bbk.bund.de

Zwischen dem 12. und 15. Juli 2021 hat Tief „Bernd“ in weiten Regionen Deutschlands und seinen Nachbarländern zu stark ausgeprägten Starkregenereignissen geführt, die vor allem in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz schwerwiegende Überschwemmungen verursachten. Abbildung 1 zeigt die Verteilung der großen Wolkengebiete von Tief „Bernd“ über Deutschland um den 14. Juli 2021.

Die Hochwasserkatastrophe war Ursache für eine hohe Zahl von Todesfällen und verursachte Sachschäden in Milliardenhöhe (Abbildung 2). In unzähligen Orten wurden Straßen, Bahnstrecken, Brücken sowie vielerorts auch die Strom-, Wasser- und Gasversorgung unterbrochen oder zerstört.

In den besonders betroffenen Gebieten waren Tausende Einsatzkräfte sowie viele freiwillige Helferinnen und Helfer in den besonders betroffenen Gebieten im Einsatz. Für die Lagerfassung und die Koordinierung der Einsatzkräfte wurden von unterschiedlichen Stellen Informationen über

die vom Hochwasser betroffenen Flächen benötigt. Bereits vor dem Schadensereignis am 14.07. kamen verschiedene Landesumweltämter in Erwartung eines Hochwassers auf



Abbildung 2: Hochwasser in Bad Neuenahr-Ahrweiler am 15.07.2021. (Quelle: BBK)

das BBK zu mit der Bitte um Bereitstellung von Satellitenbildauswertungen bzw. -aufnahmen. Die nationale Fachkoordination des Copernicus Emergency Management Service (CEMS) und das Team für Datenanalyse und Visualisierung (DaVis) des BBK haben daher das Krisenmanagement der Länder und Hilfsorganisationen vor Ort mit verschiedenen Geoinformationsprodukten unterstützt.

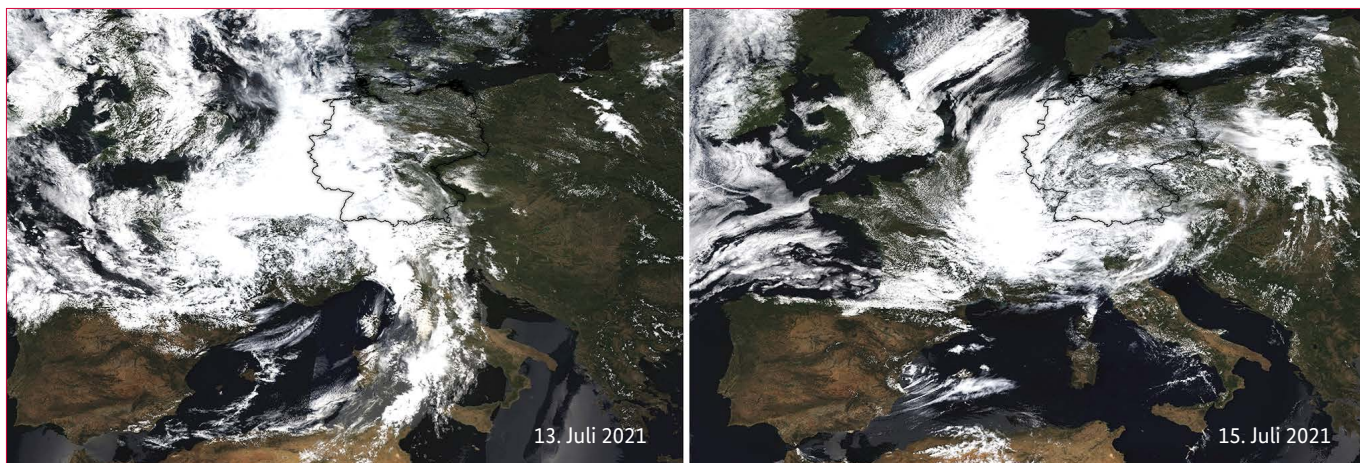


Abbildung 1: Verteilung der großen Wolkengebiete von Tief „Bernd“ über Deutschland am 13. Juli (links) und 15. Juli (rechts) 2021. (Quelle: NASA/USGS, MODIS, bearbeitet durch die Copernicus Emergency Management Service (CEMS) Fachkoordination im BBK)

Lageerfassung mit Fernerkundung

Da sich das Starkregenereignis in Deutschland über mehrere Bundesländer verteilt und das Schadensausmaß z.T. sehr unklar war, stellten Fernerkundungsdaten (Luftbildaufnahmen und Satellitendaten) für die Lageerfassung ein wesentliches Hilfsmittel dar. Für die Abschätzung der Überflutungsflächen wurde der etablierte Fernerkundungsdienst Copernicus Emergency Management Service (CEMS) aktiviert. Um in den Hochwassergebieten auch die Schäden an Infrastrukturen und Gebäuden zu erfassen, waren zudem höchstauflösende optische Fernerkundungsdaten unmittelbar nach dem Eintritt des Ereignisses notwendig.

Die Fachkoordination für den CEMS im BBK hat daher frühzeitig begonnen, die Anfragen der betroffenen Länder und Kommunen, der verschiedenen Krisenstäbe und Einsatzorganisationen nach fernerkundungsbasierten Lageinformationen zu bündeln. Der CEMS wurde am 13.07. um 17:11 Uhr auf Ersuchen der Länder Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg durch das BBK aktiviert, um Satellitenbildaufnahmen von den betroffenen Gebieten zu erheben und zu analysieren. Die erste Satellitenbildaufnahme für das Gebiet der Mosel datiert bereits auf den 14.07. um 17:26 Uhr Ortszeit.

Das BBK tauschte sich in den folgenden Tagen kontinuierlich mit den anfragenden Stellen und den Service- bzw. Datenbereitstellern aus. So konnten während der sich dynamisch verändernden Lage die Bereiche spezifiziert und aktualisiert werden, von welchen aktuelle Fernerkundungsaufnahmen benötigt wurden. Das Zentrum für Satellitengestützte Kriseninformation (ZKI) im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) konnte ad-hoc am 15./16. Juli erste, mit einem Hubschrauber erstellte Luftbildaufnahmen zur Verfügung stellen (Abbildung 3). Dies war nur aufgrund langjähriger guter Kontakte möglich und weil im Rahmen des Forschungsprojektes AIFER Luftfahrzeuge bereitstanden und Daten aufnehmen konnten. Das DLR-Institut für Optische Sensorsysteme führte im Auftrag des BBK eine weitere Befliegung mit einem neuen optischen Sensor am 20.07. über dem Ahrtal durch. Zudem hat die Hochschule Koblenz Luftbildaufnahmen (per Gyrocopter) für den Bereich Erftstadt-Blessem bereitgestellt.

Copernicus:

Copernicus ist das Erdbeobachtungsprogramm der EU. Durch Copernicus wird routinemäßig eine Vielzahl an globalen Daten von Satelliten sowie luft- und bodengestützten Messstationen erhoben und analysiert, um Nutzenden in Europa qualitativ hochwertige Daten und Informationsprodukte zur Verfügung zu stellen. Der Copernicus Emergency Management Service (CEMS) stellt bei Bedarf kostenlos Satellitenbildanalysen für alle Phasen des Krisenmanagementzyklus bereit, also vor, während und nach einer Krise. Die Anforderung von Karten und Analysen erfolgt zentral über das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern im BBK. Kontakt der nationalen Fachkoordination: copernicus.ems@bbk.bund.de

Der CEMS erstellte für die betroffenen Gebiete in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, basierend auf den DLR Luftbildern und Satellitendaten, Auswertungen, welche das

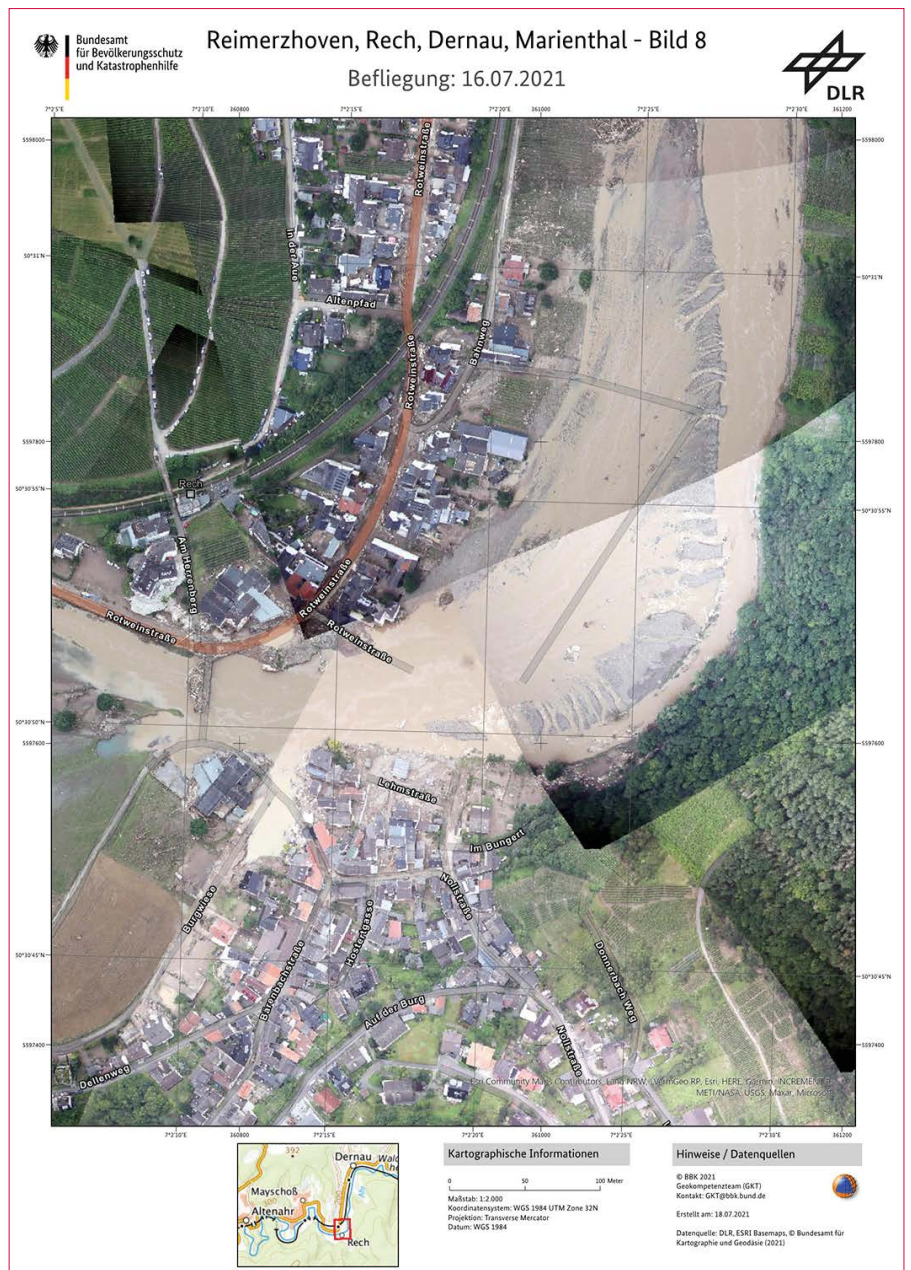


Abbildung 3: Luftbild aus dem Bereich Reimerzhoven, Rech, Dernau an der Ahr. Aufgenommen mit einem Hubschrauber am 16.07. 2021. (Quelle: Zentrum für satellitengestützte Kriseninformation im DLR; Kartenlayout BBK / DaVis)

Ausmaß der eingetretenen Schäden zeigen. Zudem wurden auf Grundlage dieser Daten betroffene Gebäude und Verkehrsinfrastrukturen identifiziert und auf Karten dargestellt. Insgesamt hat der CEMS 80 solcher Karten erstellt. 43 dieser Karten zeigen die überfluteten Flächen ab dem 14.07.2021. 37 zusätzliche Karten stellen darüber hinaus die aus Satelli-

und Schäden enthalten wichtige Lageinformationen für Einsatzkräfte, um z. B. zerstörte Straßen und Brücken zu identifizieren und besonders stark betroffenen Gebiete zu erkennen. Um diese Informationen für das Krisenmanagement der Länder, für Erkundungsteams und für die Krisenstäbe der betroffenen Länder und Kommunen verfü-

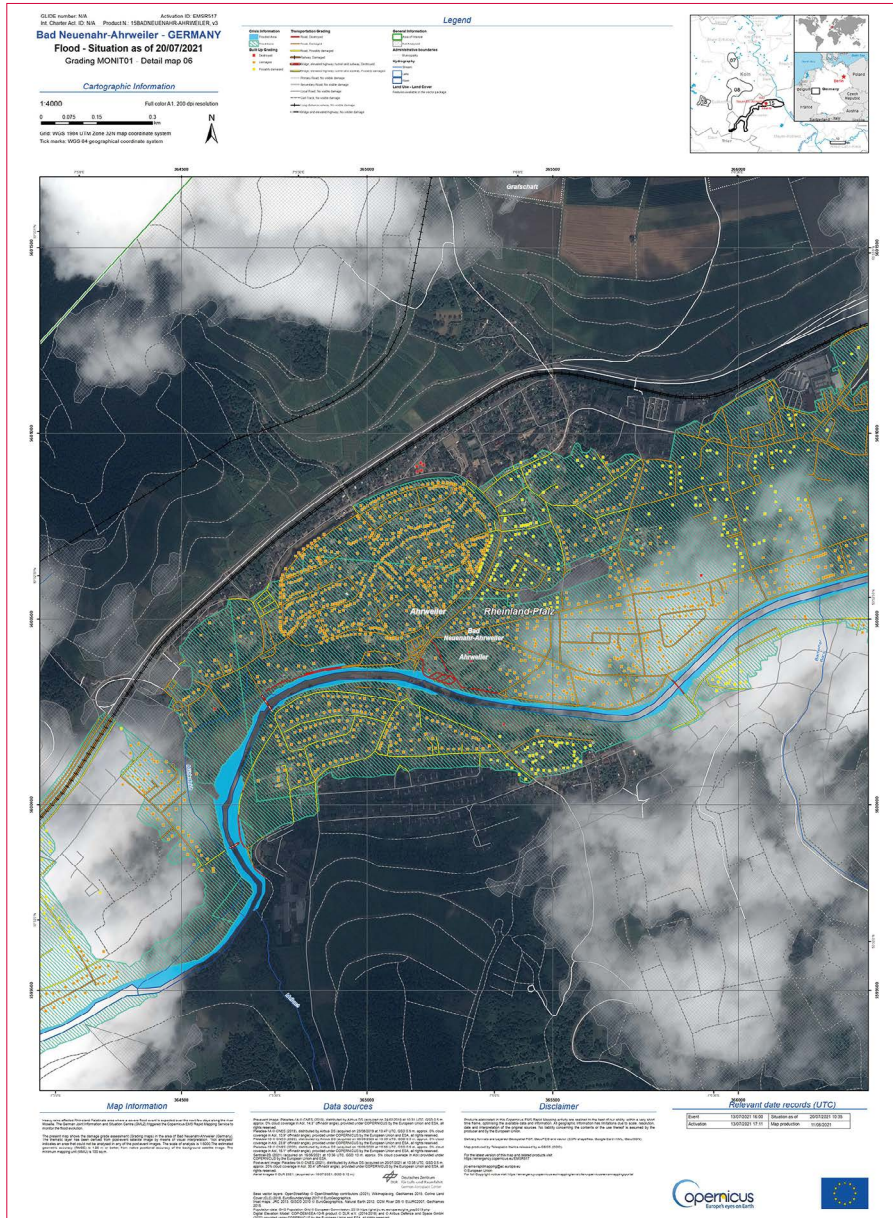


Abbildung 4: Auswertung von Satellitendaten im Ahrtal. Die Karte zeigt die aus Radardaten ermittelten, von Hochwasser betroffenen Flächen sowie die eingetretenen Schäden. Bei dieser Form der Analyse werden Satellitendaten miteinander verglichen, die jeweils vor und unmittelbar nach dem Ereignis eingetreten sind. (Quelle: Copernicus Emergency Management Service (© 2021 European Union), EMSR517)

ten- und Luftbilddaten des DLR ermittelten Schäden an Infrastrukturen und Gebäuden dar (Abbildung 4).

Datenanalyse und adressatengerechte Bereitstellung von Fernerkundungsdaten

Das „Rohmaterial“ der Fernerkundungsdaten, sowie die vom CEMS erstellten Produkte zu überfluteten Flächen

bar zu machen, hat das Team für Datenanalyse und Visualisierung (DaVis) des BBK ab dem 15.07.2021 ein Webportal aufgebaut (Abbildung 5). Damit wurden alle Fernerkundungsdaten an einem zentralen Ort leicht zugänglich gemacht. Der intensive und kontinuierliche Austausch zwischen dem BBK, DLR und den Krisenstäben sowie der Aufbau einer zentralen Informationsplattform führte dazu, dass viele Bedarfsträger innerhalb kürzester Zeit unkompliziert Zugriff auf relevante Informationen bekommen konnten.

Das Webportal bündelt die Luftbilder aus den Befliegungen des DLR/ ZKI und der Hochschule Koblenz vom 15. bis 18. Juli (Abbildung 3), die Luftbilder des Ahrtals vom 20.07., sowie die Schadenskartierungen des CEMS an einer Stelle. Damit die aus den Fernerkundungsdaten gewonnenen Lageinformationen auch an die Einsatzkräfte vor Ort weitergegeben werden können, wurden die Luftbilder in Form von PDF-Karten (sowohl digital als auch analog in gedruckter Form) bereitgestellt. Durch den Vergleich der Vorher-Nachher Aufnahmen können zerstörte Straßen und Brücken identifiziert werden.

Daneben hat das DaVis-Team im BBK zusammen mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) und dem Landesamt für Vermessung und Geobasisinformationen Rheinland-Pfalz eine Befahrbarkeitsanwendung für die digitale Lagekarte des Krisenstabes des Landes Rheinland-Pfalz erstellt. Anhand dieser digitalen Anwendung konnten Einsatzkräfte schnell einsehen, welche Straßen

noch oder bereits wieder befahrbar sind. Als Datengrundlage für diese Webapp dienten zunächst die Analysen zu betroffenen Infrastrukturen des CEMS. Durch DaVis wurden diese Informationen mit den bereits in anderen Datenformaten gesammelten Informationen der technischen Einsatzleitung, Polizeikräften und der Verwaltung verschnitten und in einer Webapp bereitgestellt. Für die technische Einsatzleitung wurde eine Anwendung bereitgestellt mit welcher Lagemeldungen zum Zustand der Ver-

kehrsinfrastruktur straßensegmentgenau übernommen werden konnten. Durch dieses vernetzte Vorgehen stand

Ein DaVis-Mitarbeiter unterstützte als Fachberater vor Ort um die Befahrbarkeits-Darstellung schnellstmöglich gemeinsam zu realisieren. „Wir haben uns mit bewährten und neuen Partnern abgestimmt und unsere Erfahrungen ausgetauscht. Direkt zu Beginn der Lage haben wir daher im Sachgebiet „Lage“ des Krisenstabes ein eigenes GIS-Team eingerichtet. So ist es uns gelungen, die Digitale Lagekarte und die Befahrbarkeits-App schnellstmöglich gemeinsam umzusetzen und den Einsatzkräften zur Verfügung zu stellen“, sagt Alexandra Schüller von der ADD Trier. Während die Einsatzkräfte von der Anwendung unmittelbar profitieren, können sie die Datengrundlage während ihrer Arbeit vor Ort im Hochwassergebiet gleichzeitig aktiv verbessern und weiterentwickeln: Die App kann auch durch ungeschulte Anwenderinnen und Anwender einfach bearbeitet werden. Damit konnte der Status der Straßensegmente im Ahrtal regelmäßig aktualisiert werden.

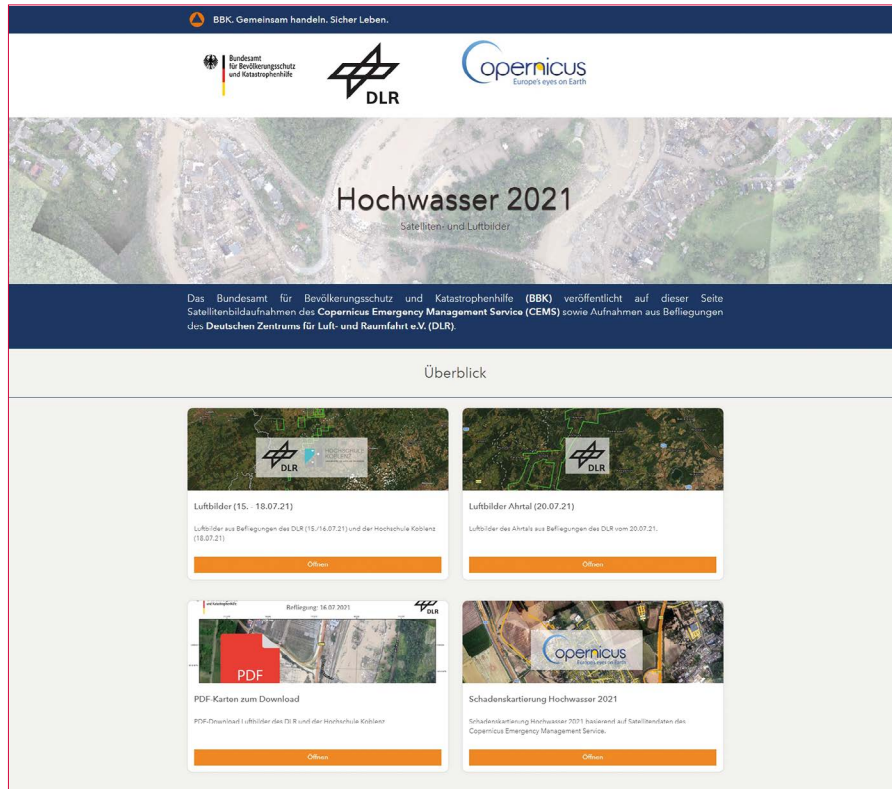


Abbildung 5: Startseite des BBK eigenen Webportals für die Hochwasserereignisse im Zusammenhang mit Sturmteuf „Bernd“ (Quelle: BBK)

Zusammenarbeit mit Einsatzkräften und der Einsatzleitung vor Ort

jeder Einsatzkraft dieselbe Information wie der Einsatzleitung zur Verfügung.

Einige Kartenprodukte des BBK wurden in ausgedruckter Form durch direkten Transport in das Ahrtal einzelnen operativen Einheiten zur Verfügung gestellt, wodurch diese auch direkt im Einsatz vor Ort genutzt werden konnten (Abbildung 6). Für Einsatzkräfte konnten somit wertvolle Informationen zeitnah bereitgestellt werden, u. a. zur Orientierung im Gelände. Das bestätigt Uwe Kippnich vom Bayerischen Roten Kreuz (BRK): „Die über das BBK kurz nach der Flutkatastrophe bereitgestellten Daten und Kartenprodukte waren sehr hilfreich! Insbesondere die Vorher-/Nachher Produkte haben geholfen, sich schneller ein genaueres Bild der Lage zu verschaffen. Dadurch konnten unsere Rettungsmissionen zielgerichteter und schneller durchgeführt werden.“

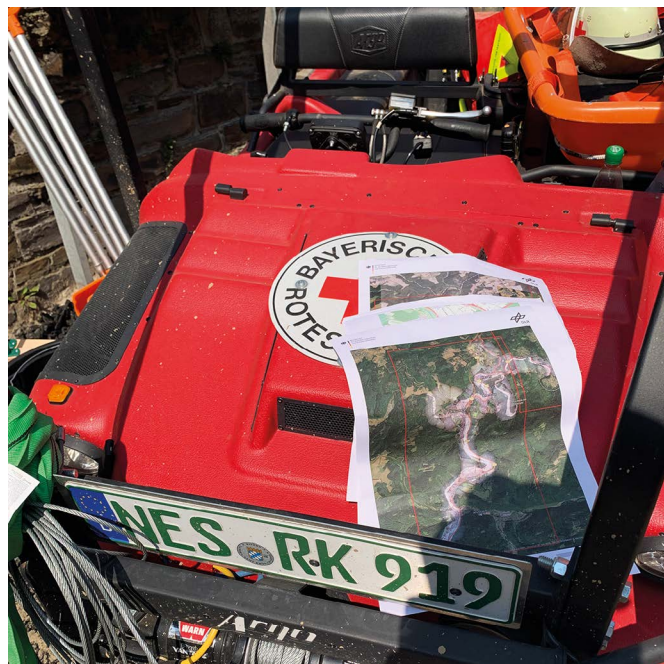


Abbildung 6: Kartenprodukt des Teams für Datenanalyse und Visualisierung (DaVis) des BBK mit den Luftbilddaufnahmen des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR). (Quelle: Bayerisches Rotes Kreuz)

Talsperren und Dämme kamen während des Hochwassers teilweise an ihre Kapazitätsgrenzen. So unter anderem die Steinbachtalsperre in der Nähe von Euskirchen / Rheinbach. Dort musste Wasser aus dem Reservoir abgepumpt werden, um den Kollaps der Talsperre zu vermeiden. Um diese Gefährdung besser einschätzen und sich darauf vorbereiten zu können, hat das THW beim BBK eine Simulation des Deichbruches angefragt. Die Simulation für vier verschiedene Zeitpunkte (30, 60, 75 und 120 Minuten nach einem möglichen Deichbruch) wurde ad-hoc von der Firma Geomer GmbH in Heidelberg durchgeführt, die Ergebnisse hat DaVis in Kartenform aufbereitet und an das THW übermittelt (Abbildung 7).

Nachbereitung & Re-Analysen

Auch im Nachgang der Ereignisse besteht bei den betroffenen Kommunen, Versicherern, Versorgungsunternehmen (u.a. Telekommunikation, Verteilnetzbetreiber)

bereitgestellt, die von CEMS z. B. für die hydraulische Modellierung verwendet wurden. Die Karten zeigen u. a. die maximalen Wasserstandstiefen im Zeitraum vom 13.07. bis zum 16.07.2021 (Abbildung 8). „Die Produkte des CEMS haben im Nachgang einen guten Beitrag zur Einschätzung der

potenziell vom Starkregen-, Überschwemmungsereignis gefährdeten / betroffenen Bereiche geleistet. Insbesondere entlang der Bachläufe ohne Hochwasserrisikokarten des Landes werden die ausgewiesenen Überschwemmungsbereiche als Hinweis auf mögliche Überschwemmungsrisiken genutzt“, wie Herbert Gilges, Abteilungsleiter des Stadtdienstes Geodaten / Stadtvermessung der Stadt Solingen hervorhebt.

Fazit

Die Häufigkeit von Starkregenereignissen hat laut einem Bericht des Deutschen Wetterdienstes (Junghänel et. al 2021) in den letzten Jahren zugenommen. Ereignisse wie das im Juli 2021 könnten in Zukunft vermehrt auftreten. Daher gilt es aus den Erfahrungen aus dem Sommer 2021 im Bereich Datenbereitstellung und Visualisierung zu lernen.

Auch diese Krisenlage hat gezeigt, dass eine koordinierende Stelle als zentraler Ansprechpartner für die Planung und Bereitstellung von (Fernerkundungs-) Daten, Analysen und Karten von erheblichem Vorteil ist. Die Bündelung der eingehenden Anfragen im BBK und die zentrale, webgestützte Bereitstellung von Daten und Karten aus den verschiedenen Quellen ermöglichte eine schnelle und unkomplizierte Bereitstellung der Informationsprodukte für Stäbe und Einsatzkräfte vor Ort.

Durch die enge Zusammenarbeit und den kontinuierlichen Austausch des BBK mit den verschiedenen Akteuren vor Ort konnte zeitnah und flexibel auf die sich ständig verändernde Lage reagiert werden. Hierbei hat sich

der Spruch „In der Krise Köpfe kennen“ bewahrheitet. Zum Beispiel gelang es durch die langjährige Zusammenarbeit des BBK mit dem DLR in kürzester Zeit, neue Befliegungen des Schadensgebietes zu organisieren. Dabei sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass dies teilweise im Rahmen von Forschungsvorhaben stattfand. Es gilt daher, diese potentielle Fähigkeitslücke zukünftig zu schließen.

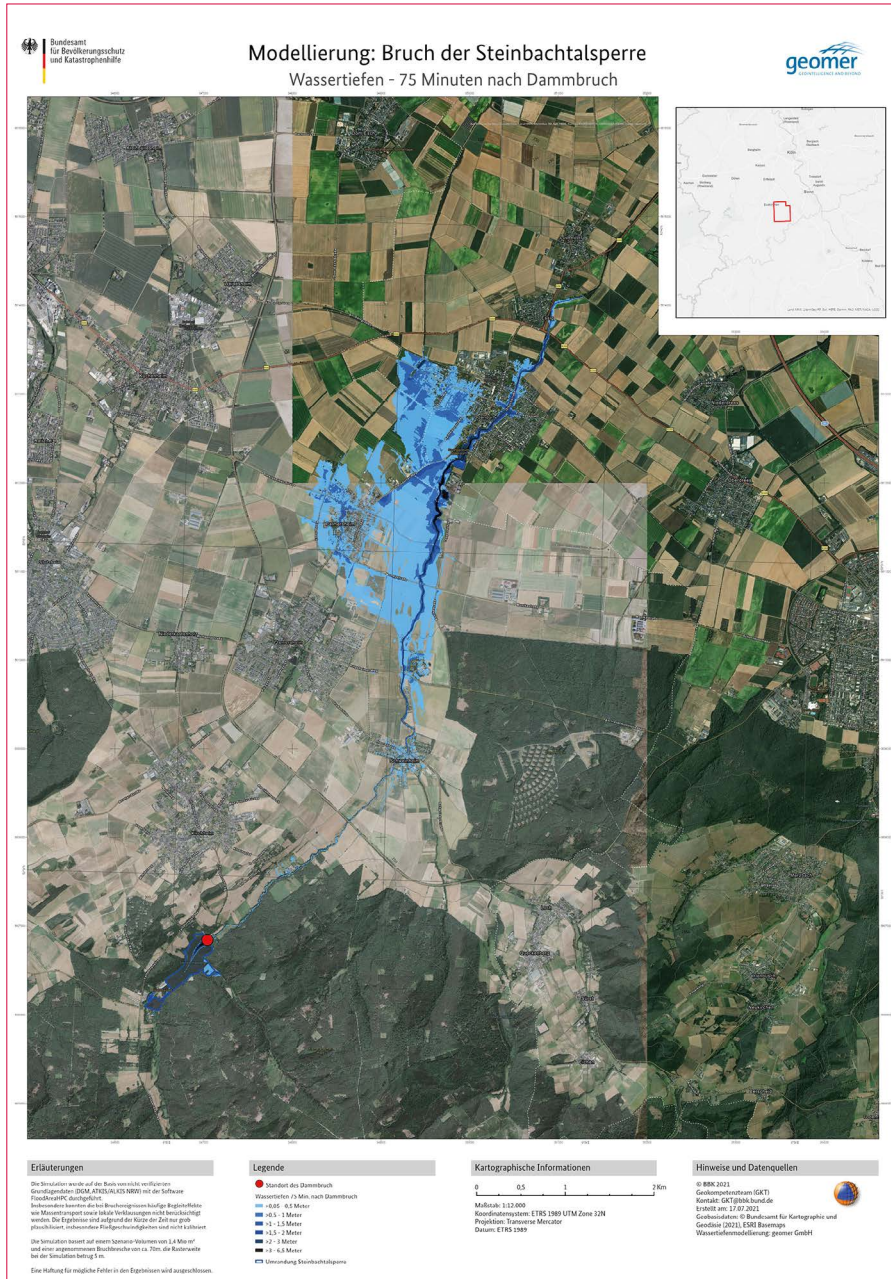


Abbildung 7: Simulation des Bruches der Steinbachtalsperre für den Zeitpunkt 75 Minuten nach einem möglichen Dammbruch. Die Simulation wurde auf der Basis von nicht verifizierten Grundlagendaten durchgeführt. Die Ergebnisse sind aufgrund der Kürze der Zeit nur grob plausibilisiert, insbesondere Fließgeschwindigkeiten sind nicht kalibriert. Eine Haftung für mögliche Fehler in den Ergebnissen wird ausgeschlossen. (Quelle: Geomer GmbH (Simulation, www.geomer.de) und Team für Datenanalyse und -visualisierung (DaVis) / BBK (Kartenlayout))

und auch in der Forschung anhaltendes Interesse an den Fernerkundungsdaten und Analysen. Auf Anfrage der Stadt Solingen wurde mit Unterstützung der CEMS Fachkoordination im BBK der CEMS am 16.08.2021 erneut aktiviert, um eine retrospektive Auswertung des Hochwasserlaufes für das Stadtgebiet von Solingen durchzuführen. Die Stadt Solingen hat hierfür eigene Geofachdaten

Weblinks / Literatur

- Copernicus EMS Fachkoordination: https://www.bbk.bund.de/DE/Themen/Krisenmanagement/Lagebild/Fernerkundung/fernerkundung_node.html
- Informationen zum DLR/ZKI Projekt AIFER: https://www.dlr.de/eoc/desktopdefault.aspx/tabid-11882/20871_read-72288
- CEMS Aktivierung zum Hochwasserereignis im Juli 2021: <https://emergency.copernicus.eu/mapping/list-of-components/EMSR517>
- DWD Bericht zur hydro-klimatischen Situation Tief Bernd: T. Junghänel, P. Bissolli, J. Daßler, R. Fleckenstein, F. Imbery, W. Janssen, F. Kaspar, K. Lengfeld, T. Leppelt, M. Rauthe, A. Rauthe-Schöch, M. Rocek, E. Walawender und E. Weigl (2021): Hydro-klimatologische Einordnung der Stark- und Dauerniederschläge in Teilen Deutschlands im Zusammenhang mit dem Tiefdruckgebiet „Bernd“ vom 12. bis 19. Juli 2021. Deutscher Wetter Dienst Online abrufbar: https://www.dwd.de/DE/leistungen/besondereereignisse/niederschlag/20210721_bericht_starkniederschlaege_tief_bernd.pdf?jsessionid=E883CAEB99DB437C74D387628D60BAB7.live11051?__blob=publicationFile&v=10
- BBK-Projekt zur automatisierten Schadenserfassung (FPCUP): <https://www.copernicus-user-uptake.eu/user-uptake/details/piloting-of-a-prototype-for-a-cloud-based-tool-for-near-real-time-assessment-of-economic-damages-caused-by-floods-and-droughts-in-germany-using-satellite-based-earth-observation-184>

Die Häufigkeit von Starkregenereignissen hat laut einem Bericht des Deutschen Wetterdienstes (Junghänel et. al

Entwicklungen gilt es aus den Erfahrungen aus dem Sommer 2021 im Bereich Datenbereitstellung und -visualisierung zu lernen und die bereits bestehenden Netzwerke zu festigen und auszubauen. Insbesondere die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Akteure konnte im Angesicht dieser Katastrophe eine flexible, schnelle und gebündelte Datenbereitstellung für alle ermöglichen.

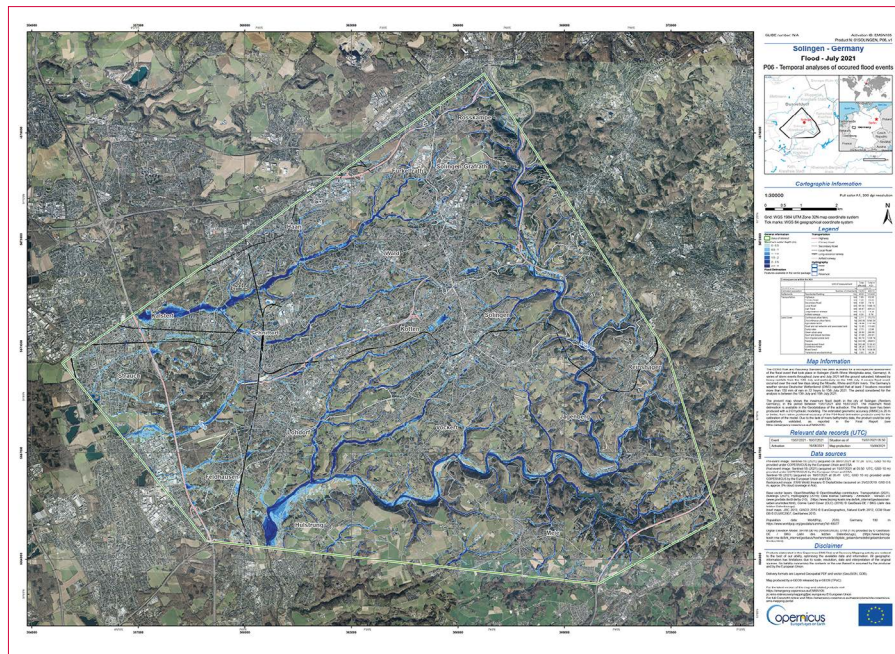


Abbildung 8: Für die Stadt Solingen durchgeführte Reanalyse des Hochwasserereignisses. (Quelle: Copernicus Emergency Management Service (© 2021 European Union), EMSN105.)

2021) in den letzten Jahren zugenommen. Ereignisse wie die Starkregen und die damit verbundenen Sturzfluten und Hochwasserereignisse im Juli 2021 könnten in Zukunft auch weiterhin zunehmen. Aufgrund dieser zukünftigen

Kennzahlen und Schadensformeln verbunden werden. Ziel des Projektes ist es, zeitnah eine Abschätzung über zu erwartende ökonomische Auswirkungen solcher Krisen zu erlangen.

Dr. Fabian Löw ist Mitarbeiter des Referates *Grundlagen und IT-Verfahren im Krisenmanagement* im BBK. Er ist stv. nationaler Fachkoordinator des Copernicus Emergency Management Service (CEMS) in Deutschland und zuständig für das Thema Fernerkundung innerhalb des Teams für Datenanalyse und Visualisierung (DaVis) des BBK.

Laila Kühle ist Mitarbeiterin des Referates *Grundlagen und IT-Verfahren im Krisenmanagement* im BBK und Teil des DaVis Teams. Sie erarbeitet Konzepte für die Nutzung von Fernerkundung im Kontext des Sendai Rahmenwerkes für Katastrophenvorsorge und für die Schadensabschätzung aus Fernerkundungsdaten.

Jakob Rehbach ist Mitarbeiter des Referates *Grundlagen und IT-Verfahren im Krisenmanagement* im BBK und leitet das Team für Datenanalyse und Visualisierung im BBK.

Florian Papke ist Mitarbeiter des Gemeinsamen Melde- und Lagezentrums von Bund und Ländern (GMLZ) und Mitglied des DaVis-Teams.

Dr. Michael Judex ist der Leiter des Referates *Grundlagen und IT-Verfahren im Krisenmanagement* im BBK. Er ist der nationale Fachkoordinator des CEMS in Deutschland.

Normen und Standards für das Krisenmanagement in Kritischen Infrastrukturen

Benno Fritzen

In vielen Organisationen, Unternehmen und Behörden hat die COVID-19-Pandemie die Notwendigkeit eines effizienten Krisenmanagements verdeutlicht. Auf der Suche nach „best practice“ können Normen und Standards wertvolle Orientierung geben. Insbesondere auf internationaler Ebene wurden ISO-Normen erarbeitet, die Hinweise und Anleitungen zum Aufbau von Managementstrukturen geben, die universell, d.h., branchen- und ressortunabhängig anwendbar sind. Einige Normen wurden zwischenzeitlich auch übersetzt und als nationale deutsche Norm in das Regelwerk des Deutschen Instituts für Normung (DIN) aufgenommen.

Häufig aber besteht das Problem jedoch darin, dass diese Normen den handelnden Personen nicht bekannt sind und die Auswahl und Kombination relevanter Inhalte aus unterschiedlichen Normen in einer Ausnahmesituation schwierig ist. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die handelnden Personen nicht automatisch über einen fachlichen Hintergrund zum Umgang mit Gefahrensituationen verfügen müssen und die Ausnahmesituation auch inhaltlich eine unbekannte Herausforderung darstellen kann.

KRITIS-Normen-Matrix

Die Kommission Gesundheitswesen (KGw) innerhalb des DIN hat eine Übersicht der Normen erstellt, die für Managementaufgaben im Bereich der Gefahrenabwehr dienlich sein können. Der Fokus dieser Übersicht liegt aktuell zwar primär auf der Bekämpfung der Corona-Pandemie, allerdings werden auch weitere Bereiche der Gefahrenabwehr und Resilienz abgedeckt. Die KRITIS-Normen-

Matrix ordnet die als nützlich erkannten Managementnormen aus den unterschiedlichsten Bereichen bei DIN in einer Matrix den Sektoren der kritischen Infrastrukturen (KRITIS) zu, wie sie vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) definiert wurden. Aufgeführt sind nur Organisations-, Struktur- und Management-Normen, nicht jedoch Produkt-Normen.

Nach der Pandemie ist vor der Pandemie (oder einer anderen Krise)!

Auch wenn zwischenzeitlich die Maßnahmen und Strukturen der Gefahrenabwehr hinsichtlich der aktuellen COVID-19-Pandemie vielleicht als etabliert und tauglich angesehen werden können, so sollte mit Blick auf zukünftige Herausforderungen dennoch nicht auf eine Optimierung der Resilienz des eigenen Verantwortungsbereiches verzichtet werden. Dabei sind die Managementaufgaben im Gesundheitswesen nur eine von vielen Herausforderungen, denen sich die Verantwortlichen für die Gefahrenabwehr und das Krisenmanagement in Behörden, Betrieben und Institutionen stellen müssen. Die Normen sind nicht auf bestimmte Szenarien beschränkt, sondern decken das gesamte Spektrum möglicher Krisen oder Katastrophenfälle ab.

Die Abbildung zeigt einen Ausschnitt aus der KRITIS-Normen-Matrix. Die komplette Matrix sowie weitere Informationen finden Sie unter: <https://www.din.de/de/din-und-seine-partner/din-e-v/organisation/kommissionen/krisenmanagement-normen-und-standards-unterstuetzen-801722>.

Dipl.-Ing. Benno Fritzen ist Vorsitzender des Fachbereichsausschusses „Sicherheit und Schutz des Gemeinwesens“ (NA 031-05 FBR) bei DIN

Norm	zuständiges Gremium/Titel der Norm	KRITIS-Sektor																		
		Energie	Informations- technik/ Telekom- munikation	Transport und Verkehr	Gesundheit	Wasser	Ernährung	Finanz- und Versiche- rungswesen	Staat und Verwaltung	Medien und Kultur										
ISO 22396:2020-02	Sicherheit und Resilienz - Resilienz der Gesellschaft - Leitlinien für den Informationsaustausch zwischen Organisationen																			
DIN EN ISO 22397:2018-12	Sicherheit und Schutz des Gemeinwesens - Leitfaden zur Erstellung von Vereinbarungen für Partnerschaften																			
ISO 22398:2013-09	Sicherheit und Schutz des Gemeinwesens - Leitfaden für das Üben und Erproben																			
	<u>DIN-Normenausschuss Organisationsprozesse (NAOrg)</u> NA 175-00-04 AA Grundlagen des Risikomanagements																			
DIN ISO 31000:2018-10	Risikomanagement - Leitlinien																			
ISO/WD 31050	Leitlinien zum Umgang mit aufkommenden Risiken zur Erhöhung der Resilienz																			
OENORM D 4901:2021-01	Risikomanagement für Organisationen und Systeme - Anforderungen an das Risikomanagementsystem - Anleitung zur Umsetzung der ISO 31000																			
OENORM D 4901:2021-01	Risikomanagement für Organisationen und Systeme - Leitfaden - Teil 3: Notfall-, Krisen- und Kontinuitätsmanagement - Anleitung zur Umsetzung der ISO 31000																			
	<u>DIN-Normenausschuss Organisationsprozesse (NAOrg)</u> NA 175-00-05 GA Sicherheit und Business Continuity																			
ISO 28000:2007-09	Spezifikation für Sicherheitsmanagementsysteme für die Lieferkette																			
ISO 22316:2017-03	Sicherheit und Resilienz - Resilienz von Organisationen - Grundsätze und Attribute																			
	<u>DIN-Normenausschuss Informationstechnik und Anwendungen (NIA)</u> NA 043-01-27-01 AK Anforderungen, Dienste und Richtlinien für IT Sicherheitssysteme																			
DIN EN ISO/IEC 27001:2017-06	Informationstechnik - Sicherheitsverfahren - Informationssicherheitsmanagementsysteme - Anforderungen																			
DIN EN ISO/IEC 27002:2017-06	Informationstechnik - Sicherheitsverfahren - Leitfaden für Informationssicherheitsmaßnahmen																			

Norm	zuständiges Gremium/Titel der Norm	KRITIS-Sektor											
		Energie	Informationstechnik/Telekommunikation	Transport und Verkehr	Gesundheit	Wasser	Ernährung	Finanz- und Versicherungswesen	Staat und Verwaltung	Medien und Kultur			
	Informationstechnik - Sicherheitsverfahren - Leitfaden für Informationssicherheitsmaßnahmen auf Grundlage von ISO/IEC 27002 für Telekommunikationsorganisationen												
E DIN EN ISO/IEC 27011:2020-05	Informationstechnik - Sicherheitsverfahren - Anwendungsleitfaden für Informationssicherheitsmaßnahmen basierend auf ISO/IEC 27002 für Cloud Dienste												
E DIN EN ISO/IEC 27017:2020-09	Informationstechnik - Sicherheitsverfahren - Informationssicherheitsmaßnahmen für die Energieversorgung												
DIN EN ISO/IEC 27019:2020-08	DIN-Normenausschuss Lebensmittel und landwirtschaftliche Produkte (NAL) NA 057-02 FB Fachbereich Lebensmittelhygiene/Lebensmittelsicherheit												
DIN EN ISO 22000:2018-09	Managementsysteme für die Lebensmittelsicherheit - Anforderungen an Organisationen in der Lebensmittelkette												
DIN EN ISO 22005:2007-10	Rückverfolgbarkeit in der Futter- und Lebensmittelkette - Allgemeine Grundsätze und grundlegende Anforderungen für die Gestaltung und Verwirklichung von Systemen												
DIN ISO/TS 22003:2014-11	Managementsysteme für die Lebensmittelsicherheit - Anforderungen an Stellen, die Managementsysteme für die Lebensmittelsicherheit auditieren und zertifizieren												
DIN EN 15593:2008-05	Verpackung - Hygienemanagement bei der Herstellung von Lebensmittelverpackungen - Anforderungen												
E DIN 13050:2021-02	DIN-Normenausschuss Rettungsdienst und Krankenhaus (MARK) NA 053-01-02 AA Krankenkraftwagen und deren medizinische und technische Ausstattung Begriffe im Rettungswesen												
DIN EN 15224:2017-05	DIN-Normenausschuss Medizin (NAMed) NA 063-01-10 AA Qualitätsmanagementsysteme im Gesundheitswesen Qualitätsmanagementsysteme - EN ISO 9001:2015 für die Gesundheitsversorgung												

Norm	zuständiges Gremium/Titel der Norm	KRITIS-Sektor									
		Energie	Informations- technik/ Telekom- munikation	Transport und Verkehr	Gesundheit	Wasser	Ernährung	Finanz- und Versiche- rungswesen	Staat und Verwaltung	Medien und Kultur	
	DIN-Normenausschuss Wasserwesen (NAWW) NA 119-07-02 AA Dienstleistungen und Management in der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung										
DIN EN 15975-1:2016-03	Sicherheit der Trinkwasserversorgung - Leitlinien für das Risiko- und Krisenmanagement - Teil 1: Krisenmanagement										
DIN EN 15975-2:2013-12	Sicherheit der Trinkwasserversorgung - Leitlinien für das Risiko- und Krisenmanagement - Teil 2: Risikomanagement										
ISO 24512:2007-12	Dienstleistungen im Bereich Trinkwasser und Abwasser - Leitfaden für das Management und die Beurteilung der Trinkwasserversorgung										
ISO 24513:2019-03	Dienstleistungen im Bereich Trinkwasser, Abwasser und Regenwasserbewirtschaftung - Begriffe										
ISO 24518:2015-08	Dienstleistungen im Bereich Trinkwasser und Abwasser - Krisenmanagement der Wasserversorgung										
ISO/TS 24520:2017-09	Dienstleistungen im Bereich Trinkwasser und Abwasser - Krisenmanagement - Bewährte Vorgehensweise für technische Aspekte										
ISO 24527:2020-04	Dienstleistungen für Trinkwasserversorgung, Abwassersysteme und Regenwasserbewirtschaftung - Anleitungen für alternative Trinkwasserversorgung im Krisenfall										
	DIN-Normenausschuss Grundlagen des Umweltschutzes (NAGUS) NA 172-00-12 AA Nachhaltige Entwicklung in Kommunen										
ISO 37123:2019-12	Nachhaltige Entwicklung von Kommunen - Indikatoren für resiliente Städte										
ISO/TR 37152:2016-08	Intelligente kommunale Infrastrukturen - Einheitlicher Rahmen für die Entwicklung und den Betrieb										
ISO 37155-1:2020-01	Framework für Integration und Betrieb von intelligenten Community-Infrastrukturen - Teil 1: Chancen und Herausforderungen von Interaktionen in intelligenten Community-Infrastrukturen aus allen Bereichen durch den Lebenszyklus										



ASB-Hilfe im Katastrophengebiet

Samariterinnen und Samariter unterstützen mit einem Soforthilfe-, Betreuungs- und Wiederaufbau-Programm

Die Ereignisse und Bilder der Hochwasserkatastrophe Mitte Juli 2021 aus Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und anderen überfluteten Ortschaften in Deutschland sind weiterhin erschütternd. Starkregen und Unwetter haben viele Menschenleben gefordert und schwere Verwüstungen hinterlassen. Die Überschwemmungen zerstörten Häuser, Straßen, soziale Infrastrukturen sowie Strom-, Gas- und Telefonleitungen. Tausende haben ihr gesamtes Hab und Gut und ihr Zuhause verloren. Besonders verheerend waren die Auswirkungen im Ahrtal, Trier, Rhein-Sieg-Kreis, der Eifel, Erftstadt und Umgebung, Euskirchen, Erkrath, dem Bergischen Land und Witten, wo der ASB seitdem schwerpunktmäßig aktiv unterstützt.

Nothilfe: Der ASB direkt vor Ort

Der ASB war direkt nach der verheerenden Flut in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ununterbrochen im Einsatz, um Menschen zu betreuen, die vom Hochwasser betroffen waren, und um bei Aufräumarbeiten zu unterstützen.



Der ASB versorgt die Menschen in den Flutgebieten mit verschiedenen Hilfsgütern, liefert unter anderem Kühlschränke und Waschmaschinen in die betroffenen Ortschaften. (Foto: ASB Ahrweiler / Sabrina Kuhl)

Die Einsatzkräfte haben Krankenhäuser und Altenheime evakuiert, Notunterkünfte aufgebaut und für Verpflegung gesorgt. Samariter und Samariterinnen in Wuppertal retteten mit einem Unimog zahlreiche Menschen aus überfluteten Häusern. Unmittelbar wurden erste Hilfsgüter in die betroffenen Orte gebracht: Bautrockner, Hochdruckreiniger und Notstromaggregate. Zudem wurden die Menschen in der Katastrophenregion mit Lebensmitteln, Hygienekits, Desinfektionsmitteln und FFP2-Masken, Trinkwasser und warmen Mahlzeiten versorgt.

Aber auch die psychosoziale Begleitung war in der Akutphase unerlässlich: Die Menschen – vor allem Kinder und Jugendliche – brauchten Unterstützung, um das Erlebte zu verarbeiten. Der ASB bot in Rheinland-Pfalz tagsüber Freizeit-Angebote für die Kinder mit räumlicher Nähe zu den Eltern an.

Um kurzfristig finanziell zu unterstützen, wurden Soforthilfen und Stromkostenpauschalen an betroffene Haushalte ausgezahlt.

Bei aller Not gab es aber schon früh einen Lichtblick: Die Hilfsbereitschaft der Menschen in Deutschland nach der Flutkatastrophe war überwältigend. Beim ASB und dem Bündnis „Aktion Deutschland Hilft“ gingen zahlreiche Spenden für die Betroffenen in den Katastrophenregionen ein und gaben den Menschen vor Ort neue Hoffnung.

Wiederaufbau: Es geht voran

Drei Monate nach der Flutkatastrophe erreichte die ASB-Fluthilfe eine neue Phase – zahlreiche Hilfsprojekte zum Wiederaufbau starteten.

Mit einem mobilen Beratungsangebot für juristische und baurechtliche Unterstützung, der Errichtung einer Beratungsstelle für Traumatherapie, dem kostenlosen Verleih eines Bürgerbusses, der Etablierung eines Hebammenmobils oder der Betreuung und Begleitung von geflüchteten Kindern und deren Familien schuf der ASB weitere Hilfsangebote. Weiterhin werden Verpflegungsstellen betrieben: Vor allem für Haushalte, deren gesamte Kuchenein-

richtung zerstört wurde. Sie erhielten so eine warme Mahlzeit, bis sie sich wieder selbst verpflegen konnten. Mit der Errichtung von 65 Wohnunterkünften in Containerbauweise in Dernau und Bad Neuenahr-Ahrweiler konnte zahlreichen Betroffenen ein vorübergehendes Zuhause gegeben werden. Den Bewohner- und Bewohnerinnen steht ein Schlaf- und Wohnbereich sowie ein Sanitär- und Kochbereich zur Verfügung. Zusätzlich gibt es einen Ort für gemeinsame Treffen sowie eine Waschküche mit Waschmaschinen. Nach der Errichtung und Einrichtung der Unterkünfte übernimmt der ASB vor Ort auch die Be-



Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer des ASB haben die Geschenke kurz vor Weihnachten an die Kinder übergeben. (Foto: Fulvio Zanettini / laif)

treuung und den Hausmeister-Service.

„Unser Ziel war es, den Menschen über den Winter ein Zuhause und darüber hinaus eine Perspektive und Hilfestellung für die nächsten Monate zu bieten“, so ASB-Landesgeschäftsführer Stefan Rheinheimer. „In der Unterkunft, aber auch mit unserem ASB Stützpunkt in Heimersheim möchten wir direkt vor Ort Ansprechpartner für die Menschen und ihre Bedarfe im Ahrtal sein.“

Auch darüber hinaus ist das Thema „Wohnen“ immer noch relevant: Der ASB betreibt weiterhin Baustoff- und Werkzeugausgaben und verteilt dringend benötigte Hilfsgüter wie zum Beispiel Heizgeräte für die kalte Witterung.

Unser besonderes Highlight: die Wunschbaumaktion

Ein besonderes Highlight im Dezember war eine gemeinsame Wunschbaumaktion mit arche noVa, bei der über 500 Kindern im Ahrtal, der Eifel, Erftstadt und Umgebung und dem Bergischen Land mit kleinen Geschenken ein Lächeln ins Gesicht gezaubert werden konnte.

Mehr als 400 Wünsche von Kindern aus den Flutgebieten in Nordrhein-Westfalen konnten der ASB-Kreisverband Witten, der ASB Bonn / Rhein-Sieg/Eifel, der ASB Rhein-Erft / Düren, der ASB-Landesverband Rheinland-Pfalz, der ASB

Bergisch Land sowie Vertreter- und Vertreterinnen der Kommunen und Bürgerinitiativen mit der Wunschbaumaktion erfüllen. Die Weihnachtsbäume mit Wunschzetteln wurden in der Eifel, im Bergischen Land und in Erftstadt aufgestellt. Die Geschenke für die Kinder wurden kurz vor Weihnachten von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern übergeben.

Für die Kinder aus den vom Hochwasser betroffenen Gemeinden, die zum Teil immer noch nicht in ihr altes Zuhause zurückkehren konnten, war die Aktion ein Lichtblick. Die Helfer und Helferinnen blickten in strahlende Kinderaugen, die sich über die Geschenke sehr freuten. Auch in den rheinland-pfälzischen Orten Heimersheim, Mayschoß und Bad Neuenahr gingen zahlreiche Wünsche in Erfüllung.

Wie geht es weiter

Zukünftig plant der ASB viele Aktionen und Projekte, damit den Betroffenen in den Flutgebieten auch langfristig geholfen werden kann. Hierzu zählen Wiederaufbauhilfen, langfristige psychosoziale, juristische und baurechtliche Beratungsangebote, Unterstützung für gemeinnützige Organisationen und Initiativen und gezielte Hilfen für besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen. So wurde beispielsweise gerade für Menschen mit Fluchterfahrung, deren Unterkunft

durch die Flutkatastrophe vollständig zerstört wurde, ein Integrationshilfeprojekt in Erkrath ins Leben gerufen. Auch bundesweit sollen Maßnahmen zur Informationsvermittlung und zur Stärkung der Resilienz in der Bevölkerung angestoßen werden.

Was lernen wir für die Zukunft

Wir müssen darüber nachdenken, wie wir uns in Zukunft stärker für Katastrophen wappnen und was wir aus der Flutkatastrophe im Westen lernen können.

Die wochenlange Freistellung der ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen von ihrem Arbeitsplatz war unerlässlich in der Nothilfe. Maßnahmen zum Klimaschutz, zum hochwasser- und katastrophenangepassten Bauen müssen Teil der Stadt- und Raumplanung werden.

Aber es gilt auch, die Menschen zu sensibilisieren, da Katastrophen in Zukunft häufiger und wahrscheinlicher werden.

Der ASB hat den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz seit Jahrzehnten im Fokus seiner Bemühungen, doch es bedarf weiterer gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen und Ressourcen, den enormen Folgen des Klimawandels und den damit unausweichlich verbundenen Katastrophen besser gewappnet entgegenzutreten. Wir bleiben dran!

Das THW-Jahr 2021 – außergewöhnlich und anspruchsvoll

Mit zahlreichen Einsätzen im In- und Ausland leisteten die THW-Kräfte im Jahr 2021 mehr als drei Millionen Einsatzstunden – knapp dreimal so viel wie im Vorjahr. Ein Rückblick auf ein einsatzstarkes Jahr



Kernkompetenz Brückenbau: Bereits 22 Behelfsbrücken wurden bis Ende 2021 an zahlreichen von der Flutkatastrophe betroffenen Orten fertiggestellt. (Foto: THW / Marcel Kroke)

Sturmtief Bernd

2021 war geprägt durch den größten Einsatz der THW-Geschichte – die Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen im Juli des vergangenen Jahres. In nur wenigen Stunden verwandelte der Starkregen Bäche in reißende Fluten, die alles zerstörten, was ihnen im Weg stand. Mehr als 16.500 THW-Kräfte kamen in die Katastrophengebiete und halfen, den Betroffenen ein Stück Normalität zurückzugeben. In den ersten Stunden galt es möglichst viele Menschen zu retten und Staudämme zu sichern. Mit sinkendem Pegel verlagerte sich der Fokus auf die Infrastruktur.

Die Einsatzkräfte räumten Schutt und Geröll, sicherten die Trinkwasser- und Stromversorgung und bauten bis Ende 2021 insgesamt 22 neue Behelfsbrücken. Von der Hochleistungspumpe bis zur Ölschadensbekämpfung – alle Fachexperten des THW waren in den Krisengebieten gefragt. Die Ehrenamtlichen des THW leisteten dabei rund 2,5 Millionen Einsatzstunden.

Weiter im Corona-Einsatz

Neben vielen kleineren Einsätzen sowie der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest begleitete das Thema Corona die THW-Kräfte auch im Jahr 2021. Die weiterhin hohen Inzidenzwerte und die Entstehung neuer Virusvarianten trugen dazu bei, dass das THW immer wieder neu im Einsatz gegen die Pandemie gefordert war. Die Einsatzschwerpunkte entwickelten sich dabei synchron mit der Corona-Lage. Zu Beginn der Pandemie im Jahr 2020 lag der Fokus des THW auf der Fachberatung und Logistik. Die Einsatzkräfte konzentrierten sich auf die Verteilung und den Transport von Schutzausrüstung für den Bund. Im weiteren Verlauf der Pandemie veränderten sich die Einsatzaufgaben. 2021 errichteten Einsatzkräfte des THW vor allem Test- und Impfzentren sowie Hilfskrankenhäuser, organisierten den Transport von Tests sowie Impfbühnen und berieten in Bund und Land. Bei der Bekämpfung der Pandemie haben THW-Fachleute seit März 2020 so schon mehr als 154.000 Helfertage geleistet.

Hilfe weltweit

Auch international war die Unterstützung des THW 2021 gefragt. Einsatzkräfte des THW versorgten im Auftrag des Auswärtigen Amtes Ministerien von fünf Republiken auf dem Westbalkan mit Sars-Cov-19-Schnelltests. Zudem zeigten die langjährigen Kooperationen mit den Partnerländern Irak, Tunesien und Jordanien ihre Wirkung: Die lokalen Ein-

satzkräfte setzten Gelerntes an vielen Stellen eigenständig um, zum Beispiel um die Corona-Pandemie einzudämmen. Expertinnen und Experten aus dem Auslandsreferat standen ihnen dabei digital zur Seite. Im Auftrag der Bundesregierung unterstützten THW-Helferinnen und -Helfer außerdem die deutschen Feuerwehrkontingente nach den verheerenden Bränden in Griechenland in den Bereichen Logistik sowie Materialerhaltung und -instandsetzung.

Investition in die Zukunft des Katastrophenschutzes

Damit die Einsatzbereitschaft der Ehrenamtlichen auch zukünftig sichergestellt ist, hat das THW 136 Millionen Euro an Fördermitteln aus dem Konjunkturpaket in die Modernisierung seiner Ausstattung sowie Infrastruktur investiert. Von dem Geld schaffte das THW unter anderem rund 1.000 neue Einsatzfahrzeuge an – eine in diesem Umfang bislang einmalige Modernisierung des THW-Fuhrparks. Weitere Projekte sind bereits geplant: Bundesweit entstehen vier neue Logistikzentren. Diese werden auch medizinische Schutzausstattung für die Nationale Reserve Gesundheitsschutz (NRGS) vorhalten. Das THW und das Bundesministerium für Gesundheit zeichneten dazu im November eine Vereinbarung. Über die bundesweit verteilten und gut verkehrsangebundenen THW-Logistikzentren ist die persönliche, medizinische Schutzausstattung künftig jederzeit verfügbar, wenn eine Notlage dies erforderlich macht. Das THW leistet damit seinen Beitrag gegen Engpässe, wie sie beispielsweise zu Beginn der Corona-Pandemie auftraten. Damit steht Material zum Gesundheitsschutz künftig noch schneller dort zur Verfügung stehen, wo es gebraucht wird.

Ehrenamt macht's möglich

Möglich war und ist die Hilfe des THW nur durch die 80.000 ehrenamtlichen Einsatzkräfte, die sich in ihrer Freizeit im Katastrophenschutz engagieren. Das freiwillige Engagement unzähliger Menschen ist der Stützpfiler des ehrenamtlich getragenen Zivil- und Katastrophenschutzes. Im Jahr 2021 konnte das THW bundesweit 8.000 neue Helferinnen und Helfer begrüßen. Damit hat sich die Zahl der Neueintritte zum Vorjahr verdoppelt. Ein Großteil davon hat bereits die THW-Grundausbildung absolviert. Grund für den Anstieg ist mitunter auch die aktuelle bundesweite Werbekampagne „Deine Zeit ist jetzt.“ Seit Kampagnen-Beginn im September 2020 haben sich rund 15.000 Interessierte über die Website „jetzt.thw.de“ neu registriert. Ein Drittel davon waren Frauen. Unter dem Slogan „Lasst uns übers Machen sprechen“ startete 2021 eine weitere Kampagne des THW. Statt gezielt neue Einsatzkräfte für das THW anzuwerben, wurde hierbei die Öffentlichkeit über die herausragenden Leistungen der ehrenamtlichen Einsatzkräfte informiert. Der Aufwärtstrend zeigte sich ebenfalls im Bundesfreiwilligendienst, wo im Jahr 2021 mehr als 800 neue „Bufdis“ im THW Dienst leisteten.

2022: Gemeinsam weiter wachsen

Das kommende Jahr wird von zwei großen Themen beeinflusst, die viele Prozesse von Grund auf verändern werden: Klimaschutz und Digitalisierung. Der Starkregen hat gezeigt, wie wichtig Klimaschutz ist und was Extremwetterereignisse für Folgen haben können.



Hand in Hand: Alle 668 THW-Ortsverbände waren zur Bekämpfung der Schadenslage nach der Flutkatastrophe vor Ort.
(Foto: THW / Maximilian Christ)

Als Katastrophenschutzorganisation bedeutet Klimaschutz für das THW zum einen auf die Folgen des Klimawandels vorbereitet zu sein und seine Einsatzkapazitäten ständig an Veränderungen anzupassen. Und zum anderen den eigenen ökologischen Fußabdruck möglichst zu verringern und einen Beitrag zur klimaneutralen Bundesverwaltung bis 2030 zu leisten. Zur Koordinierung und Umsetzung der vielfältigen Aufgaben wurde hierzu letztes Jahr ein Klimabeauftragter bestellt. Dieser wird künftig von einem Team unterstützt, um die Herausforderungen in den Bereichen Einführung eines Umweltmanagementsystems, klimaneutrale Liegenschaften, Mobilität und nachhaltige Beschaffung zu bewältigen sowie das Umweltbewusstsein noch tiefer im THW zu verankern.

Das zweite bestimmende Thema ist die Digitalisierung. Das THW wird sich in Richtung E-Government entwickeln. Dadurch wird der Zugang zu den Leistungen des THW unkomplizierter und zeitlich unabhängiger. Auch die Einführung der E-Akte ist ein erster wichtiger Schritt in Richtung Zukunft. Im Landesverband Nordrhein-Westfalen wird diese momentan erprobt, um bald flächendeckend, einheitlich arbeiten zu können. Ein digitaler Meilenstein ist jedoch bereits 2021 gelungen: Der THW-eigene Messenger-Dienst hermine@thw feierte sein einjähriges Bestehen. Rund 33.000 THW-Angehörige nutzen den Messenger, um im Einsatz und im Alltag in Kontakt zu bleiben und sich bundesweit zu vernetzen. Der Messenger ist neben der Einführung der E-Akte eine von mehreren Maßnahmen hin zu einem digitalen und moderneren THW.



Bevölkerungsschutz Baden-Württemberg: Elf neue Fahrzeuge für Einsatztaucher der DLRG

Damit im Einsatz alles reibungslos ineinandergreift, braucht es nicht nur gut trainierte Teams. Die eingesetzten Fahrzeuge müssen den Ablauf optimal unterstützen. Das Innenministerium des Landes Baden-Württemberg hat gemeinsam mit den Landesverbänden Baden und Württemberg der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) ein Fahrzeug konzipiert, das die Bedürfnisse der Wasserrettung in der täglichen öffentlichen Gefahrenabwehr und im Katastrophenschutz abdeckt.

Das Allrad-Fahrzeug mit sechs Sitzplätzen bietet Platz für einen Tauchtrupp inklusive vier Trockentauchausrüstungen. Das gesamte Tauchmaterial sowie weiteres Material für die Notfallmedizinische Versorgung (Notfallkoffer, AED, Spineboard) ist ebenso untergebracht, wie ein kleiner Pavillon. Dieser bietet Schutz vor Witterung in Pausenzeiten. Weiterhin wurde im Heck des Fahrzeugs eine zusätzliche Klimaanlage eingebaut – eine Lehre aus vergangenen Einsätzen: Nach den Hochwassereinsätzen an der Elbe im Jahr 2013 und der Kocher 2016 mussten die Taucher aufgerüstet lange Bereitstellungszeiten überbrücken, oft in der prallen Sonne. Das zulässige Gesamtgewicht des neu konzipierten Fahrzeugs beträgt fünf Tonnen. Die DLRG kann die notwendigen Fahrer folglich in Eigenregie ausbilden und das Fahrzeug kann im Einsatzfall auch von jüngeren Einsatzkräften sicher geführt werden.

Elf Fahrzeuge übergeben

Am 14. Juli 2021 übergab der Staatssekretär im Landesinnenministerium Wilfried Klenk insgesamt elf Fahrzeuge im Wert von je 125.000 Euro (ohne Ausrüstung) feierlich an die DLRG. „Es ist gerade das ehrenamtliche Engagement in den Hilfsorganisationen, das den Bevölkerungsschutz trägt und ohne das der Schutz der Bevölkerung bei großen Schadenslagen oder gar Katastrophen nicht funktionieren würde“, sagte Klenk Fahrzeugübergabe an den Präsidenten der DLRG Baden-Württemberg, Armin Flohr, und den Vizepräsidenten der DLRG Baden, Heinz Thöne.

Seither sind diese in den Wasserrettungszügen des Landes im Dienst und konnten ihre Vorzüge bereits bei ersten Einsätzen unter Beweis stellen. Wie wichtig gut ausgerüstete Einheiten der Wasserrettung in Gefahrenabwehr und Katastrophenschutz sind, wurde nur wenige Stunden nach der Übergabe deutlich, als in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zahlreiche Orte binnen kürzester Zeit überflutet wurden.



Der Staatssekretär im Landesinnenministerium Wilfried Klenk übergab insgesamt elf Fahrzeuge im Wert von je 125.000 Euro (ohne Ausrüstung) feierlich an die DLRG. (Foto: DLRG)

Mit Investitionen wie der in die neuen Fahrzeuge für die Einsatztaucher wappnet sich Baden-Württemberg auch für Einsätze infolge solcher Extremwetterereignisse. Bisher hat das Land für die Wasserrettungszüge der DLRG zur Verfügung gestellt:

- Strömungsrettergruppen-Fahrzeuge mit einem 2,5-Tonnen-Anhänger für die Ausrüstung der Spezialisten für die Rettung in schnell fließenden Gewässern
- Bootgruppen-Fahrzeuge (Allrad) mit jeweils einem Hochwasserboot
- Gerätewagen Wasserrettung (wie in diesem Artikel beschrieben)
- Vereinzelt Führungsfahrzeuge

„Neben engagierten und gut ausgebildeten Menschen braucht es zur Bewältigung der Herausforderungen im Bevölkerungsschutz auch eine umfassende, technisch moderne und für die vielfältigen Einsatzzwecke geeignete Ausstattung. Daher ist es dem Land und auch mir persönlich ein besonderes Anliegen, die Katastrophenschutz-einheiten in Baden-Württemberg im Rahmen des finanziell Möglichen so auszustatten, dass sie im Schadensfall schnell und effektiv Hilfe leisten können“, betonte Staatssekretär während der Fahrzeugübergabe im Juli.

Zudem trage eine moderne und gute Ausstattung erheblich zur Motivation der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer bei. Sie sei das Rüstzeug für ihre wichtige Aufgabe. Klenk: „Wer engagiert arbeitet, braucht auch gutes Material und moderne Technik.“

Wasserrettung im Katastrophenschutz

In Baden-Württemberg ist die Wasserrettung ein eigener Fachdienst im Katastrophenschutz. Bewusst sind kleine, flexible und vielseitige Züge gebildet worden, die mit 26 Einsatzkräften über eine Führungs-, Strömungsrettungs-, Boots- und Tauchgruppe verfügen. Bei größeren Szenarien werden zwei Zügen an einer Einsatzstelle zusammengeführt. Eingebettet in die baden-württembergische Gesetzgebung nach dem Landeskatastrophenschutzgesetz, die seit Kurzem eine „Außergewöhnliche Einsatz-Lage“ (AEL) und einen „Außergewöhnlichen Einsatz-Alarm (AEA)“ vorsieht, ist der Einsatz unterhalb des Katastrophenalarms vorgesehen. Das Ziel ist der schnelle lokale Einsatz von Katastrophenschutzhel-

fern unter Lohnfortzahlung, was bisher nur für Feuerwehr und THW möglich war. Die Reaktionszeit für spontane Ereignisse soll verkürzt werden, zum Beispiel für einen Einsatz bei größeren Starkregen.

Der formale Ausruf eines Katastrophenschutz-Alarms über die Politik hat in der Vergangenheit zu lange gedauert und die Hilfe verzögert. Dies ist jedoch weiterhin für größere und länger besehende Lagen vorgesehen.

Die DLRG Landesverbände Baden und Württemberg bedanken sich für die gute Kooperation mit dem Land Baden-Württemberg und sehen die Wasserrettung im Bereich Katastrophenschutz zurzeit gut aufgestellt.

Eckdaten zu den Fahrzeugen:

- Fahrgestell Mercedes-Benz Sprinter Typ 519 CDI
- Kastenwagen mit Hoch-Dach und Rundumverglasung
- Länge 6967 mm, Breite 2020 mm, Höhe 3090 mm
- Zulässige Gesamtmasse 5 t
- Dieselmotor Euro VI
- Antriebsleistung 140 KW (190 PS)
- Allradantrieb, Automatikgetriebe
- Klimaanlage und Standheizung
- Sitzplätze in drei Reihen
- Regalsystem für die Unterbringung des organisations-eigenen Materials für Rettungstaucher (auch für Eisrettung)
- Finanzierungsvolumen rund 1,3 Mio. Euro (ca. 120.000 Euro je Fahrzeug)

Thomas Ruhland/Martin Holzhause



Ausstellung: Geschichtsprojekt trägt in Dömitz (MV) Puzzleteile zusammen

Feuerwehren erforschen in Projekt „Feuerwehren in der NS-Zeit“ eigene Vergangenheit

Im Rahmen des vom Deutschen Feuerwehr-Museum (DFM) betreuten Projekts „Feuerwehren in der NS-Zeit“

hatten sich Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Dömitz (Mecklenburg-Vorpommern) seit Oktober 2019 mit der Geschichte der Dömitzer Feuerwehr und der Gemeinde Dömitz im Nationalsozialismus beschäftigt. Die Ergebnisse wurden einen Monat lang mit der Ausstellung „Die

Feuerwehr Dömitz im Nationalsozialismus“ in den Schaufenstern von leerstehenden Geschäften in der knapp 3.000 Einwohner zählenden Gemeinde gezeigt. Zudem gab es kopierte Archivalien zum Mitnehmen für Interessierte, um sich intensiver mit dem Thema zu beschäftigen und die Verweildauer vor den einzelnen Stationen zu verringern.



DFV-Präsident Karl-Heinz Banse (vorne) und DFV-Vizepräsident Frank Hachemer besichtigten die Schaufenster-Ausstellung in Dömitz. (Foto: DFV)

„Hier zeigt sich eindrucksvoll, dass geschichtliches Engagement nicht an das Vorhandensein großer Archive gebunden ist – jedes Puzzleteil zählt! Umso persönlicher sind die Ergebnisse, die gefunden wurden“, würdigte DFV-Präsident Karl-Heinz Banse bei der Besichtigung der Stationen. „Dem Deutschen Feuerwehrverband ist es wichtig, dass die Feuerwehren ihre eigene Vergangenheit kennen, um so für die Zukunft in alle Richtungen sensibilisiert zu sein und für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzustehen“, ergänzte er.

„Mich sprechen vor allem die soziologischen Hintergründe an: Was hat die Menschen bewegt, in diesem System damals

so zu handeln, wie sie gehandelt haben? Das kann wichtige Erkenntnisse für uns heute bringen – auch in den Feuerwehren“, fügte der für den Fachbereich Brandschutz- und Feuerwehrgeschichte zuständige DFV-Vizepräsident Frank Hachemer hinzu.

„Die Materialbeschaffung war schwierig“, erklärte Dr. Clemens Tangerding von der Justus-Liebig-Universität Gießen, der das Projekt wissenschaftlich betreut: „Da Dömitz ein kleiner Ort ist, existieren nicht besonders viele Archivalien in deutschen Archiven. Wir hoffen, dass die wenigen Dokumente, die wir finden konnten, einen umso stärkeren Eindruck hinterlassen haben.“ „Anfangs dachten wir, dass wir kaum etwas Neues über Dömitz finden würden“, hatte der Wehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Dömitz, Enrico Frenz, zur Ausstellungseröffnung berichtet. „Am Ende waren wir erstaunt, wie viel Unbekanntes doch noch in Archiven, Büchern und selbst in unseren eigenen Dokumenten zu finden war.“

Die Vertreter der Freiwilligen Feuerwehr Dömitz konnten vor Ort auch Rolf Schamberger, Leiter des Deutschen Feuerwehr-Museums, Maik Szymoniak, Landesgeschäftsführer des Landesfeuerwehrverbandes Mecklenburg-Vorpommern, und Rudolf Römer, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Feuerwehrverbandes, durch die Ausstellung führen.

Das bundesweite Projekt „Feuerwehren in der NS-Zeit“ gibt Freiwilligen Feuerwehren im ganzen Bundesgebiet die Möglichkeit, die Geschichte ihrer eigenen Wehr zur Zeit des Nationalsozialismus aufzuarbeiten. „Gerade diese auf lokaler Ebene zusammengetragenen Puzzlesteine sind für das Gesamtbild einer Epoche unerlässlich. Hier finden sich die Menschen vor Ort wieder“, erklärte DFM-Leiter Schamberger. Kooperationspartner sind das Deutsche Feuerwehr-Museum Fulda, der Deutsche Feuerwehrverband und die Justus-Liebig-Universität Gießen. Das Projekt wird bundesweit gefördert vom Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie für Dömitz durch die Bausch-Stiftung in Neu Kaliß. Informationen: <https://einsatz-geschichte.de/>.

DFV wieder im Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ aktiv

„Faktor 112“ meldet sich zurück – Stark machen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Kultur

Der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) wird sein Engagement im Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (Z:T) wieder intensivieren. „Mit ‚Faktor 112‘ werden wir wieder aktiv die Projekte unterstützen, die unsere Landesfeuerwehrverbände im Rahmen des Förderprogramms Z:T des Bundesministeriums des Innern und für Heimat eigenständig realisieren“, erklärt DFV-Präsident Karl-Heinz Banse. Er erläutert, dass das verstärkte Einbringen von



Logo „Faktor 112“. (Quelle: DFV)

„Faktor 112“ bereits seit Herbst vergangenen Jahres vorbereitet wurde. Seit Anfang Januar dieses Jahres steht hierfür nun auch Personal zur Verfügung. Mit dem Bundesprogramm Z:T sollen vor allem in ländlichen und strukturschwachen Gebieten Aktivitäten unterstützt werden, die sich für den gesellschaftlichen Zusam-

menhalt und die demokratische Kultur stark machen. Der Deutsche Feuerwehrverband möchte zusammen mit den Landesfeuerwehrverbänden die dort bereits bestehenden Projekte weiterentwickeln und auch neue Ideen verwirklichen. Diese Projekte setzen vor allem auf Gewalt- und Extremismusprävention. Aktuell in den Feuerwehren diskutierte Themen sind unter anderem die zum Teil verschwörungsideologisch und rechtsextrem motivierten „Corona-leugnerinnen- und leugner“-Demonstrationen sowie die damit einhergehende Gewalt und Beleidigungen von Einsatzkräften in Ausübung ihrer Tätigkeit.

Der DFV-Präsident freut sich: „Viele Landesfeuerwehrverbände haben bereits eigene Strukturen der Prävention und Mediation aufgebaut. Die Kampagne ‚Faktor 112‘ wird sie darin bestärken und gemeinsam mit ihnen neue Ziele verwirklichen.“



Logo des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“
(Quelle: DFV)

Zuständiger Ansprechpartner beim DFV ist Conrad Wilitzki. Er ist unter Telefon (030) 28 88 48 8-33 sowie per E-Mail unter wilitzki@dfv.org erreichbar. Informationen zum Projekt gibt es unter <https://www.feuerwehrverband.de/kampagnen/faktor-112/>.



JOHANNITER
Aus Liebe zum Leben

Erkundungstrupp Luft

Die Johanniter im Regionalverband Mecklenburg-Vorpommern West erhielten im August 2020 die besondere Anerkennung zur Mitwirkung im Katastrophenschutz des Landkreises Nordwestmecklenburg

Eine Drohnstaffel, bestehend aus Drohnen des Typs Yuneec H520 und mindestens acht Helfern, wird seitdem als „Erkundungstrupp Luft“ (kurz „ErkTr-L“) eingesetzt. Bei dieser unbemannten Aufklärung stellen hochauflösende Thermalkameras, die im nahen Infrarotbereich die für die Personensuche notwendige Bild und Thermalauflösung liefern, einsatztaugliche Bilder bereit. Ebenfalls möglich sind punktgenaue Temperaturmessungen aus der Luft. Im Rahmen des Katastrophenschutzes unterstützen die Drohnen bei Unfallsituationen im schwer zugänglichen Gelände bei der Menschensuche, dem Leiten von Einsatzkräften und vielen weiteren Einsatzszenarien. Vom Standort „Rettungswache Wismar/Redentin“ aus bietet sich so die aktive Unterstützung von Feuerwehr, Rettungsdienst, Polizei und Behörden an.

Die ersten beiden Einsätze erfolgten gleich am Strand- und Wasserbereich der Ostsee auf Poel und in Boltenhagen. Seitdem ist der „Erkundungstrupp Luft“ im gesamten Landkreis Nordwestmecklenburg mit einem Team aus 20 Personen zuzüglich acht geschulten Drohnenpiloten aktiv. „Die Leitung der Drohnstaffel“ ist mein ehrenamtlicher Beitrag im Katastrophenschutz. Nichts macht glücklicher, als gemeinsam mit einem tollen Team so Menschenleben zu retten“, sagt Karten Müller, Leiter der Drohnstaffel in Wismar.

Die Drohne H520 besticht durch einen robusten Aufbau mit einem 6-Rotoren-System, dass auch bei Ausfall eines Rotors oder bei Wind und Turbulenzen – bis Windstärke vier – einen stabilen und äußerst präzisen Flug sicherstellt. Ein stö-

rungsarmer Präzisionskompass und fast 30-minütige Flugzeit prädestinieren sie ebenfalls für den Einsatz im Katastrophenschutz. Ein leistungsfähiger U-Blox-Prozessor ermittelt dabei jederzeit die präzise Position des H520 anhand der GPS-, Glonass- und Galileo-Satellitensysteme, sodass Drohne und gegebenenfalls die vermissten Personen genau auffindbar sind.

In Übungseinsätzen der Johanniter-Drohnenstaffel – zum Beispiel auf großen Wiesenflächen mit zahllosen Wassergräben und dicht bewucherten Waldgebieten (in denen etwa 10 Meter über den Baumwipfeln geflogen wird) – zeigte



Drohne im „Erkundungstrupp Luft“.
(Foto: JUH)

sich, die Effizienz gegenüber der reinen Suche durch Menschen in einem klaren Zeitvorteil. Das Kamerasystem liefert professionelle Bilder (Livebild ihrer Kamera in 720p HD), die sich selbst für Kinofilm- und Fernsehübertragungen eignen. Müssen Unfallstellen stationär über einen längeren Zeitraum aus der Luft überwacht werden, gibt es die Möglichkeit die H520 dauerhaft kabelgebunden mit Strom zu versorgen. Um vielen Beteiligten die gleichen Bildinformationen zu geben, kann die Drohne einfach per HDMI an größere Ausgabegeräte angebunden werden. Dadurch können zum Beispiel lokale mobile Einsatzzentralen aufgebaut oder das Livesignal genutzt werden – ideal zum Beispiel, wenn bei Großschadenslagen das einheitliche Führen einer Vielzahl von Einheiten unterschiedlicher Organisationen durch die Erkundung mit Drohnen aus der Luft bewältigt wird.

Unter der Leitung des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg geschah dies zuletzt im Herbst 2021 bei einer Ölwehrübung in Hohen Wiesendorf (Landkreis des Landkreises Nordwestmecklenburg).

„Ausgegangen wurde dabei von einem angenommenen Schiffsunfall, bei dem mehrere hundert Liter Öl in die Ostsee gelangt sind. Schwerpunkt war, neben der praktischen Beherrschung der Geräte zur Ölbekämpfung, vor allem die Koordinierung aller eingesetzten Kräfte, sowie das Zusam-

menwirken der verschiedenen Behörden bei der Bewältigung einer Großschadenslage durch eine mobile Einsatzleitstelle“, sagt Florian Haug, Leiter Brand- und Katastrophenschutz des Landkreises Nordwestmecklenburg.

Neue Johanniter-Drohnenstaffel wird Rettungshundestaffel Stralsund/Rügen unterstützen

In der Fläche ersetzt ein Hund etwa 40 bis 50 Helfer und kann in 15 Minuten bis zu 30.000 Quadratmeter absuchen. Besonders die Trümmersuche stellt für die Hunde eine

große Herausforderung dar: Aus einer Vielzahl anderer Gerüche muss der Rettungshund die menschliche Witterung eines Opfers unter meterdicken Trümmerschichten erkennen. Hier können die Wärmebildkameras der Drohnen ebenfalls unterstützen. 2021 gab es 22 Einsätze für die Johanniter Rettungshundestaffel im Regionalbereich Mecklenburg-Vorpommern Nord, die in den Katastrophenschutz der Hansestadt Stralsund eingebunden ist. In diesen wurde überwiegend nach demontierten und suizidgefährdeten Personen gesucht. Zusätzlich unterstützten die engagierten, ehrenamtlichen Staffelmithglieder mit 19. Maht-Einsätzen dabei mehr als 80 Rehkitze sowie unzählige Wildvögel-Küken und -Eier auf mehr als 1.400 Hektar Land vor Mähreschern zu schützen. Daraus ergab sich die Planung, auch in diesem

Bereich mit Drohnen aktiv bei der Suche nach vermissten Personen zu unterstützen, wenn z. B. Maisfelder durchsucht werden sollen, ohne die heimische Tierwelt zu gefährden.

Erfolgreiche Spürnasen

Die Johanniter-Rettungshundestaffeln sind an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr einsatzbereit. Als Fachdienst im Rahmen des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes betreiben die nach DIN 13050 zertifizierten Rettungshundeteams in Zusammenarbeit mit der Polizei und den Feuerwehren die Personensuche nach Vermissten. Nur mit gültiger Zertifizierung dürfen die Rettungshundeteams in den Einsatz gehen und werden über die jeweilige Leitstelle angefordert. Die Ausbildung zum Rettungshund dauert rund zwei Jahre und wird mit der Rettungshundeprüfung abgeschlossen, die alle 24 Monate aufgefrischt werden muss. 2003 startete die Rettungshundestaffel mit vier Mitgliedern und deren Hunden in Stralsund. Mittlerweile trainieren 11 aktive Johanniter mit 6 Hunden regelmäßig zwei Mal wöchentlich: Sie suchen vermisste Personen, zum Beispiel in unwegsamem Gelände, in Waldgebieten oder sogar unter Trümmern. Typische Einsätze sind die Suche nach Kindern oder nach desorientierten älteren Menschen, die sich verlaufen haben.



Malteser

...weil Nähe zählt.

Christian Danner beim Malteser Fahrsicherheitstraining



Training mit Ex-Formel-1-Rennfahrer Christian Danner.
(Foto: Richardt / Döpjohann / Malteser)

Rettungswagen und Formel 1 passen nicht zusammen? Wenn es ums Beherrschen des Fahrzeugs in schwieriger Situation geht, dann doch. Deshalb gehören Fahrtrainings zur Aus- und Fortbildung von Malteser Rettungskräften dazu. Aber ein Training mit Ex-Formel-1-Rennfahrer-Christian Danner ist schon die Ausnahme. Für zehn zufällig ausgewählte Mitarbeitende der Malteser fand genau das am 29. September auf einer Teststrecke im westfälischen Selm statt. „Die Stresssituation im Rettungsfahrzeug, wo es um Leben und Tod gehen kann, ist ganz anders als normales Fahren; und nach dem Fahren dann gleich kranke und verunglückte Menschen versorgen! Ich habe riesigen Respekt davor, wie die Rettungskräfte mit diesen beiden Stresssituationen so gut klarkommen“, lobte der

Formel-1-Co-Kommentator bei RTL, der sich neben die Retter ans Steuer setzte und ihnen wertvolle Tipps für extreme Fahrsituationen gab. „Es ist echt etwas anderes, wenn man das Fahrsicherheitstraining bei Christian Danner absolviert, der das seit Jahrzehnten macht. Er ist absolut super im Erklären“, sagt Torsten Schell, Rettungsassistent aus Sankt Augustin. „Ein absolutes Highlight“, waren sich die Malteser Rettungsdienstler am Ende des Tages einig und konnten die Gewissheit mitnehmen, auf die nächste besonders knifflige Situation im Straßenverkehr noch besser vorbereitet zu sein. An diesem Tag ist ein umfangreiches Video entstanden, welches auf dem YouTube-Kanal der Malteser zu finden ist. Dieses ist hier zu finden: www.youtube.com/MyMalteser.

Christoph Zeller



Regieeinheit, Freiwillige- und Berufsfeuerwehr Neumünster gemeinsam auf dem neuen Einsatzleitwagen 2 im Einsatz



Der Einsatzleitwagen 2 Neumünster.
(Foto: Feuerwehr Neumünster)

Im Juni 2021 war es endlich soweit. Aus der landesweiten Beschaffung mit 7 Einsatzleitwagen des Landes Schleswig-Holstein fand einer der neuen Einsatzleitwagen 2 (ELW 2) Einzug in den Standort der Berufsfeuerwehr Neumünster im Gefahrenabwehrzentrum.

Bereits im Jahr 2016 fand sich eine Arbeitsgruppe aus den Landesteilen Schleswig-Holsteins zusammen, um den Bedarf eines neuen Einsatzleitwagen 2 zu planen und umzusetzen.

Bislang wurde in den Landkreisen und kreisfreien Städten, Technik und Fahrzeuge eingesetzt, die den heutigen technischen und einsatztaktischen Anforderungen nicht, bzw. kaum noch erfüllen konnten.

Zusammen wurde dann ein sehr gutes Arbeitsergebnis, mit einem neuen innovativen und technisch auf neuestem Stand ausgestatteten ELW 2 erzielt.

Um die unterschiedlichen Größenanforderungen der neun beteiligten Kreise und kreisfreien Städte zu erfüllen, bot die

Firma Ewers Karosserie- und Fahrzeugbau GmbH eine ideale Lösung. Von insgesamt drei Aufbauvarianten sind zwei Varianten beauftragt und ausgeliefert worden. Die zwei unterschiedlichen Fahrzeugtypen unterscheiden sich im Wesentlichen durch einen starren, festen Aufbau und einen Aufbau mit klappbaren Seitenelementen. Dadurch wird der Platzbedarf im operativem Lage- und Besprechungsraum auf knappe 20 qm erweitert. In Neumünster hat man sich für die ausklappbare Variante entschieden.

Technik und Ausstattung

Der ELW 2 wurde landesweit auf Basis eines MAN Fahrgestell mit einem zulässigen Gesamtgewicht von 12 t ausgeliefert. Er ist zehn Meter lang, zweieinhalb Meter breit und dreieinhalb Meter hoch. 250 PS und ein 12-Gang-Automatikgetriebe sorgen dafür, dass der ELW 2 schnell genug am Einsatzort eintrifft. Neben etlichen Sicherheitsausstattungen wie ABS, ASR, ESP, und einer Winterfahrhilfe wurde eine Rückfahr- und Frontkamera installiert. Ein 15,6 kVA Stromerzeuger liefert ausreichend Energie, um die Technik im Einsatz mit Strom zu versorgen. Ein von außen zugänglicher Anschlusskasten bildet die Schnittstelle für Internet, LAN und HDMI Kabel, um das Betreiben einer ortsfesten TEL in einem Gebäude zu ermöglichen.

Ebenso ist die typische rote Kennzeichenleuchte für die Einsatzleitung auf einem ausfahrbaren Antennenmast für den TMO-Funkbetrieb installiert

Der Innenbereich ist in drei Bereiche aufgeteilt. Hinter der Fahrerkabine, die für drei Personen zugelassen ist, befindet sich der Funk- und Technikraum des ELW 2. Dort finden drei Einsatzkräfte ihren Platz. Zwei der drei Sitze sind für eine Nutzung während der Fahrt zugelassen.

Neben Funkkopplern, drei Car-PCs, Servern und Netzwerktechnik finden sich drei Tischfunkgeräte der Firma SEB auf jedem Arbeitsplatz wieder. Zusätzlich zum Digitalfunk ist

der ELW 2 mit einer Satellitenanlage, einem Seefunkgerät, mobiler Internetanbindung und mit einer eigenen Telefonanlage ausgestattet. Eine Klimaanlage sorgt auch bei warmen Umgebungstemperaturen für ausreichende Kühlung im gesamten Innenbereich. Der elektrotechnische Aus- und Einbau wurde durch die Firma B&T Solutions GmbH durchgeführt.

Im mittleren Teil, welcher auch den Eingangsbereich darstellt, befindet sich der Sichterplatz. Der Platz ist mit einem Multifunktionsdrucker und mit Handsprechfunkgeräten (HRT) für die Einsatzabschnittsleiter ausgestattet. Der knapp 20 qm große Lage- und Besprechungsraum bietet ausreichend Sitzplätze für 10 Einsatzkräfte. Neben einer großen Besprechunginsel werden 4 mobile Klapptische aufgebaut. Der ELW 2 bietet ein eigenes WLAN – Netzwerk, eingebaute Tischlamps ermöglichen außerdem die Versorgung von Notebooks mit Strom, Netzwerk und den Anschluss per HDMI an einen Beamer. Für jede Einsatzfunktion wird ein separates Notebook vorgehalten. Ein TV Gerät und eine große Lagekartenwand gehören ebenfalls zur Ausstattung.

Haupt- und Ehrenamt zusammen in einer Einheit im Einsatz

Auf dem Gelände des Gefahrenabwehrzentrums (GAZ) der Stadt Neumünster haben der Fachdienst Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz, der Stadtfeuerwehrverband und eine von sechs freiwilligen Feuerwehren einen gemeinsamen Standort in Neumünster.

Die Regieeinheit des Katastrophenschutzes der Stadt Neumünster untersteht unmittelbar dem Fachdienst Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz. Sie ist eine Einheit der örtlichen Katastrophenabwehr mit umfangreichem Aufgabenspektrum und arbeitet eng mit den Feuerwehren, den anderen Katastrophenschutzeinheiten, der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk und der Polizei in der täglichen Gefahrenabwehr zusammen.

Sie kann sowohl in ihrer Gesamtheit als auch in ihren einzelnen taktischen Funktionskomponenten in diverse Einsatzszenarien eingebunden werden.

Das Aufgabenspektrum der Regieeinheit umfasst:

- Betreuung und Verpflegung betroffener Bevölkerung, z.B. bei Evakuierung
- Betreiben von Notunterkünften
- Versorgung der Einsatzkräfte
- Energieversorgung und Beleuchtung
- Einsatzstellenabsicherung
- Trinkwassernotversorgung
- Transport von Verbrauchsgütern und Material aller Art
- Transport von Personal

Die Regieeinheit unterteilt sich in unterschiedliche Fachgruppen: Führungstrupp, Logistik, Betreuung, Technik und eine Führungsunterstützungsgruppe.

Wird der ELW 2 alarmiert, rücken Einsatzkräfte der Berufsfeuerwehr, der freiwilligen Feuerwehr sowie Helferinnen und Helfer aus der Führungsunterstützungsgruppe zusammen aus.

„Besser können Synergien nicht entstehen ...“

Die eingesetzten Kräfte in der technischen Einsatzleitung (TEL), bzw. in der Führungsunterstützungsgruppe müssen dabei über ein umfangreiches Fachwissen verfügen. Jeder Kamerad oder Kameradin, jede Helferin oder Helfer deckt einen oder mehrere Aufgabenbereiche aus folgendem Spektrum ab: Lagekartenführung- und Darstellung, Funker, Führungsausbildung auf Niveau Gruppenführer freiwilliger Feuerwehr, Informations- und Kommunikationsausbildung, Einführung in die Stabsarbeit, technische Ausbildung am Gerät und Aggregat, spezielle Maschinisten Ausbildung, das Besetzen eines Kradmelders sowie IT und Dokumentation mit Führungsunterstützungssoftware und den Einsatz einer Drohne

Einsatzgebiete des ELW 2

Hauptsächlich kommen die Einsatzkräfte in der allgemeinen Gefahrenabwehr als Führungsunterstützung zum Einsatz. Ab der Eskalationsstufe 2 (Brandereignisse oder Technische Hilfeleistungen größer als Standard, also Löschzug der Berufsfeuerwehr plus zwei Freiwillige Feuerwehren im Einsatz an einer Einsatzstelle) werden die Einsatzkräfte der Einheiten mit dem ELW 2 alarmiert.

An der Einsatzstelle wird dann der Aufbau durchgeführt. Sobald die Einsatzbereitschaft hergestellt ist, begeben sich der Führungsassistent vom ELW 1 der Berufsfeuerwehr samt Einsatzleiter in den Lage- und Besprechungsraum des ELW 2 und führen von dort aus den Einsatz.

Neben der allgemeinen Gefahrenabwehr kann die Einheit auch als technische Einsatzleitung eingesetzt werden. Nicht nur im Stadtgebiet Neumünster, sondern auch landes- oder gar bundesweit, wie z.B. beim Elbehochwasser im Jahre 2013 in Havelberg (Sachsen-Anhalt).

Ausgehend von solchen Großereignissen entsteht das Einsatzkonzept eines mobilen Führungsstabes des Landes Schleswig-Holsteins. Hier besetzen die Kameraden/innen und Helfer/innen den ELW 2 und rücken als Vorauskommando in die betroffenen Katastrophengebiete aus. Im Juli 2021 ist beispielsweise ein Schwesterfahrzeug des Neumünsteraners ELW 2 bei der Hochwasserkatastrophe zum Einsatz gekommen, um die technische Einsatzleitung für das Kontingent aus Schleswig-Holstein zu unterstützen.

Als technische Einsatzleitung sind für den ELW 2 auch Lagen des Landes Schleswig-Holstein im Bereich der Schadstoffbekämpfung Wasser (Nord- und Ostsee) denkbar. Zudem laufen Planungen den ELW 2 auch als Redundanzebene der integrierten Leitstelle Neumünster einzusetzen. So können etwaige Ausfälle oder Störungen im Betriebsablauf der Leitstelle durch den ELW 2 aufgefangen oder gar kompensiert werden.

Jan Steinert,

Leiter der TEL Neumünster, integrierte Leitstelle und Digitalfunk, Einsatzleiter Berufsfeuerwehr

Schnelle Speerspitze der internationalen Hilfe nach Naturkatastrophen

Deutsche Hilfsorganisation @fire als weltweit erstes „USAR Light“-Team in der Erdbebenrettung von den Vereinten Nationen klassifiziert



Internationaler Katastrophenschutz Deutschland e.V.

Osnabrück / Genf, 25. November 2021
Als erstes internationales Such- und Rettungsteam der Kategorie „Light“ wurde die deutsche Hilfsorganisation @fire in den vergangenen Tagen von den Vereinten Nationen (UN) klassifiziert. Dazu durchlief ein 20-köpfiges Rettungsteam eine mehrtägige internationale Großübung für einen Rettungseinsatz nach Erdbeben in der Schweiz.

Ein verheerendes Erdbeben der Stärke 7.1 erschütterte am Sonntagmorgen um 9:36 Uhr Ortszeit die Republik Jureneva. Die örtliche Regierung geht von mindestens 2.300 Verletzten und 1.000 Toten aus. Rund 1.230 Menschen werden in den mehr als 1.500 eingestürzten Gebäude vermisst. So das Szenario der Übung „INSIEME 21“ der International Search and Rescue Advisory Group (INSARAG) der UN.

Nach einer ersten Lageeinschätzung durch den @fire-Heimatstab wird das @fire-Rettungsteam am Sonntag alarmiert und mobilisiert. Die Spezialisten für biologische und technische Ortung sowie für technische Rettung, ein Baufachberater, drei Rettungshunde, Logistiker und weitere Katastrophenspezialisten sammeln sich zum finalen Equipment-Check und medizinischen Untersuchungen im Rettungszentrum Waldkirch (BW). Am Montagmorgen verlegt das Team schließlich in das angenommene Einsatzgebiet, einem Übungsgelände der Schweizer Armee in Epeisses bei Genf (Schweiz). Dort angekommen, geht es zunächst darum, das Recepti-

on / Departure Centre (RDC) in Betrieb zu nehmen, über das alle ankommenden Rettungsteams in Empfang genommen und registriert werden. Zeitgleich wird eine kleine Zeltstadt als Operationsbasis (Base of Operations) für das @fire-Team aufgeschlagen. Die Basis dient als autarke Unterkunft und Einsatzzentrale, von der aus die einzelnen Einsatzstellen angefahren werden. Nach einer ersten Erkundung des Einsatzgebietes gilt es noch am Montagabend, die erste Einsatzstelle abzuarbeiten. Mit den Rettungshunden sowie technischem Ortungsgerät muss eine vermisste Person in einem eingestürzten Haus geortet und mittels eines Durchbruchs befreit werden. Bis in die späte Nacht hinein sind die Katastrophenhelfer mit der Rettung beschäftigt, bevor sie für eine kurze Nachtruhe in ihre Base of Operations zurückkehren. Weitere Einsatzstellen an verschiedenen eingestürzten Gebäuden folgen am Dienstag und in der Nacht zum Mittwoch. Dabei müssen weitere Vermisste gefunden und mittels vertikaler und horizontaler Durchbrüche durch stahlbetonierten Beton sowie unter Einsatz von pneumatischen Hebekissen, einer Winde oder Seiltechnik gerettet und erstversorgt werden. Auch der Bau von Abstützungen und die Zusammenarbeit mit einem Kran zählt zu den Aufgaben. Über 30 Prüfer aus 23 Ländern und internationale Beobachter bewerten die Katastrophenhelfer anhand der Vorgaben der INSARAG Guidelines. Neben der erstmaligen Klassifizierung von @fire als Light-Team, werden im Rahmen der INSIEME21 auch das Heavy-Team „Swiss Rescue“ aus der Schweiz und das Medium-Team „PUI“ aus Frankreich rezertifiziert.

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Rettungsarbeiten am Mittwochmorgen konnten die INSARAG-Vertreter den @fire-Kräften schließlich die offizielle Urkunde überreichen. Die Hilfsorganisation @fire ist damit das 58. klassifizierte USAR-Team und weltweit das erste Such- und Rettungsteam, das die Klassifizierung als Light-Team durchlaufen hat.

„Vor knapp 16 Jahren haben wir angefangen uns mit dem Thema USAR zu beschäftigen. Mit Meilensteinen in Haiti, Nepal und Beirut. Wir sind nicht nur Mit-

glied der internationalen USAR-Community geworden, sondern haben mit der Entwicklung eines Light-USAR-Teams Akzente gesetzt“, sagt @fire-Vorsitzender Jan Südmersen stolz. „Als Light-Team sind wir die schnelle Speerspitze der internationalen Hilfe nach verheerenden Naturkatastrophen.“

Weitere Informationen unter www.@fire.de.

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK),

Provinzialstraße 93, 53127 Bonn

Postfach 1867, 53008 Bonn

redaktion@bbk.bund.de

<https://www.bbk.bund.de>

Redaktion: Ursula Fuchs (Chefredakteurin),

Tel.: 022899-550-3600

Nikolaus Stein,

Tel.: 022899-550-3609

Petra Liemersdorf-Strunk,

Tel.: 022899-550-3613

Layout: Nikolaus Stein

Petra Liemersdorf-Strunk

Bevölkerungsschutz erscheint vierteljährlich (Februar, Mai, August, November), Redaktionsschluss ist jeweils der erste Werktag des Vormonats.

Auflage: 30.000 Exemplare

Vertrieb und Versand:

Bevölkerungsschutz wird kostenfrei geliefert. Bestellungen und Adressänderungen bitte an: redaktion@bbk.bund.de

Druck und Herstellung:

BONIFATIUS Druck · Buch · Verlag

Karl Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn

Postf. 1280, 33042 Paderborn

Tel.: 05251-153-0

Fax: 05251-153-104

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird i. d. R. auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

Titelbild: BBK / Christoph Schaaf

Heute: Das Kulturzentrum Festung Ehrenbreitstein, Rheinland-Pfalz



Die Festung Ehrenbreitstein in Koblenz, das Herzstück des heutigen Kulturzentrums, blickt auf eine über tausendjährige Geschichte zurück. Durch ihre herausragende historisch-kulturelle Bedeutung gilt die Festung nach Haager Konvention als schützenswertes Kulturgut, das für künftigen Generationen erhalten bleiben soll.

Das Kulturzentrum Festung Ehrenbreitstein ist neben dem Zentrum der Antike in Trier eines der beiden Zentren der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz. Es versteht sich als Drei-Sparten-Haus mit der Vermittlung des historischen Ortes Festung, als Landesmuseum und als Bühne für Kulturveranstaltungen der Generaldirektion Kulturelles Erbe und ihrer Partner und erreicht mit seinen Angeboten jährlich rund 650.000 Besucherinnen und Besucher. Das herausragende Kulturdenkmal mit seinen Museumshäusern und Veranstaltungsorten liegt auf einem 180 Meter hohen Bergsporn über dem Zusammenfluss von Mosel und Rhein und ist nördliches Tor zum UNESCO-Welterbe Oberes Mittelrheintal. Von hier reicht der Blick über den Rhein, das Deutsche Eck und die Mosel bis ins Neuwieder Becken. Eine spektakuläre Fahrt über den Rhein mit der Seilbahn verbindet die Festung Ehrenbreitstein mit dem Rheinufer am Deutschen Eck und bringt somit die Festung in die Stadt hinein.

Die Festung Ehrenbreitstein in ihrem heutigen Erscheinungsbild wurde ab 1817 vom Königreich Preußen als Teil der Festung Koblenz errichtet. Der Ehrenbreitstein spiegelt eine jahrtausendealte militärische Tradition wider. Die ersten Spuren menschlicher Besiedlung stammen aus der Zeit um 3000 v. Chr. Bei einer archäologischen Ausgrabung wurden 2003 unter dem Fahnenturm Reste eines keltischen Adelssitzes entdeckt. Später entstanden hier eine römische Befestigung, eine mittelalterliche Burg und bis 1801 eine barocke Festung und Residenz der Kurfürsten von Trier. Nach deren Zerstörung war der Ehrenbreitstein eine Ruine. 1817 wurde der Grundstein für die heutige Festung gelegt, die bei ihrer Fertigstellung 1828 als uneinnehmbar galt. Die von den Preußen gebaute Anlage gehört zu den größten Festungen Europas. Heute ist die Festung Eigentum des Landes Rheinland-Pfalz und beherbergt das Landesmuseum Koblenz, Gastronomie- und Veranstaltungsflächen bespielt vom zentralen Kooperationspartner Café Hahn, die Koblenzer Jugendherberge, das Ehrenmal des Deutschen Heeres sowie mehrere Direktionen und Stabsstellen der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz (GDKE). Zur Bundesgartenschau 2011 wurden in die Veranstaltungsfläche Teile des Festungsgeländes sowie das Vorgelände

einbezogen. Auf letzterem entstand ein großzügiger Landschaftspark mit Aussichtsplattform.



Die Festung Ehrenbreitstein über dem Zusammenfluss von Mosel und Rhein.
(Foto: GDKE Rheinland-Pfalz / Pfeuffer)

Das in der Festung beheimatete Landesmuseum Koblenz ist ein kulturhistorisches Museum mit den Schwerpunkten Technik-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Landes Rheinland-Pfalz. Das Museum bespielt die Ausstellungshäuser zu den Themen Archäologie, Fotografie, Wein und Genuss sowie das Haus der Kulturgeschichte. Das Haus der Fotografie zeigt eigene Ausstellungen aus der Landessammlung zur Geschichte der Fotografie. Im WeinReich Rheinland-Pfalz mit Vinothek und Weinverkostung lernen die Gäste die 2.000-jährige Kulturgeschichte des Weinbaus in den rheinland-pfälzischen Anbaugebieten kennen. Das Haus der Archäologie zeigt die verborgenen Schätze – Archäologie an Mittelrhein und Mosel. Sie umfasst die bedeutendsten Funde aus dem nördlichen Rheinland-Pfalz.

In den Gebäuden Hohe Ostfront und Landbastion wird voraussichtlich bis 2024 auf mehr als 1.200 Quadratmetern Ausstellungsfläche die Dauerausstellung des neuen Hauses der Kulturgeschichte der Wirtschaft, Technik und Gesellschaft Rheinland-Pfalz entstehen. Das Landesmuseum Koblenz ist offen für ein breites Themenspektrum und orientiert sich mit seinen Dauer- und Wechselausstellungen an den sehr unterschiedlichen Interessen der Festungs- und Museumsgäste. Zum Portfolio gehören große interaktive Familienausstellungen, wie aktuell zum „Räuber Hotzenplotz“. Die Festung ist ganzjährig für Gäste geöffnet, alle Informationen finden sich unter www.tor-zum-welterbe.de.

*Prof. Dr. Andreas Schmauder,
Direktor des Kulturzentrums Festung Ehrenbreitstein*

Bevölkerungsschutz
ISSN: 0940-7154
Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe
Postfach 1867, 53008 Bonn

